

ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG



- 20 Jahre Region Sønderjylland-Schleswig
- Parteien in Dänemark
- Schwieriger Umgang mit der eigenen Geschichte
- Der Fall Karl Wolff
- Der Bildhauer Emil R. Jensen
- Flensburgs koloniales Erbe
- Minderheitenpädagogik in der Grenzregion
- Grenzlandarbeit der Zukunft

ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG

- HERAUSGEBER:** ADS – GRENZFRIEDENSBUND e.V.
Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig
- Redaktionsgeschäftsstelle:** Barbara Quednau
- Anschrift:** Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg
Telefon (04 61) 86 93-25 · Telefax (04 61) 86 93-20
E-Mail: grenzfriedensbund@ads-flensburg.de
www.ads-grenzfriedensbund.de
www.facebook.com/Grenzfriedenshefte
- Geschäftszeit:** Dienstag, 09.00-12.00 Uhr, Mittwoch, 09.00-13.00 Uhr
Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 86 93-0
- Mitgliedsbeitrag:** 15 € für Einzelmitglieder, 30 € für Verbände, Schulen usw.
- Abonnement:** 15 € zuzgl. Porto
- Bankverbindungen:** HypoVereinsbank – BIC: HYVEDEMM300
IBAN: DE27 2003 0000 0080 0094 07
Nord-Ostsee-Sparkasse – BIC: NOLADE21NOS
IBAN: DE74 2175 0000 0000 0829 88

INHALT	Seite
Vorwort	3
<i>Andrea Graw-Teebken</i> 20 Jahre Region Sønderjylland-Schleswig. Ein Rückblick auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit 1997-2017	5
<i>Gerret Liebing Schlaber</i> Parteien in Dänemark. Ein Überblick über Grundzüge und aktuelle Entwicklungen im dänischen Parteiensystem	21
<i>Harro Hallmann</i> Ehrenhain, Gedenkstätte und Langbehnhaus. Schwieriger Umgang mit der Geschichte in der deutschen Minderheit	47
<i>Mogens Rostgaard Nissen</i> Der Fall Karl Wolff. Die Absetzung eines Kreisverwaltungscheffs in der unmittelbaren Nachkriegszeit	57
<i>Arne Jensen</i> Hochtalent bei Kleinwuchs. Der Bildhauer Emil Rasmus Jensen. Ein fast vergessener Künstler aus Nordschleswig	71
<i>Imani Tafari-Ama</i> Rum, Schweiß und Tränen. Flensburgs Kolonialgeschichte und Erbe	85
<i>Camilla Hansen</i> Minderheitenpädagogik in der Grenzregion	105
<i>Volker Heesch</i> Neue Perspektiven der deutsch-dänischen Zusammenarbeit im Grenzland. 14. Dialog des ADS-Grenzfriedensbundes	117

Umschau	121
Buchhinweise	137
Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe	145
Verzeichnis der im Jahre 2016 in den Grenzfriedensheften erschienenen Aufsätze	146

Die Grenzfriedenshefte erscheinen halbjährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des ADS-Grenzfriedensbundes enthalten.
Einzelheft 7 €.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Unabhängige Redaktion der Grenzfriedenshefte:

- Levke Bittlinger M.A.
- Ruth E. Clausen, Dipl.-Museol. (FH)
- Dr. Matthias Scharthl (verantw.)
- Gerret Liebing Schlaber, ph.d.

Redaktionsanschrift: Marienkirchhof 6, 24937 Flensburg

Druck:

Druckhaus Leupelt GmbH, Heideland-Ost 24, 24976 Handewitt/Weding

ISSN 1867-1853

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,
vermutlich haben Sie schon lange auf ihre Grenzfriedenshefte gewartet. Dass die Hefte, dieses Mal in der Form eines Jahrbuchs, so spät erscheinen, hat verschiedene Gründe, über die wir Sie als Redaktion in gebotener Kürze informieren möchten. Zu nennen sind einmal Umstrukturierungen innerhalb der Geschäftsstelle des ADS-Grenzfriedensbundes und der im Sommer dieses Jahres vom Vorstand initiierte Strategieprozess mit dem Ziel, die inhaltliche und konzeptionelle Zusammenführung der beiden im Jahr 2006/2007 fusionierten Vereine Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig und Grenzfriedensbund abzuschließen. Dabei kam es auch zu personellen Veränderungen, infolge derer unsere bisherige Redaktionsgeschäftsführerin Karin Dittmar-Tews zu unserem großen Bedauern ausscheiden musste.

Die gravierendste Veränderung war jedoch der Rückzug unseres geschätzten Redaktionskollegen und Redaktionsleiters Dr. Jörn-Peter Leppien, der nach weit über 30-jähriger erfolgreicher Tätigkeit für die Grenzfriedenshefte im Sommer dieses Jahres seinen Abschied genommen hat. Nicht nur der ADS-Grenzfriedensbund, auch wir als Redaktion haben Jörn-Peter Leppien unendlich viel zu verdanken. Er war seit Jahrzehnten der entscheidende Kopf und der Motor der Grenzfriedenshefte. Er hat deren hohes Niveau maßgeblich geprägt und unsere allseits anerkannte „Zeitschrift für deutsch-dänischen Dialog“ zu einem Aushängeschild des ADS-Grenzfriedensbundes gemacht.

Auf der Mitgliederversammlung am 18. Juni 2017 stellte die scheidende Grenzland- und Minderheitenbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein Renate Schnack, die sich an diesem Tag zugleich aus dem Vorstand des ADS-Grenzfriedensbundes zurückgezogen hatte, seine Verdienste heraus. Sie wies darauf hin, dass Jörn-Peter Leppien kurz nach seinem Eintritt in die Redaktion zu Beginn der 1980er Jahre nahezu übergangslos deren Leitung übernommen hätte. Dabei habe er nicht nur deren auf dem Boden der Kieler Erklärung von 1949 fußenden Gründungsgeist bewahrt. Zugleich habe er „in unvergleichlicher Pionierarbeit in den dann folgenden Jahren neue, wegweisende Entwicklungen angestoßen und damit Veränderungen erreicht, die von grundsätzlicher und längerfristiger Bedeutung und Wirkung für unser Grenzland waren und sind.“ Nach der Fusion der beiden Grenzverbände, der er von Beginn an eher kritisch gegenüberstand, habe es jedoch eine Reihe von Entscheidungen gegeben, „die der Redaktionsarbeit und damit auch seinen Vorstellungen und Erwartungen von effizienter Arbeit abträglich gewesen sind.“

2017 standen die Grenzfriedenshefte kurz vor dem Aus, denn auch wir als letztendlich verbleibendes Redaktionsteam haben einige jener Entscheidungen und Entwicklungen als große Belastung empfunden. Mit vereinten Kräften konnten jedoch Lösungen gefunden werden, welche uns die Wiederaufnahme unserer bewährten unabhängigen und ehrenamtlichen Arbeit ermöglicht haben. Zu wichtig ist uns das Fortbestehen der Grenzfriedenshefte, die als eine unabhängige kritische Stimme immer wieder den Finger in die Wunden legt und auch wenig beachtete Themen im grenzüberschreitenden Dialog in unserer Region aufgreift. Gerade in einer Zeit, in welcher es neben weiteren Fortschritten und vielen längst als selbstverständlich empfundenen Errungenschaften wieder empfindliche Rückschläge im deutsch-dänischen Miteinander gibt, sind die Grenzfriedenshefte unverzichtbar.

Dabei werden wir den von der Vereinsführung angestoßenen Strategieprozess des ADS-Grenzfriedensbundes kritisch begleiten aber auch konstruktiv daran mitwirken. Mit unserem Selbstverständnis werden wir mit dazu beitragen, dass die Grenzfriedenshefte ebenso wie die Grenzlandarbeit des Vereins weiterhin den Stellenwert haben, die ihr seit der Gründung des Grenzfriedensbundes im Jahre 1950 zukommen. Einen ersten Vorgeschmack erhalten Sie, wenn Sie den neuen Internetauftritt des ADS-Grenzfriedensbundes (www.ads-flensburg.de) aufrufen, in dem wir die Grenzfriedenshefte in anderer Aufmachung präsentieren.

Dass es nach der Wiederaufnahme der Redaktionsarbeit – zumal nun ohne Jörn-Peter Leppien - einige Wochen dauerte, bis neue Autoren gewonnen worden waren und diese ihre Beiträge geschrieben und eingereicht hatten, versteht sich von selbst. Von Beginn an war es für uns zudem klar gewesen, dass es wegen der zum Teil umfänglichen redaktionellen Bearbeitung der Texte in der bis zum Jahresende verbleibenden Zeit nur ein Grenzfriedensheft geben und dieses auch erst Anfang 2018 erscheinen kann. Für die kommenden Jahre sind wieder zwei Ausgaben geplant.

Wie gewohnt wird Ihnen nach Erscheinen der Druckversion auch das neue Heft zusammen mit den anderen, seit 2006 erschienenen Grenzfriedensheften auf der oben erwähnten Homepage des ADS-Grenzfriedensbundes im PDF-Format online zur Verfügung stehen. Die Geschäftsführung hat zudem ein Projekt angestoßen, alle Ausgaben der Grenzfriedenshefte seit 1953 nach und nach online zu stellen. Über den Stand dieses Projektes werden wir Sie auf dem Laufenden halten.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre und freuen uns immer auf Kommentare von Ihrer Seite.

Die Redaktion

20 Jahre Region Sønderjylland-Schleswig

Ein Rückblick auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit
1997-2017

von ANDREA GRAW-TEEBKEN

Über die Aktivitäten der 1997 von den Kommunen dies- und jenseits der deutsch-dänischen Grenze gegründeten Region Sønderjylland-Schleswig berichtet im folgenden Beitrag die Historikerin und Journalistin Andrea Graw-Teebken. Die Autorin, die selbst Mitarbeiterin des knapp nördlich der Grenze nahe der Autobahnanschlussstelle Pattburg angesiedelten Regionskontors & Infocenters ist, gibt darin eine detaillierte Darstellung über die Entwicklung von den Anfängen bis in die Gegenwart. Sie zeigt auf, dass die Region auf vielen Arbeitsfeldern aktiv ist und verdeutlicht, dass die in den vergangenen 20 Jahre erzielten Fortschritte im Grenzland und im deutsch-dänischen Verhältnis ohne die durch die Region Sønderjylland-Schleswig herbeigeführte institutionalisierte Zusammenarbeit kaum möglich gewesen wäre.

Die Redaktion

Einleitung

Das deutsch-dänische Grenzland ist durch eine wechselvolle Geschichte gekennzeichnet: Dazu gehören ab 1864 zwei Grenzverschiebungen, eine Volksabstimmung, die Zeit des Nationalsozialismus 1933 – 1945 und die deutsche Besetzung Dänemarks im Zweiten Weltkrieg. Während diese politischen Bedingungen den Rahmen vorgaben, hat es aber – was in der Geschichtsschreibung meist wenig beachtet wird – immer familiäre und freundschaftliche Kontakte über alle staatlichen und nationalen Grenzen hinweg gegeben. Von 1920 bis 1933 gab es allerdings eine Visum- und Passpflicht für den Grenzübertritt und ab 1933 und unter der deutschen Besetzung Dänemarks 1940-45 noch restriktivere Regelungen. Diese Visumpflicht dauerte sogar bis 1954 an. All dies konnte den kleinen Grenzhandel und die Touren über die grüne Grenze allerdings nicht vollständig unterbinden.

Kontakte gab es also immer – aber die Intensität hat erst in den vergangenen Jahrzehnten stark zugenommen. Hinzu kam 1973 der Beitritt Dänemarks in die Europäische Union und ein seit dem Inkrafttreten des Schengen-Abkommens

im Jahre 2001 ungehinderter Grenzübertritt, auch wenn dies durch die unlängst von Dänemark wieder eingeführten Grenzkontrollen wegen der zu Tausenden nach Europa gekommenen Flüchtlinge und Asylsuchenden erheblich eingeschränkt worden ist. Dennoch überqueren heute täglich Tausende Menschen die Grenze, um im jeweils anderen Land zu arbeiten. Über die Grenze hinweg wird lebhaft gehandelt und auch Kulturveranstaltungen werden immer mehr von Besucherinnen und Besuchern aus der ganzen Region aufgesucht.

Dass all dies möglich wurde, ist unter anderem auch der Existenz der im Jahr 1997 entstandenen Region Sønderjylland-Schleswig zu verdanken. Gegründet von den Kommunen dies- und jenseits der deutsch-dänischen Grenze hat sie seither Hunderte von Projekte ins Leben gerufen, Tausende Bürger und Arbeitnehmer unterstützt und unzählige grenzüberschreitende Kooperationen und Netzwerke auf den Weg gebracht. Im 20. Jahr ihres Bestehens soll daher im Folgenden die Entwicklung dieser Region von ihren Anfängen bis in die Gegenwart hinein nachgezeichnet und einer kritischen Bewertung unterzogen werden.

1997-2000: Die Anfangsphase

Am 16. September 1997 fand die konstituierende Sitzung für die Region Sønderjylland-Schleswig im Verwaltungsgebäude der damaligen Kommune Sønderjyllands Amt statt, die als Einheit der mittleren Verwaltungsebene fast ganz Nordschleswig umfasste. Dabei wurde eine Vereinbarung unterzeichnet, in der sich im Paragraph 2 unter der Überschrift „Ziel und Mittel“ Sønderjyllands Amt, die Stadt Flensburg sowie die beiden Kreise Schleswig-Flensburg und Nordfriesland dazu verpflichteten, „gemeinsame Aktivitäten zu verwirklichen, die die Entwicklung in der Region fördern und gleichzeitig nähere Kontakte zwischen der Bevölkerung, der Wirtschaft und den Verbänden auf beiden Seiten der Grenze herstellen, sowie im Übrigen die Zusammenarbeit über die Grenze zu intensivieren“.

Vor der Gründung der Region hatte es über mehrere Jahre hinweg zwar schon wiederholt Versuche gegeben, gemeinsame Probleme anzugehen und einer Lösung zuzuführen, namentlich im sogenannten Deutsch-Dänischen Forum. Damit konnte der wechselseitige Austausch verbessert werden, aber eine wirkliche Zusammenarbeit in der Region kam durch das Forum nicht zustande. Insbesondere als zu Beginn der 1990er Jahre zum ersten Mal europäische Fördermittel für grenzüberschreitende Aktivitäten zur Verfügung standen, wurde deutlich, dass man mehr tun und vor allem mit gemeinsamer Stimme sprechen muss. Der Europaminister in Schleswig-Holstein Gerd Walter riet zu einer formalisierten Zusammenarbeit, wie man sie schon seit Beginn der 1950er Jahre aus anderen Grenzregionen in Europa kannte, wie etwa im deutsch-französisch-luxemburgi-



Abb. 1 Amtsbürgermeister und erster Vorsitzender der Region Sønderjylland-Schleswig Kresten Philipson an seinem Schreibtisch im „Amtsgaarden“ Apenrade

schen Dreieck in der Region Saar-Lor[raine (=Lothringen)]-Lux[emburg]. Obwohl es unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich der Form der Zusammenarbeit gab, fand 1995 in Apenrade der erste Grenzlandkongress in der Region statt, auf dem zahlreiche deutsche und dänische Kommunalpolitiker und Mitarbeiter der Verwaltungen zu einem Meinungsaustausch zusammenkamen.

Im Jahr darauf begann Finn Hansen, der Verwaltungschef (Amtsdirektør) der nordschleswigschen Amtskommune, gemeinsam mit dem Flensburger Oberbürgermeister Olaf Cord Dielewicz einen ersten Entwurf für eine Kooperationsvereinbarung zu erarbeiten. Die Pläne für eine grenzüberschreitende Region stießen nach Bekanntwerden durch die Presse auf dänischer Seite jedoch auf teilweise heftige Proteste. Am Grenzübergang Krusau/Kupfermühle fanden Demonstrationen statt. In Einzelfällen gab es Sachbeschädigungen und sogar Drohbriefe gegen die Verantwortlichen in der Amtskommune. Zudem gründete sich eine neue Partei, „Den Sønderjyske Borgerliste“, deren Hauptthema der Widerstand gegen die grenzüberschreitende Region war. Diese Partei verfügte über beachtliche Zustimmung und wurde im August 1997 mit 5,5 % der Stimmen sogar in den Amtsrat gewählt.

Als man dann am 16. September 1997 die Vereinbarung unterzeichnete, waren daran hohe Erwartungen geknüpft. Durch die öffentliche Aufmerksamkeit, welche

die Region von Anfang an bekam, war klar, dass die Arbeit keineswegs nur eine rein administrative Seite hatte, sondern vielmehr auch einen politischen Aspekt mit einer auf die Zukunft gerichteten Signalfunktion. Die Gegner fürchteten indes weiterhin, dass die Region Eingriffe in die Souveränität Dänemarks zur Folge haben würde. Von den Befürwortern war solches jedoch niemals geplant. Diese Angst vor einer europäischen bzw. deutschen Dominanz spiegelte sich auch in der Namensgebung wider. Die auch von Europaminister Gerd Walter favorisierte Bezeichnung „Euregio Slesvigensis“ als eine Art Fingerzeig auf die lange gemeinsame Geschichte einerseits und deren europäischen Aspekt andererseits konnte sich nicht durchsetzen. In Dänemark riefen weder der Begriff „Slesvig/Schleswig“ noch der Hinweis auf Europa positive Reaktionen hervor. Deshalb wurde die Zusammenarbeit in den ersten Jahren als „Region Sønderjylland/Slesvig“ bzw. in den deutschsprachigen Dokumenten als „Region Sønderjylland/Schleswig“ bezeichnet. Der anfängliche Schrägstrich wurde später von einem Bindestrich abgelöst, was als ein politisches Signal für mehr Zusammenhalt gewertet wurde.

Politik und Verwaltung

Als oberstes Organ der Region Sønderjylland-Schleswig wurde bei der Gründung ein Regionalrat mit 42 von den Partnerkommunen gewählten Vertretern (je 21 aus Deutschland und Dänemark) eingerichtet. Dazu kamen sechs sog. Beobachter, u.a. aus dem Folketing und dem schleswig-holsteinischen Landtag. Der Regionalrat wurde von einem Vorstand geleitet, der aus acht Personen bestand. Er stand unter einem gemeinsamen deutsch-dänischen Vorsitz. Von 1997 bis 1999 amtierte Sønderjyllands Amtsbürgermeister Kresten Philipsen (1945 – 2011) von dänischer Seite als Vorsitzender der Region. Die deutschen Vorstandsmitglieder bei der Gründung waren als Vertreterin Nordfrieslands die spätere schleswig-holsteinische Minderheitenbeauftragte und seinerzeitige Kreispräsidentin Renate Schnack und in deren Nachfolge Kreispräsident Helmut Wree sowie Schleswig-Flensburgs Kreispräsident Johannes Petersen, alle große Fürsprecher der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Die Stadt Flensburg war durch Stadtpräsident Peter Rautenberg und den Bürgermeister, Stadtkämmerer und späteren Oberbürgermeister Hermann Stell vertreten. Zum Ende des Jahres 2000 löste der neue Amtsbürgermeister Carl Holst Kresten Philipsen im Vorsitz ab. Er blieb dieses bis zum Jahr 2005.

Zusätzlich zum Regionalrat wurden 1998 vier Arbeitsgruppen zu den Themen „Sprache und Kultur“, „landwirtschaftliche Ausbildungen“, „Jugendforum“ sowie „Fördeschiffahrt“ gegründet. Einige dieser Arbeitsgruppen entwickelten sich später zu Fachgruppen von eher allgemeinem Charakter, namentlich die Fach-



Abb.2 Die ehemaligen Leiter des Regionskontors Gertraud Jepsen und Thede Boysen, 1999

gruppe für „Sprache und interkulturelle Verständigung“. Andere wurden nach einigen Jahren aufgelöst, weil man zu der Erkenntnis kam, dass die Probleme sich nicht unter der Regie der Region lösen ließen, sondern dass diese Themen in anderen Foren bearbeitet werden mussten.

Für die Verwaltungsaufgaben der Region wurde ein ständiges Sekretariat eingerichtet, das zugleich die Aufgabe einer Koordinationsstelle für die gesamten grenzüberschreitenden Aktivitäten der Partner erhielt. Es bekam im Mai 1998 eigene Räumlichkeiten in einem alten Hofgebäude direkt am alten Ochsenweg (Hærvejen) am Ortsrand des grenznahen Dorfes Bau (Bov). Bis dahin hatte man vorläufige Adressen im Haus der Amtsverwaltung in Apenrade, beim Institut für Transportstudien in Bau und im Flensburger Rathaus. Die beiden ersten Sachbearbeiterinnen waren die Juristin Astrid Voss, die allerdings bald zu einer anderen wichtigen, in jenen Jahren neu aufgebauten deutsch-dänischen Einrichtung wechselte, nämlich zum „European Center for Minority Issues“, und die Journalistin Gertraud Jepsen. 1999-2003 leitete der aus Nordfriesland stammende Verwaltungswissenschaftler Thede Boysen das Regionskontor. Für den Bereich Kultur wurde mit Anne-Mette Olsen bald eine eigene Sachbearbeiterin eingestellt, denn der Kulturbereich wurde zu einem der Schwerpunkte in der grenzüberschreitenden Arbeit der Region und des Regionskontors. Nachdem

ein Teil der von der Sønderjyllands Amtskommune für die eigene Kulturarbeit bereitgestellten Finanzmittel auch grenzüberschreitenden Projekten zugutekam, zog die deutsche Seite im Jahr 2002 nach. Mit dem nun zur Verfügung stehenden Geld konnte erstmals ein gemeinsamer Kulturpool eingerichtet werden, der gut 60.000 EURO enthielt und gemeinsame deutsch-dänische Projektträger bei der Verwirklichung ihrer Ideen unterstützen sollte. Zugleich wurde das Procedere der Verteilung dieser Fördermittel verändert. Wurden diese anfangs von einer von den Kulturverwaltungen der Partner gebildeten Fachgruppe bewilligt, übernahm diese Aufgabe der neu gegründete Kulturausschuss der Region. Der Kulturpool selbst bildete 2004 den Grundstock eines „People to People“-Interreg-Projekts, mit dem erstmals EU-Mittel für die grenzüberschreitende Kulturzusammenarbeit in die Region geholt werden konnten.

2001-2006: Verstetigung der grenzüberschreitenden Region

2001 trat Dänemark dem Schengen-Abkommen bei, womit die Grenzkontrollen abgeschafft wurden. Zugleich wurde eine enge grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Polizei eingeleitet, so dass u.a. deutsche und dänische Polizisten an den Autobahnen auf der anderen Seite der Grenze Kontrollen durchführen durften. Im selben Jahr entschloss sich zudem die schleswig-holsteinische Landesregierung zu einer formalen Zusammenarbeit des Landes mit Sønderjyllands Amt. Schleswig-Holstein, das sich seit den späten 1980er Jahren immer stärker grenzüberschreitend im Ostseeraum engagiert hatte, folgte somit dem Weg, den die Region Sønderjylland-Schleswig aufgezeigt hatte.

Um die politischen Vertreter der kommunalen Partner noch stärker in die Regionsarbeit einzubinden, wurden sechs Fachausschüsse gegründet. Diese deckten ein breites Themenspektrum ab: Wirtschaftsentwicklung, Arbeitsmarkt, Berufsausbildungen und weiterführende Ausbildungen, Gesundheit und Soziales, Jugend und Sport, Umwelt und Naturschutz, Kultur, Gleichberechtigung und Sprache, Regionalplanung und Koordinierung sowie ländliche Räume und Verkehr. Diese Themen spiegelten nicht nur die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wider, sondern sie zeigten ebenso auf, dass diese in einem größeren Zusammenhang betrachtet wurde, damit sie in möglichst vielen sinnvollen Projekten zum Nutzen der Menschen in der Region wirken konnten. 2003 bekam das Regionskontor mit der aus der deutschen Volksgruppe in Nord-schleswig stammenden Journalistin Andrea Kunsemüller eine neue Leiterin. Im darauffolgenden Jahr folgte ein Umzug in das neu gebaute und unweit der Autobahn gelegene „FDE Center“, nördlich von Pattburg. Einer der großen Vorteile hierbei war die Möglichkeit, Sitzungsräume sowie einen großen Vortragssaal für größere Veranstaltungen zu mieten. Am 2. August 2004 öffnete hier zudem das

„Infocenter Grenze/Grænse“ die Türen. Hierbei handelte es sich um ein zunächst dreijähriges Interreg-Projekt, in dem erstmals eine systematische Beratung für Grenzpendler angeboten werden sollte, welche die Grenze zum Arbeiten überqueren, aber weiterhin im Nachbarland wohnen. Wie groß der Bedarf für diese Beratung war, zeigte sich bereits am ersten Tag, als es vom frühen Morgen an eine lange Warteschlange gab. Dieser Erfolg führte dazu, dass das Infocenter nach der Projektphase ein fest integrierter Bestandteil des Regionskontors wurde, das seither als Regionskontor & Infocenter bezeichnet wird.

Auch die Kulturarbeit der Region nahm immer festere Formen an. So verabschiedete die Region im Jahr 2004 eine Sprachenresolution. Eine daraufhin gestartete Kampagne zielte darauf ab, die Kenntnisse der Nachbarsprache beiderseits der Grenze zu fördern. Das noch im selben Jahr startende Projekt „Prof. Dr. ABC“, in dem vor allem Kindergartenkinder die jeweilige Nachbarsprache auf leicht zugängliche Weise kennlernen sollten, war eines dieser erfolgreichen Projekte. Ebenso fand die deutsch-dänische Lehrerkonferenz in diesen Jahren erstmalig statt. Auch hier war das Regionskontor & Infocenter die treibende Kraft. Im Mai 2004 begann schließlich ein erweitertes, auf drei Jahre angelegtes Interreg-Projekt, das nicht mehr nur Kulturschaffenden wie den Machern des Festivals „Folk-Baltica“, sondern auch Akteuren aus den Bereichen Schule, Jugend und Sport die Möglichkeit bot, Fördermittel für grenzüberschreitende Projekte zu beantragen. Mit diesem Geld konnten insgesamt 76 Projekte realisiert werden.

2007-2011: Strukturänderungen

Die folgenden Jahre waren auf dänischer Seite durch die vom Folketing getroffene Entscheidung um die ab Anfang 2007 gültige Kommunalreform geprägt. Dabei wurden die Zusammenlegung der 271 seit 1970 bestehenden dänischen Primärkommunen zu den heute landesweit 98 Kommunen sowie die Errichtung von fünf Groß-Regionen an Stelle der bisherigen 14 Amtskommunen beschlossen. Sønderjyllands Amt ging in die Region Süddänemark auf, der Verwaltungssitz lag nunmehr in Vejle. Zugleich wurden die 23 nordschleswigschen Kommunen zu vier Einheiten mit den Zentren in den vier alten Städten Hadersleben, Tønder, Apenrade und Sønderburg zusammengefasst, wobei sich einige im Norden gelegene bisherige Kommunen, namentlich Rødding und Christiansfeld, südjütischen Großkommunen außerhalb der bisherigen Region anschlossen. Die Region Sønderjylland-Schleswig verfolgte diese Entwicklungen sehr genau, ging es dabei doch auch um die zukünftige Finanzierung der Zusammenarbeit, sowie um die Struktur der Region, das jedem Partner zustehende Beschlussrecht als auch um die Sitzverteilung im Regionalrat.



Abb. 3 Der Vorsitzende der Region Sønderjylland-Schleswig Hans Philip Thietje im Gespräch mit dem Vorsitzenden des Regionskulturausschusses Stephan Kleinschmidt, September 2017

Nach den Empfehlungen einer Evaluation der Region im Jahr 2005 kam es zu Strukturänderungen sowie einem erneuerten Vereinbarungstext, der am 15. November 2006 unterzeichnet wurde und am 1. Januar 2007 in Kraft trat. Die Änderungen, wie beispielsweise die Halbierung der Anzahl der Mitglieder im Regionalrat, veränderten viele Arbeitsabläufe. Neue Mitglieder kamen hinzu, u. a. Vertreter der Wirtschaft und der Universitäten in Flensburg und Sønderborg sowie, bedingt durch die Kommunalreform, auch neu in die Regionsgremien gewählte dänische Kommunalpolitiker. Da zugleich eine weitere Evaluation für das Jahr 2009 verabredet wurde, konnten sich die erwähnten Änderungen somit nur ein Jahr lang, von Mitte 2007 bis Mitte 2008, entfalten.

Die Evaluation von 2009 ging auf sehr viele Aspekte der Arbeit der Region ein. Neu war beispielsweise, dass erstmals alle Mitarbeiter des Regionskontors & Infocenters am Prozess beteiligt wurden, zielten doch einige der Leitfragen der Untersuchung auf den Zusammenhang zwischen den Arbeitsaufgaben einerseits und der Personalstärke des Kontors andererseits ab. Die Untersuchung zeigte, dass die Region Sønderjylland-Schleswig anderen grenzüberschreitenden Kooperationen ähnelte, da es hier um eine netzwerkbasierte Arbeit ging. Zudem wurde deutlich, dass hierarchische Elemente in grenzüberschreitenden Systemen sehr viel kleiner sind als in nationalen und regionalen politisch-admi-

nistrativen Zusammenhängen. Daher bekam das Regionskontor & Infocenter die zentrale Aufgabe, künftig noch mehr die Zusammenarbeit der Akteure zu koordinieren, zu vermitteln und zu organisieren. Die Untersuchung wies zudem nach, dass im Laufe der Jahre immer mehr Akteure grenzüberschreitend tätig waren. Auf der Grundlage der Evaluation wurde die Kooperationsvereinbarung am 18. Juni 2009 nochmals verändert: Hierbei handelte es sich vor allem um einige formale Änderungen, die sich als notwendig erwiesen hatten. Am 3. November 2011 wurde zudem eine erneuerte Vereinbarung unterzeichnet, nach der die bisherige Regionalversammlung in der bestehenden Form und - bis auf den Kulturausschuss – auch alle bestehenden Ausschüsse abgeschafft wurden. Anstelle der Regionalversammlung rückte ein erweiterter Vorstand, der aus elf Vertretern der beteiligten Kommunen, des Landes Schleswig-Holstein und der autochthonen Minderheiten beiderseits der Grenze bestand. Auch das Regionskontor war von Änderungen betroffen. Peter Hansen, bisher Berater beim Infocenter, hatte schon zuvor Andrea Kunsemüller als Leiter des Regionskontors abgelöst.

Einer der wichtigsten Bestandteile in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Region war und blieb der Kulturbereich, der in dieser Zeit ebenso zahlreichen Veränderungen unterworfen war. Nach Abschluss des Interreg-Projekts „People to People“ wurde von der Kulturfachgruppe und dem Kulturausschuss 2008 ein noch umfangreicheres Projekt mit dem Namen „Kulturbro-Kulturbrücke“ gestartet. Wie schon beim Vorgänger konnten Akteure aus der gesamten Region Fördermittel für Mikroprojekte in den Bereichen Kultur, Jugend und Sport beantragen. Insgesamt 90 Projekte wurden dabei gefördert, ein Erfolg, der dazu animierte, im Jahr 2011 ein erneutes Interreg-Projekt mit der Bezeichnung „KulturDialog“ auf den Weg zu bringen.

Die Sprachenkampagne für die Region wurde ebenso über viele Jahre fortgeführt und beinhaltete regelmäßige Aktivitäten wie beispielsweise die schon erwähnte, nach wie vor jährlich stattfindende deutsch-dänische Lehrerkonferenz, das Projekt „Prof. Dr. ABC“, das 2009 den Europäischen Sprachpreis erhielt, sowie diverse Veranstaltungen wie beispielsweise die „Grenzenlos“-Aktion im Jahr 2008. Die Kampagnen zielten darauf, die Nachbarsprachenkompetenzen in der Grenzregion zu fördern. Damit sollten das Verständnis und der Kontakt über die Grenze hinweg gestärkt werden, damit möglichst viele Menschen in der Grenzregion die Sprache des jeweiligen Nachbarn sprechen und verstehen können. Aber auch in anderen Bereichen entstanden wichtige neue Initiativen, welche das Zusammenleben im Grenzland erleichtern sollten. Im Laufe des Jahres 2008 wurden Ideen für potenzielle Projekte im Bereich Arbeitsmarkt diskutiert. Daraus entstand das über vier Jahre laufende Interreg-Projekt „Pontifex Brückenbauer-Brobygger“, das im März 2010 seine Arbeit aufnahm. Dafür

wurden im Regionskontor zwei Juristen angestellt, welche die Barrieren für die grenzüberschreitende Mobilität aufdecken sollten und nach einer gründlichen Analyse zahlreiche Vorschläge zur Lösung dieser Probleme lieferten.

2012-2017: Praktische Zusammenarbeit

Die letzten fünf Jahre der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit waren von äußeren Einflüssen geprägt, denen sich die Grenzregion stellen musste. Dabei geriet die Grenzregion in den Strudel der Ereignisse des Bürgerkriegs in Syrien, da viele Menschen aus diesem Land im Herbst 2015 in die skandinavischen Länder flüchteten. Ihre Fluchtroute führte sie zum Teil über den Fehmarnbelt, hauptsächlich aber über die feste deutsch-dänische Landgrenze. Für einige Wochen wurde vom Flensburger Bahnhof die Weiterfahrt der Geflüchteten nach Skandinavien organisiert. Die dänische Regierung reagierte mit der Wiedereinführung von Grenzkontrollen und rückte die deutsch-dänische Grenzregion für einen kurzen Zeitraum in den Mittelpunkt des internationalen Interesses. Regionsintern änderte sich in dieser Zeit die Zusammensetzung des Vorstands mehrfach. Der Apenrader Kommunalpolitiker Hans Philip Tietje (Venstre) war dabei durchgängig entweder Vorsitzender oder stellvertretender Vorsitzender. 2015 äußerte der Kreis Schleswig-Flensburg Kritik an der Arbeit der Region und kündigte wegen der eigenen schwierigen Haushaltslage eine Kürzung seines Mitgliedsbeitrages an. Dies führte sowohl im Vorstand als auch in der Presse zu Diskussionen, was unter anderem dazu führte, dass der Schleswig-Flensburger Kreispräsident Ulrich Brüggemeier Anfang 2016 als Vorsitzender zurücktrat. Der Vorstand beschloss 2015, einen ad-hoc-Ausschuss einzusetzen. Zugleich wurde ein erneuter Strategieprozess eingeleitet, an dessen Ende ein neuer Vereinbarungstext am 9. Juni 2017 unterzeichnet wurde, der u.a. zweijährige Handlungs- und Haushaltspläne festschreibt. Dass es der Region Sønderjylland-Schleswig keinesfalls nur um Fragen der deutsch-dänischen Zusammenarbeit ging, wurde darin deutlich, dass die Regionspolitiker zunehmend auch Stellung zu wichtigen internationalen Entwicklungen genommen haben. Konkret hat man durch die Mitgliedschaft im Zusammenschluss der Grenzregionen AGEG (Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen) Erfahrungen ausgetauscht und Ideen diskutiert. Dabei erhielt die Region einen Sitz im Vorstand der AGEG. Auch zur Fehmarnbelt-Region wurde Kontakt aufgenommen und 2012 eine formale Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Ebenso war die Region aktiv an den Vorbereitungen zur Unterzeichnung einer Erklärung zu Wachstum und Wirtschaftsentwicklung beteiligt, die im April 2015 vom damaligen dänischen Finanzminister Bjarne Corydon und dem bis 2017 regierenden schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten



Abb. 4 Das Regionskontor im FDE-Center in Pattburg

Torsten Albig unterzeichnet wurde. Diese Vereinbarung führte zu einer Reihe von Verbesserungen für Grenzpendler, u. a. wurde eine Kooperation zwischen dem Infocenter der Region Sønderjylland-Schleswig und der dänischen Steuerbehörde SKAT etabliert, ein Erfolg, der auf das schon genannte Projekt „Pontifex-Brückenbauer-Brobygger“ zurückgeht.

Die Kulturarbeit wurde in dieser Zeit immer weiter ausgebaut. Das Projekt „KulturDialog“ zählte beim Abschluss 2014 72 erfolgreich verlaufende grenzüberschreitende Kulturprojekte. Das Nachfolgeprojekt „KursKultur“ nahm die Arbeit im Juli 2015 auf. Kritisch anzumerken bleibt freilich, dass all diese mit erheblichen Geldmitteln unterlegten Interreg-Projekte wegen ihrer zeitlichen Befristung nicht immer ineinandergreifen und die Übergänge von der einen zur anderen Förderperiode einen Bruch darstellen. Wenn sich ein Interreg-Programm in der Abschlussphase befindet, müsste im Idealfall das neue Programm schon laufen, so dass die Akteure in der Grenzregion nahtlos Fördermittel beantragen können. Das ist aber nicht möglich. Dennoch gibt es derzeit keine andere Möglichkeit, Fördermittel für grenzüberschreitende Kulturprojekte in dieser Höhe zur Verfügung zu stellen. Bei „KursKultur“ wurden diese Mittel sogar noch einmal deutlich erhöht. Zudem ist es gelungen, den einzelnen Projektträgern mehr Planungssicherheit zu bieten, weil es sich über einen längeren Zeitraum als sonst üblich, nämlich von 2015 bis 2019, erstreckt.

Parallel dazu wurde das Jahr 2012 dazu genutzt, um die nach der Kommunalreform 2007 in Dänemark auf den Weg gebrachte „Sønderjyske kulturaftale“ (Sønderjyske Kulturabsprache) in eine grenzüberschreitende Vereinbarung mit Einbeziehung der Kommunen südlich der Grenze umzuwandeln. Die erste, auf drei Jahre abgeschlossene Kulturvereinbarung Sønderjylland-Schleswig startete 2013. Am 3. Februar 2017 unterzeichneten die Partner eine neue, ebenfalls auf drei Jahre angelegte Vereinbarung, in der wiederum zusätzliche Mittel aus dem dänischen Kultur- und dem schleswig-holsteinischen Kultusministerium für Kulturprojekte in die Region fließen werden.

Aufgaben des Regionskontors

Die Kernaufgabe des Regionskontors & Infocenters besteht darin, Sekretariat für die politischen Gremien zu sein. Um welche Gremien es sich handelt und welches Aufgabenportfolio diese haben, hat sich im Laufe der Jahre immer wieder verändert. Das Sekretariat war jedoch immer für die Planung der Sitzungen verantwortlich, also für die Einladungen, Tagesordnungen, Protokolle und sämtliche praktische Angelegenheiten im Zusammenhang mit einer Sitzung. Die Begegnung zweier Kulturen erforderte dabei stets mehr als normale Sekretariatsarbeit beispielsweise in einer Kommune – die sogenannten „hard skills“ müssen um eine Reihe von „soft skills“, wie beispielsweise impliziertes Wissen und Erfahrung, ergänzt werden. Hier hat das Regionskontor & Infocenter sich im Laufe der 20 Jahre sehr verdient gemacht. Nicht zuletzt geht es darum, zu erkennen, was von Nöten ist, damit eine mehrsprachige und multikulturelle Sitzung erfolgreich durchgeführt werden kann. Außerdem war es ständiger Brauch, dass alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen die deutsche und dänische Sprache fließend sprechen und schreiben. Dies ist selbst in grenznahen Kommunen keine Selbstverständlichkeit – ebenso wenig in anderen Grenzregionen. Zusätzlich zur eigentlichen Sekretariatsfunktion nimmt das Kontor zahlreiche andere Aufgaben wahr. Es werden Kontakte zwischen Bürgern, Behörden, Vereinen und anderen Organisationen hergestellt. Wer im Nachbarland arbeiten möchte, wird beraten und unterstützt. Es wird beim Aufbau von Netzwerken geholfen. In anderen Fällen war die Region nur formaler Netzwerkpartner wie etwa bei dem von 2011 bis 2014 laufenden archäologischen Interreg-Projekt „Bones4Culture“. Im selben Zeitraum war das Regionskontor & Infocenter ebenso an der Ausarbeitung und Durchführung des Projekts „Gefahrenabwehr ohne Grenzen“ beteiligt, das eine formale Zusammenarbeit im Bereich Gefahrenabwehr auf deutscher und dänischer Seite geschaffen hat. Ein anderes Thema, an dem intensiv mitgearbeitet wurde, war die gegenseitige Anerkennung von Berufsausbildungen. Das Projekt „StarForce“, das von der Flensburger Indust-



Abb. 5 Mitarbeiter des Regionkontors & Infocenter im September 2017

rie- und Handelskammer als federführendem Partner gesteuert wird, kann als ein Ergebnis dieser Aktivitäten betrachtet werden. Die Präsenz der Region im sozialen Medium „Facebook“ wurde bereits 2010 eingerichtet; bald danach kam ein eigenes „Instagram“-Profil hinzu. Alle diese Netzwerke sind heutzutage unumgängliche Kommunikationskanäle. Dazu kommt die tägliche Betreuung der Internetseiten region.de/dk, kulturfokus.de/dk und pendlerinfo.org. Hier lassen sich die Entwicklungen seitens der Nutzerzahlen sehr gut dokumentieren. Die Seiten werden von ca. 25.000 Personen jährlich benutzt.

Zu den Hauptaufgaben des Regionkontors & Infocenters gehört weiterhin die Öffentlichkeitsarbeit. Seit der ersten Herausgabe des gedruckten Newsletters „RegionsInfo“ sind eine Vielzahl weiterer Printpublikationen produziert worden. Das „Kulturfokus“-Magazin, das seit 2012 halbjährlich erscheint, ist ein sehr erfolgreiches Produkt, das kostenlos in der ganzen Region verteilt wird und die Leser über die Vielfalt der Kulturregion Sønderjylland-Schleswig informiert. Das Regionkontor & Infocenter versendet zudem digital den Newsletter „Regionsinfo“ und seit Juni 2017 gibt das Infocenter mit dem „PendlerInfo“ einen weiteren elektronischen Newsletter mit viel praktischem Nutzen heraus. Unter der Bezeichnung Kulturfokus.de bzw. dk wird im Internet ein die ganze Region umfassender, zweisprachiger Kulturkalender mit Einblicken in die vielfältigen



Abb. 6 Hinrich Jürgensen (BdN), Jens Møller (Region Syddanmark), Hans Philip Thietje und Flensburgs Oberbürgermeisterin Simone Lange bei der Jubiläumsveranstaltung am 16. September 2017

Veranstaltungen, Aktivitäten und Projekte angeboten. Im Arbeitsmarktbereich hat das Infocenter seit 2004 Bürger, Unternehmen und Verwaltungen unterstützt. Diverse Netzwerks- und Arbeitsgruppen arbeiten seither kontinuierlich und effektiv wie etwa das Netzwerk der Arbeitslosenversicherungen oder die Arbeitsgruppe „sygedagpenge“. Darüber hinaus wurden die Themenfelder Arbeitsmarkt, Kultur & Sprache und grenzüberschreitende Verwaltungszusammenarbeit offiziell im Vereinbarungstext als die drei Säulen der Regionsorganisation hervorgehoben. Herausgestellt hat sich mittlerweile aber auch, dass die Region Sønderjylland-Schleswig zwar vieles leisten, sich unter den gegebenen Umständen der von den kommunalen Partnern zur Verfügung gestellten Finanzmittel und des Personalportfolios aber nicht allen Themen widmen kann. Andere Akteure haben daher einige der früheren Arbeitsbereiche übernommen. Dazu zählt etwa die deutsch-dänische Verkehrskommission, in der auch die beiden Verkehrsministerien vertreten sind, da das Thema Verkehr und Infrastruktur im schleswigschen Grenzland Bedeutung weit über die Region hinaus hat.

Abschluss und Ausblick

Betrachtet man die Ausgangssituation zur Mitte der 1990er Jahre, hat mit der Gründung der Region Sønderjylland-Schleswig im Jahr 1997 die institutionalisierte Zusammenarbeit die frühere und oft nur auf einzelne Arbeitsbereiche fokussierte Ad-hoc-Politik abgelöst. Allerdings hatte die Region nicht in allen Fällen bei null begonnen. Im Bereich der Kultur beispielsweise existierte auf Verwaltungsebene schon zu Beginn der 1990er Jahre eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. In den 2000er Jahren blühte diese Zusammenarbeit jedoch noch weiter auf. Neue Akteure kamen hinzu, das Netzwerk wuchs. Vor allem die zahlreichen Interreg-Projekte führten dazu, dass eine Vielzahl von sog. Mikroprojekten gefördert werden konnte. Auch die Ausweitung der dänischen Übereinkunft „Den sønderjyske Kulturaftale“ zu einer deutsch-dänischen Kulturvereinbarung wäre ohne die bereits bestehende regionale Zusammenarbeit kaum machbar gewesen.

Allerdings war die öffentliche Wahrnehmung über lange Zeit ein Problem: Als die Region gegründet wurde, waren die Erwartungen in einigen Bereichen sehr hoch, in anderen vielleicht zu gering. Zu hoch, weil die politischen Gegner einen deutschen und/oder europäischen formalen Einfluss fürchteten, der weder von politischer noch von administrativer Seite gewünscht, geschweige denn überhaupt möglich war. Ein Sekretariat mit nur eineinhalb besetzten Stellen wäre damit zudem schlichtweg überfordert gewesen. Zu gering waren andererseits die Erwartungen an die Zusammenarbeit, weil man davon ausgegangen war, dass lokale und regionale Akteure für sich selbst sprechen und alle Aufgaben alleine bewältigen müssten. Hier hat es sich gezeigt, dass es für die Region von Nutzen war, in möglichst vielen Feldern aktiv zu sein und vielfältige Partnerschaften einzugehen.

Von den Themenfeldern und Aufgabenbereichen hat sich die Arbeit der Region zudem ständig verändert. Vordringlichste Aufgabe bleibt es, Projekte zu entwickeln bzw. diesen auf den Weg zu helfen und Bürgern, Behörden, Organisationen und Vereinen grenzüberschreitende Begegnungen zu ermöglichen. Das Regionskontor & Infocenter wird zudem weiterhin daran mitwirken, Netzwerke über die deutsch-dänische Grenze hinweg zu schaffen und deren Tätigkeit mit den dafür zur Verfügung stehenden eigenen Ressourcen zu unterstützen.

Literaturverzeichnis

Anne-Mette Hjalager, Evaluering af arbejdet i Region Sønderjylland-Schleswig 2000-2004, Aarhus 2004

Dies., Evaluering 2009 af Region Sønderjylland-Schleswig, Aarhus 2009

Martin Klatt, Fra modspil til medspil? Grænseoverskridende samarbejde i Sønderjylland/Schleswig 1945-2005, Sønderborg/Sonderburg 2006

Region Sønderjylland/Schleswig: Erste Überprüfung der Vereinbarung zur Errichtung der Region Sønderjylland/ Schleswig, Bov/Bau 2000

Region Sønderjylland-Schleswig: Region Sønderjylland-Schleswig. 5 års dansk-tysk samarbejde i grænseregionen 1997-2002, Bov/Bau 2002

Region Sønderjylland-Schleswig: 1997-2007. 10 år Region Sønderjylland-Schleswig, Padborg/Pattburg 2007

Jahresberichte der Region Sønderjylland-Schleswig, 1998 – 2016

Abbildungsnachweise:

Abb. 1, 2,4: Regionskontor & Infocenter

Abb. 3, 5,6: Tim Riediger, Bildjournalist, Sörup

Parteien in Dänemark

Ein Überblick über Grundzüge und aktuelle Entwicklungen
im dänischen Parteiensystem

von GERRET LIEBING SCHLABER

Aus deutscher Perspektive ist es oft verwirrend, wenn man in Medienberichten über Dänemark – nicht zuletzt auch in Fachbeiträgen und in der Umschau der Grenzfriedenshefte – mit dem dänischen Parteienwesen konfrontiert wird. Dies gilt natürlich auch im Zuge der Regional- und Kommunalwahlen vom 21. November 2017. Tatsächlich unterscheidet sich die dänische Parteienlandschaft trotz mancher Gemeinsamkeiten erheblich von dem System, das sich seit 1949 mit bisher vergleichsweise wenigen weitreichenden Änderungen in der Bundesrepublik etabliert hat. Das dänische Parteiensystem ist hingegen sehr viel häufiger Veränderungen unterworfen, was nicht nur an der deutlich niedrigeren Sperrklausel (2 % statt 5 % wie in Deutschland) für den Einzug einer Parteiliste ins Parlament liegt. Im folgenden Beitrag gibt unser Redaktionsmitglied Gerret Liebing Schlaber einen Überblick über die Besonderheiten und die jüngsten Entwicklungen im System der politischen Parteien in Dänemark, dessen Grundgesetz bereits 1849 eingeführt wurde und wo sich die parlamentarische Demokratie seit ihrer endgültigen Durchsetzung 1901 kontinuierlich weiterentwickelt hat.

Die Redaktion

Einleitung

Im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland ist das dänische Parteiensystem in seiner Struktur komplexer und bietet ein vielfältiges Bild: Eine rechtsliberale Regierungspartei, die sich als „Linke“ bezeichnet, die Partei der Mitte nennt sich „Radikale Linke“ und eine ausländer- und europafeindliche Partei wirbt mit einer sozialdemokratischen Sozialpolitik. Von den neun Parteien im gegenwärtigen dänischen Folketing stellt die mit nur 3,6 % Wählerzuspruch kleinste Gruppe gleich drei Minister. Immer wieder erscheinen zudem neue Gruppen, zuletzt im Jahr 2015 die Partei „Alternativet“. Der Deutsche Bundestag hingegen ist durch eine Parteienkontinuität gekennzeichnet. Abgesehen von den ersten Nachkriegsjahren waren es für eine lange Zeit nur drei und danach auch nie

mehr als fünf Fraktionen. Seit den 1950er Jahren konnten sich zudem lediglich zwei neue Parteien – ab 1983 die Grünen und ab 1990 die PDS, heute „Die Linke“ - längerfristig im Parlament etablieren. Der Einzug der AfD in den Bundestag 2017, wo diese nun eine sechste Fraktion bildet, sogar mit einem zweistelligen Ergebnis ist ein echtes Novum. Aus deutscher Sicht erscheint das dänische Parteiensystem daher ziemlich verwirrend. Um dieses zu verstehen, soll im folgenden Beitrag ein möglichst leicht verständlicher Überblick über das Parteiengefüge und dessen geschichtliche Entwicklung gegeben werden.

Besonderheiten des Wahlsystems

Um die Besonderheiten des Parteiensystems zu verstehen, ist es notwendig, zuerst einen kurzen Blick auf einige wesentliche Unterschiede des politischen Systems in Dänemark im Vergleich zu Deutschland zu werfen. Wie in demokratischen Staaten üblich wird das zentrale dänische Parlament, das Folketing, in freier und geheimer Wahl direkt gewählt. Anders als in Deutschland gilt jedoch ein (fast) reines Verhältniswahlrecht. Dabei werden 135 der 175 Sitze zunächst in den zehn Großwahlkreisen nach dem Proporzprinzip vergeben.¹ Die letzten 40 Mandate werden dann dem landesweiten Ergebnis entsprechend verteilt. Darüber hinaus wählen die Außengebiete der „Reichsgemeinschaft“ - Grönland und die Färöer - je zwei Abgeordnete, so dass die Anzahl der Abgeordneten im Folketing immer 179 beträgt. Im Deutschen Bundestag hingegen schwankt die Abgeordnetenzahl, je nachdem wie viele durch das Zweistimmenwahlsystem bedingte Überhang- und Ausgleichmandate auf die einzelnen Parteien entfallen. In Dänemark hat jeder Wähler nur eine Stimme, die dieser in dem Wahlkreis, in dem er wahlberechtigt ist, entweder einer von den Parteien aufgestellten Liste oder aber als „persönliche Stimme“ einem der Kandidaten gibt. Damit kann er die Reihenfolge auf der Liste verändern, so dass möglicherweise andere als die von der Partei nach oben gesetzten Kandidaten in das Folketing einziehen.² Landesweit muss eine Liste allerdings mindestens 2 % der Gesamtstimmen erreichen. Erringt eine Liste ein Mandat in einem Wahlkreis, kann ihr dieses allerdings nicht genommen werden.³

Um das dänische Parteiensystem verstehen zu können, ist auch ein Blick auf die dort herrschende politische Kultur notwendig. Während in Deutschland das Konkurrenzprinzip mit scharfen Abgrenzungen zwischen den Parteien und erst recht zwischen Regierungsbloc und Opposition gilt, ist Dänemark viel stärker eine Teilnahme- bzw. Kompromiss- oder sogar Konsensdemokratie. Während in Deutschland Mehrparteienregierungen durch feste Koalitionsverträge aneinander geknüpft sind und fast immer – auf Bundesebene bisher ohne Ausnahme - auf eine gemeinsame parlamentarische Mehrheit bauen, sind in

Dänemark Minderheitsregierungen mit variablen parlamentarischen Mehrheiten üblich. In Deutschland stimmt die Opposition zudem aus Prinzip meist gegen Gesetzesvorlagen der Mehrheit (sofern man nicht demonstrativ Einigkeit bei einem Thema zeigen will). In Dänemark hingegen wird gerade bei wichtigen Fragen der Kompromiss über die breite Mitte hinweg gesucht – nicht zuletzt beim Staatshaushalt.

Im Gegensatz zu Dänemark werden in Deutschland die neuen von den etablierten Parteien zunächst lange isoliert - wie berechtigt dies angesichts der anfänglichen Unberechenbarkeit der Grünen, des mangelnden Bruchs der PDS mit der undemokratischen DDR-Staatspartei SED als direktem Vorgänger und der unklaren Abgrenzung der AfD zu demokratieunverträglichen, rechtsradikalen Positionen auch sein mochte bzw. mag. In Dänemark hingegen werden neue Parteien schnell als demokratische Verhandlungspartner anerkannt und nicht zuletzt als parlamentarische Mehrheitsbeschaffer akzeptiert – selbst wenn sie politische Randpositionen besetzen. Auch von Rücktrittsforderungen, die in Deutschland zum rhetorischen Standardrepertoire gehören, hört man in Dänemark nur in Ausnahmefällen. In dieser politischen Atmosphäre ist es auch nicht verwunderlich, dass sowohl der Wechsel von Politikern zu anderen Parteien als auch das Entstehen neuer Parteien in der dänischen Demokratie häufig vorkommen.

Von „Links-Rechts“ zu „Rot-Blau“

Wie im deutschen Sprachraum lassen sich die ersten Ansätze parteipolitischer Bewegungen in Dänemark ab Mitte des 19. Jahrhunderts finden. Während die europaweite Revolutionswelle des Jahres 1848 in den allermeisten Ländern nur wenig nachhaltigen Erfolg verbuchen konnte, gelang es den dänischen Liberalen, mit Gültigkeit ab dem 5. Juni 1849 ein Grundgesetz durchzusetzen. Für seine Zeit war dieses derart fortschrittlich, dass es bis heute in Kraft geblieben ist und trotz mancher Rückschläge in der Folgezeit zur Grundlage der Entwicklung der dänischen Demokratie werden konnte. Es galt allerdings nicht in den Herzogtümern Schleswig, Holstein und Lauenburg, die bekanntlich noch bis 1864 unter jeweils gesonderten verfassungsrechtlichen Ordnungen zur dänischen Monarchie gehörten.

In den ersten Jahrzehnten bestanden politische Gegensätze im Reichstag vor allem zwischen den aufstrebenden, liberal gesinnten Stadtbürgern und den in noch größerer Anzahl vorhandenen Bauern auf der einen und eher konservativ gesinnten Adligen und Bürgern auf der anderen Seite. Erstere fanden ihre Plätze auf der linken Seite des Parlamentssaals und letztere auf der rechten. Daraus entstanden die beiden ersten parteiähnlichen Gruppierungen, die sich

selbst nach ihrer Platzierung als „Venstre“ (Links) und „Højre“ (Rechts) bezeichneten. Ab 1871 kamen auch die Sozialdemokraten hinzu. Wie in anderen Ländern auch versuchten diese, die schnell wachsende Arbeiterschicht zu organisieren; nach einigen Umwälzungen und auch politischen Verfolgungen konnten sie sich ab 1884 etablieren und gewannen immer mehr an Einfluss. Die Regierung wurde allerdings nach wie vor vom König ernannt, der sich stets für konservative Kandidaten entschied. Der bekannteste, damals als „Konseilspräsident“ bezeichnete Regierungschef war der von 1875 bis 1894 regierende Jacob B. S. Estrup, ein erklärter Gegner des Parlamentarismus, der auf der Grundlage eigentlich nur „provisorisch“ gültiger Gesetze gegen die liberale Folketingmehrheit regieren konnte.⁴

1901 waren die Konservativen jedoch so schwach geworden, dass König Christian IX. mit Johan Henrik Deuntzer erstmals einen Regierungschef der Venstre-Partei ernennen musste, dessen Regierung sich auf die Mehrheit im Folketing stützen konnte. Damit war die parlamentarische Demokratie endgültig Realität geworden. Doch vier Jahre später spaltete sich ein Teil der erfolgreichen liberalen Partei aus Protest gegen steigende Militärausgaben ab. Diese nannten sich Radikale Venstre („radikal“ im Sinne von „anti-konservativ“) und entwickelten sich zu einer sozialliberalen Partei, die auch schon bald erstmals Regierungsverantwortung übernehmen sollte. 1920 verfügte König Christian X. die Absetzung der Regierung unter Carl Theodor Zahle, die sich für die Anerkennung der neuen Staatsgrenze nördlich von Flensburg ausgesprochen und damit gegen den Wunsch des Königs und die Grundhaltung bedeutender Teile der öffentlichen und veröffentlichten Meinung gestellt hatte. Dieser versuchte Staatsstreich, der als „Osterkrise“ in die Geschichte einging, hatte dank einer großen Protestbewegung die endgültige Bestätigung der parlamentarischen Demokratie und die Reduzierung der Monarchie auf rein repräsentative Befugnisse zum Ergebnis.

Inzwischen hatten sich Venstre und die 1915 als Konservative Folkeparti neu konstituierte alte „Højre“ einander angenähert. Fortan lösten Koalitionen aus diesen beiden und solche zwischen Sozialdemokraten und Radikalen einander als Regierungen ab. Die Sozialdemokraten wurden dabei zur dominierenden Kraft. Sie führten erstmals von 1924 bis 1926 und dann ab 1929 für eine lange Zeit – mit der Radikalen Venstre als Juniorpartner, nach dem 9. April 1940 in einer Sammlungsregierung – die Regierung, nämlich bis zum Tode ihres legendären Vorsitzenden Thorvald Stauning im Jahr 1942 und bis zum von der Besatzungsmacht gewollten Rücktritt von dessen Nachfolger Wilhelm Buhl 1943. Im Zuge der Weltwirtschaftskrise ab Ende 1929, die auch Dänemark hart traf, erhielten neue radikalere (und nicht selten demokratiefeindliche) Parteien Auftrieb, insbesondere Danmarks Kommunistiske Parti. Doch weder diese noch



Abb. 1 Karikatur aus der politisch-satirischen Wochenzeitschrift „Kladderadatsch“ über die Osterkrise 1920, in der König Christian X. vergeblich versuchte, die parlamentarische Demokratie außer Kraft zu setzen

Gruppen am rechten Rand des politischen Spektrums konnten bedeutende Erfolge erzielen. Ein entscheidender Schritt hierzu war ohne Zweifel jener historische Kompromiss, der als „Kanslergadeforliget“ in die Geschichte eingegangen ist. Trotz einer sicheren parlamentarischen Mehrheit beteiligte Stauning auch Venstre und die später freilich wieder abspringenden Konservativen an einem historischen Kompromiss. Zusammen wurde ein Gesetzespaket geschnürt, das einseitige Maßnahmen zu Lasten eines Bevölkerungsteils künftig ausschließen sollte. Diese Übereinkunft vom 30. Januar 1933 – just jenem Tag, an dem Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt und damit die erste deutsche Demokratie zu Grabe getragen wurde – wurde zum Ausgangspunkt jener politischen Kompromisskultur, welche den dänischen Parlamentarismus bis heute prägt.

Diese Kultur trug sicherlich auch dazu bei, dass sich immer mehr Dänen mit der parlamentarischen Demokratie identifizierten und dass diese auch die deutsche Besatzungszeit der Jahre von 1940 bis 1945 praktisch unbeschadet überstand. Auch in dieser Zeit arbeiteten die demokratischen Parteien in der Regierung bis zu deren Rücktritt im August 1943 eng zusammen. Bei der Wahl 1943 erhielten sie große Zustimmung, während zugleich die ebenfalls kandidierenden dänischen Nationalsozialisten bedeutungslos blieben. Nach der Befreiung im Mai 1945 wurde eine „Sammlungsregierung“ unter Staunings Nachfolger Vilhelm Buhl gebildet, der auch Vertreter der in der Besatzungszeit verfolgten kommunistischen Partei und der rechtskonservativen Dansk Samling angehörten.

Dänische Regierungschefs (Statsminstre) seit 1901			
1901-05	Johan Henrik Deuntzer	1947-50	Hans Hedtoft
1905-08	Jens Christian Christensen	1950-53	Erik Eriksen
1908-09	Niels Neergaard	1953-55	Hans Hedtoft
1909	J. Ludvig Holstein-Ledreborg	1955-60	Hans Christian Hansen
1909-10	Carl Theodor Zahle	1960-62	Viggo Kampmann
1910-13	Klaus Berntsen	1962-68	Jens Otto Krag
1913-20	Carl Theodor Zahle	1968-71	Hilmar Baunsgaard
1920	Carl Julius Otto Liebe*	1971-72	Jens Otto Krag
1920	Michael Pedersen Friis*	1972-73	Anker Jørgensen
1920-24	Niels Neergaard	1973-75	Poul Hartling
1924-26	Thorvald Stauning	1975-82	Anker Jørgensen
1926-29	Thomas Madsen-Mygdal	1982-93	Poul Schlüter
1929-42	Thorvald Stauning	1993-2001	Poul Nyrup Rasmussen
1942-43	Vilhelm Buhl	2001-09	Anders Fogh Rasmussen
1943	Erik Scavenius	2009-11	Lars Løkke Rasmussen
1945	Vilhelm Buhl	2011-15	Helle Thorning-Schmidt
1945-47	Knud Kristensen	Ab 2015	Lars Løkke Rasmussen

Parteizugehörigkeit:

Venstre
Radikale Venstre
Socialdemokratiet
Konservative, * nicht parlamentarisch gewählte parteilose Interims-Regierungschefs

Abb. 2 Die dänischen Regierungschefs seit der Durchsetzung des parlamentarischen Mehrheitsprinzips im Folketing 1901

Die vier Altparteien blieben jedoch stets dominant. Nach weiteren Wechslen zwischen den in den folgenden Jahren von Venstre bzw. den Sozialdemokraten geführten Regierungen begann 1953 eine lange Periode, in welcher die Sozialdemokraten, abgesehen von zwei kurzen bürgerlichen Regierungszeiten (1968-71 und 1973-75), bis 1982 dominierten.

In dieser Zeit geriet das Gefüge der vier Altparteien allerdings zunehmend ins Wanken. 1959 entstand mit der Socialistisk Folkeparti (SF) eine Partei links von der Sozialdemokratie, die auch für breitere Schichten wählbar war. Noch gravierender waren die Folgen der „Erdrutschwahl“ vom 4. Dezember 1973, als die damals neue libertär-populistische Fremskridtsparti (Fortschrittspartei) mit 15,9 % auf Anhieb zweitstärkste Fraktion im Folketing wurde. Gleichzeitig betraten mit „Centrums-Demokraterne“ und „Kristendemokraterne“ zwei weitere neue Parteien die parlamentarische Bühne. Im Gegensatz zu den fundamental-oppositionellen „Fortschrittlichen“ wurden letztere zeitweise sogar Regierungsparteien. Auch die kleine Partei „Retsforbundet“ kehrte kurzzeitig ins Parlament zurück, so dass statt fünf nun sogar zehn Parteien im Folketing vertreten waren. Seither gab es im Folketing immer mindestens acht Fraktionen.

In der Regierungsverantwortung befanden sich jedoch weiterhin die Sozialdemokraten, die von den bürgerlichen Parteien erst ab 1982 über einen längeren

Zeitraum in die Opposition gedrängt wurden, obwohl sie in all den Jahren immer die größte Fraktion im Folketing stellten. Die von dem aus Tondern stammenden Regierungschef Poul Schlüter (Konservative) und Außenminister Uffe Ellemann Jensen (Venstre) angeführte, zeitweise durch Zentrums- und Christdemokraten bzw. durch die Radikale Venstre ergänzte Koalition hielt bis 1993. Sie zerbrach, weil die zuletzt genannten Parteien der Regierung wegen des Skandals um das von Justizminister Erik Ninn-Hansen (Konservative) angeordnete und widerrechtliche Verbot zur Familienzusammenführung tamilischer Flüchtlinge das Vertrauen entzogen und sich für die Bildung einer neuen Regierung unter Führung der Sozialdemokraten aussprachen.

Diese neue Regierung wurde 1994 von den Wählern im Amt bestätigt. Gleichzeitig gelang es aber den bis dahin zersplitterten Linksaußenparteien, mit dem neuen Verbund „Enhedslisten“ eine bis heute währende Repräsentation im Folketing zu erlangen. Obwohl die Sozialdemokratie ab 1993 eine gerade hinsichtlich der bisherigen Dauerprobleme - Staatsverschuldung und Arbeitslosigkeit - erfolgreiche Politik betrieb, fiel es ihr zusehends schwer, ihre frühere Vorrangstellung zu behaupten. Nach der Wahl von 1998, bei der erstmals die zwei Jahre zuvor von Fremskridtspartiet abgespaltene Dansk Folkeparti (DF) ins Folketing eingezogen war, blieb die von Poul Nyrup Rasmussen geführte Regierung nur denkbar knapp im Amt. 2001 wurde sie durch eine neue bürgerliche Regierung – nun mit Venstre als großem und den Konservativen als kleinem Koalitionspartner – ersetzt. Dabei war Venstre erstmals seit den 1920er Jahren die stärkste Partei im Folketing geworden. Die bis dahin isolierte Dansk Folkeparti wurde von der bürgerlichen Regierung als parlamentarischer Mehrheitsbeschaffer mit einbezogen. Diese Konstellation hielt sich über drei Wahlperioden.

Im neuen Jahrtausend setzte sich in der öffentlichen Wahrnehmung und in den Medien die Trennung in einen „roten“ (linken) und „blauen“ (bürgerlichen) Block durch. Tatsächlich hat es trotz der nach wie vor gängigen Kompromisskultur seit langem keine Koalition über die Mitte hinweg gegeben. Selbst die sozialliberale Radikale Venstre, deren Abgeordnete im Europaparlament gemeinsam mit den Kollegen der Venstre in der liberalen ALDE-Fraktion vertreten sind und deren damalige Vorsitzende Margrethe Vestager im Vorfeld der Wahl von 2011 als Chefin einer möglichen Neuauflage der Koalition von 1968-1971 ins Gespräch gebracht worden war, zählt heute eindeutig zum roten Block.

2011 gab es eine „rote“ Mehrheit, wodurch mit Helle Thorning-Schmidt erstmals eine Frau an die Spitze der Regierung trat. Allerdings erreichten die Sozialdemokraten dabei ihr schlechtestes Ergebnis seit den 1920er Jahren. 2013 verließ Socialistisk Folkeparti zwar die Koalition, unterstützte gemeinsam mit Enhedslisten aber weiterhin die sozialdemokratisch-sozialliberale Regierung. Doch 2015



Abb. 3 Wahlplakat von Peter Christensen 2015, bei welcher der Venstre-Politiker aufgrund mangelnder persönlicher Stimmen seinen sicheren Listenplatz verlor und kein Mandat erreichte

hatte der „blaue“ Block wieder die Nase vorn. Obwohl Venstre stark verlor und sogar hinter Dansk Folkeparti zurückfiel, konnte sie, unterstützt von den anderen drei „blauen“ Parteien des bürgerlichen Lagers, eine neue Regierung bilden. Ende 2016 sind zudem Konservative und Liberal Alliance in die Regierung eingetreten, die bei vielen Themen parlamentarische Mehrheiten über die Mitte hinaus findet, grundsätzlich aber von DF unterstützt wird, die kein Interesse an Regierungsverantwortung gezeigt hatte. Trotz eines sich in den letzten Jahren, wohl nicht zuletzt wegen des Aufstiegs der Rechtspopulisten und wegen der neuen Kommunikationsform über soziale Internet-Medien, verschärfenden Tonfalls in der dänischen Politik scheint die Kompromisskultur ungebrochen. Selbst weit von einer stabilen parlamentarischen Mehrheit entfernte Minderheitsregierungen erweisen sich aus deutscher Sicht als erstaunlich haltbar.

Die alten bürgerlichen Parteien

Wie erwähnt begann die eigentliche dänische Parteienpolitik mit relativ losen Gruppierungen im Parlament, die sich nach ihrer Platzierung benannten, als „links“ (Venstre) und „rechts“ (Højre). Erst ab 1870 kann man von wirklichen Parteien mit festen Strukturen sprechen und zwar nachdem sich mehrere liberale Gruppierungen, vor allem aus dem Milieu der selbstständigen Bauern, als „De forenede Venstre“ zusammengeschlossen hatten. Obwohl sie ab 1875 eine parlamentarische Mehrheit hinter sich vereinen konnten, gelang es ihnen bis 1901 nicht, die Regierungsverantwortung zu übernehmen. Umso mehr wurden sie zu den stärksten Verfechtern der parlamentarischen Demokratie. Dabei gelang es ihrem agilen Vorsitzenden (ab 1897), dem Bauernsohn und Lehrer Jens Christian Christensen, die politische Rechte in dieser Frage zu spalten. Venstre fuhr zugleich einen derart überwältigenden Wahlsieg ein, dass eine Højre-Regierung keine Chance mehr hatte, und stellte unter dem Handwerkersohn und Juraprofessor Johan Henrik Deuntzer nach dem Rücktritt des konservativen Konseilspräsidenten Hannibal Sehestedt auch erstmals die Regierung.⁵ Vier Jahre später übernahm Christensen selbst die Regierungsgeschäfte. Doch die zunehmende Stärke der Sozialdemokraten und 1905 die Abspaltung des sozialliberalen Flügels standen einer länger andauernden Dominanz entgegen. 1926-1929 führte Venstre zwar nochmals eine Regierung an, doch abgesehen von der Beteiligung an den „Sammlungsregierungen“ während der Besatzungszeit und unmittelbar danach, an der Baunsgaard-Regierung (1968-71) und einigen kurzlebigen Minderheitsregierungen (1945-47 unter Knud Kristensen, 1950-53 unter Erik Eriksen, 1973-75 unter Poul Hartling) war Venstre meist die stärkste Oppositionspartei. Von 1982 bis 1993 mit dem markanten Parteichef Uffe Ellemann-Jensen als Außenminister wieder Regierungspartei, gelang es ihr erst nach einigen Jahren in der Opposition, ab 2001 zur dominierenden Kraft in Dänemark zu werden. Abgesehen vom Intermezzo 2011-15 hat Venstre seither alle Minderheitsregierungen geführt. Obwohl sie nach wie vor viele typisch liberale und vor allem wirtschaftsliberale Positionen vertritt und ihr späterer Vorsitzender Anders Fogh Rasmussen 1993 mit dem neoliberal positionierten Buch „Fra socialstat til minimalstat“ Aufmerksamkeit erregte, bekennt sich die Partei doch grundsätzlich zum dänischen Wohlfahrtsstaat.⁶

Ganz anders war die Entwicklung der Konservativen: Während der von 1875 bis 1894 andauernden Regierungszeit Estrups versammelten diese ihre Anhänger aus den bisherigen Gruppierungen der Gutsbesitzer, der eher kompromissbereiten „Midterparti“, aber auch der seit 1864 mit diesen zusammenarbeitenden Nationalliberalen im Jahre 1881 in dem festen konservativen Parteienzusammenschluss der „Højre“.⁷ Dieser hielt sich auch nach Estrups Abgang an der

Regierung. Im Jahr 1901 gespalten und auf 8 von 113 Mandaten im Folketing reduziert, fiel „Højre“ als Regierungspartei für viele Jahre aus. Die Durchsetzung der parlamentarischen Demokratie erforderte eine Neuorientierung. Diese ungewohnte Rolle führte „Højre“ immer mehr in die Krise, zumal die Parteienkonkurrenz größer wurde. 1915 erfolgte eine Neugründung als Det Konservative Folkeparti. Zwar wusste die nun demokratisch und sozialstaatlich ausgerichtete Partei immer noch einen großen Teil ihrer Stammwählerschaft hinter sich, doch sollte es ihr bis 1982 nicht mehr gelingen, den Regierungschef zu stellen. Als Juniorpartner beteiligte sie sich aber an mehreren von Venstre geführten Regierungen. Auch die Popularität ihres langjährigen Vorsitzenden John Christmas-Møller, der als einer der ganz wenigen hochrangigen Politiker während der Besatzungszeit 1942 ins britische Exil gegangen war, brachte der Partei ab 1945 keinen nachhaltigen Erfolg. Ab 1950 arbeitete sie enger mit Venstre zusammen, um der sozialdemokratischen Dominanz etwas entgegenzusetzen zu können, doch blieb es nur bei kurzen Mitregierungszeiten (1950-53 und 1968-71). Innerlich zerstritten fiel die Partei 1975 auf ein historisches Tief von 5,5 % Wählerzuspruch.

1982 aber begann für die nun auf Wirtschaftsreformen drängenden und pro-europäischen Konservativen unter dem Vorsitz von Poul Schlüter eine erfolgreiche Zeit. Ihm gelang es, mit Venstre und den noch jungen Zentrums- und Christ-Demokraten eine neue Regierung zu bilden. Bei der Folketingwahl 1984 kamen die Konservativen auf 23,4 %, das beste Ergebnis, das sie je erreicht hatten. Dem Pragmatiker Poul Schlüter gelang es trotz erheblicher Widerstände, die Folgen der Wirtschaftskrise zu überwinden und Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung und Inflation deutlich zu senken.⁸ Nach dem Ende seiner Regierung und seinem Rücktritt als Parteichef 1993 setzte ein erneuter Niedergang der Partei ein, nicht zuletzt aufgrund zahlreicher innerparteilicher Machtkämpfe. Obwohl man kaum noch 10 % der Stimmen erreichte, gelang den Konservativen unter dem Vorsitz des von 2000 bis 2008 amtierenden und kompromissbereiten Parteivorsitzenden Bendt Bendtsen 2001 die Rückkehr in die Regierung - die allerdings von Venstre geführt und von Dansk Folkeparti toleriert wurde. Schon bald aber wurden die Konservativen, bei denen ab 2008 der Vorsitz wieder häufig wechselte und denen es zudem an markanten Persönlichkeiten fehlte, immer weniger als eigenständige Größe wahrgenommen. Zudem gelang es DF immer mehr, das traditionelle konservative Segment zu besetzen. 2011 auf 4,9 % reduziert und als Regierungspartei abgewählt, erreichten die Konservativen 2015 mit 3,6 % und gerade noch sechs Mandaten ihren Tiefpunkt. Die knappe Mehrheit für den „blauen Block“ sicherte allerdings ihren Einfluss auf die neue Venstre-Regierung und bescherte ihnen ab Ende 2016 drei Ministerposten.

Die lange Zeit dominierenden Sozialdemokraten

Die frühe Geschichte der dänischen Sozialdemokraten ähnelt derjenigen ihres deutschen Pendanten: Gründung als Arbeiterverein, zeitweise harte politische Verfolgung und Verbote, dann aber (1878) Etablierung als eigenständige Partei, die eng mit den organisatorisch gleichzeitig ausgegliederten Gewerkschaften zusammenarbeitete, zunächst eine klassische Arbeiterpartei mit marxistischer Grundorientierung. Diese Ausrichtung isolierte die ab 1884 im Folketing vertretene Partei zunächst von möglichen Zusammenarbeitspartnern. Mit der Zunahme der Industriearbeiterschaft wuchs allerdings der Zulauf. Ab 1909 unterstützte man mehrmals sozialliberal geführte Regierungen, doch die kompromissbereite Linie verärgerte den linken Parteiflügel, der sich zwischen 1917 und 1920 abspaltete und eine eigene kommunistische Partei gründete. Die seit 1910 von dem Gewerkschafter Thorvald Stauning geführten Sozialdemokraten wuchsen dennoch zur stärksten dänischen Partei heran, was sie gemessen am Anteil der Wählerstimmen von 1924 bis 2001 ununterbrochen blieben.

Erstmals zwischen 1924 und 1926 und dann ab 1929 führte Stauning die Regierung. Die Partei setzte sowohl in wirtschaftlich starken wie auch in Krisen-Zeiten auf Ausgleich. Mit Bildungsministerin Nina Bang führte ab 1924 erstmals weltweit eine Frau ein Ministerium in einer parlamentarisch gewählten Regierung. Legendär ist der oben schon erwähnte Kompromiss vom 30. Januar 1933, mit dem Stauning die Opposition in die Mitverantwortung für die Bewältigung der Wirtschaftskrise mit einbezog. Doch führte man auch eine sehr eigenständige Politik: Ab dieser Zeit setzte der massive Ausbau des Wohlfahrtsstaats unter Sozialminister Karl Kristian Steincke ein.

Die langjährige Dominanz der Sozialdemokraten, die 1935 mit 46,1 % ihr Rekordeergebnis bei einer Folketingwahl erzielten und bis 1971 immer über 35 % blieben, machte den universalen Wohlfahrtsstaat zu einem Markenzeichen dänischer Politik, das heute gleichsam ein Identitätssymbol für das Land darstellt. Obwohl die Zusammenarbeit der von 1940 bis 1943 noch sozialdemokratisch geführten Sammlungsregierung mit der deutschen Besatzungsmacht Popularität kostete, behauptete die Partei ihre dominante Rolle und stand bis 1982 an der Spitze der meisten Regierungen, etwa unter den Regierungschefs Hans Hedtoft, H.C. Hansen, Viggo Kampmann, Jens Otto Krag und Anker Jørgensen. Unter diesen wurde der Ausbau des Wohlfahrtsstaats inklusive Bildungs- und Gesundheitssystem weiter vorangetrieben und 1972/73 der Beitritt Dänemarks in die Europäische Gemeinschaft vollzogen.

Wie in vielen anderen Ländern Europas gingen die Sozialdemokraten angesichts steigender Staatsverschuldung und unlösbar erscheinender Wirtschaftskrisen auch in Dänemark in den 1980er Jahren für lange Zeit in die Opposition. Trotz

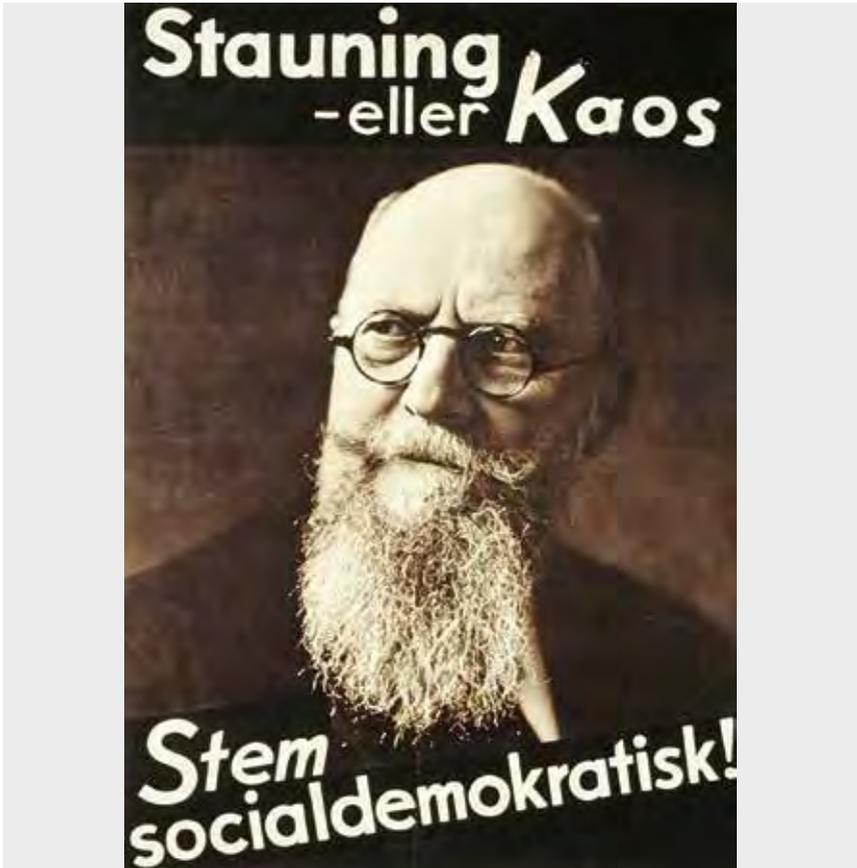


Abb. 4 Thorvald Stauning auf dem wohl berühmtesten Wahlplakat der dänischen Geschichte zur Wahl von 1935, die den Sozialdemokraten ein Rekordergebnis brachte

zahlreicher Sparmaßnahmen in der Regierungszeit des Konservativen Poul Schlüter blieb der Wohlfahrtsstaat allerdings bestehen. 1993 konnten die Sozialdemokraten, nachdem die Radikale Venstre sich von ihren bürgerlichen Partnern abgewandt hatte, erneut die Regierung stellen. Unter Poul Nyrup Rasmussen wurde das „Flexicurity“-Modell auf dem Arbeitsmarkt eingeführt, Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung weiter gesenkt und mit wirtschaftsli-

beraleren Positionen ähnlich wie bei vielen Schwesterparteien im Ausland der Weg zur politischen Mitte gesucht.⁹ Trotz vieler Erfolge kam es 2001 jedoch zur Abwahl, nicht zuletzt weil Ausländerpolitik und Angst vor neuer internationaler Gewalt nach dem Terroranschlag am 11. September 2001 fortan die politische Agenda beherrschten. Dabei blieb es auch in der Folgezeit. Erst 2011 konnte Sozialdemokratiet wieder eine Regierung anführen. Doch vier Jahre später gelang keine neue Regierungsbildung mehr, obwohl man mit 26,3 % wieder stärkste Partei im Folketing wurde. Zwar ist die Bewahrung des gut ausgebauten Wohlfahrtsstaats immer noch ein Hauptanliegen der Partei, doch zeigt man sich seit den 1990er Jahren immer stärker kompromissbereit über die Mitte hinweg. Jüngste Entwicklung unter der gegenwärtigen Parteivorsitzenden Mette Frederiksen ist ein Schwenk hin zu einer rigideren Integrations- und antieuropäischen Politik (u.a. mit der Zustimmung zu weiteren Grenzkontrollen) und einer stärker werdenden Zusammenarbeit mit Dansk Folkeparti.

Sozialliberale mit irreführendem Namen

Die vierte traditionelle Partei in Dänemark ist die Radikale Venstre. Diese existiert seit 1905, nachdem sich der linksliberale Flügel der liberalen Reform- und Regierungspartei Venstre abgespalten hatte.¹⁰ Zwar ging die neue Partei weiterhin von einer liberalistischen Weltanschauung aus, doch war sie streng pazifistisch eingestellt, trat für eine gemeinsame Verantwortung für die Verbesserung der Lebensbedingungen der finanziell schwach gestellten Mitbürger ein und plädierte für das allgemeine und gleiche Wahlrecht für alle (also auch Frauen, Arme und Dienstleute). Schon 1909/10 und dann wieder zwischen 1913 und 1920 kam die Radikale Venstre an die Regierung – und zwar alleine, da die sie unterstützenden Sozialdemokraten keine Regierungsverantwortung für einen bürgerlichen Staat übernehmen wollten. Unter ihrem Regierungschef Carl Theodor Zahle, Finanzminister Edvard Brandes und Außenminister Erik Scavenius gelangen zahlreiche Reformen – darunter die Wahlrechtsmodernisierung 1915. Sie hielt das Land aus allen Kriegshandlungen heraus und stärkte die Verantwortung des Staats für seine Bürger. Die Absetzung der Zahle-Regierung löste 1920 die schon erwähnte „Osterkrise“ aus. Trotz ihres Erfolges musste die Partei nach den Wahlen im selben Jahr mit der Oppositionsrolle vorliebnehmen.

Inzwischen von den Sozialdemokraten überholt, beteiligte sich die Radikale Venstre anschließend aber an zahlreichen (bis 1964 sogar an allen) Regierungen als Koalitionspartner. Dabei trat sie markant für Abrüstung ein (v. a. unter Außenminister Peter Munch in der Stauning-Zeit). Der Pragmatiker Scavenius war 1943 sogar kurzzeitig Regierungschef, doch blieb er wegen seiner bis zum Rücktritt aufgrund unerfüllbarer deutscher Forderungen großen Kompromiss-

bereitschaft gegenüber der Besatzungsmacht in der Geschichtsschreibung umstritten.

Seit den 1930er Jahren immer zwischen 5 und 10 % der Wählerstimmen liegend, gelang der Radikale Venstre 1968 wegen der heftig kritisierten Zusammenarbeit der Sozialdemokraten mit den Linksozialisten ein großer Erfolg: Sie erreichte 15 %, koalierte mit Venstre und Konservativen und konnte mit Hilmar Baunsgaard sogar den Regierungschef stellen. Ab 1971 unterstützten die Radikalen aber wieder die Sozialdemokraten, gerieten mit diesen aber zunehmend über den wirtschaftspolitischen Kurs in Konflikt. 1982 befürworteten sie den Wechsel der Regierung und stellten unter dem Konservativen Poul Schlüter zwischen 1988 und 1990 einige Minister. Nach der verheerenden Wahlniederlage 1990 wandte sich Radikale Venstre wieder den Sozialdemokraten zu und brachte zwischen 1993 und 2001 ihre liberale Position vor allem in der Wirtschafts- und Sozialpolitik der gemeinsamen Regierung ein. Ab 2001 wieder in der Opposition wuchs der Stimmenanteil der Partei 2005 auf fast 10 %, doch innerparteiliche Uneinigkeit bei der Suche nach künftigen Zusammenarbeitspartnern führte zum Ausstieg bekannter Mitglieder wie Naser Khader und Anders Samuelsen, die kurz darauf die Partei „Ny Alliance“ (s.u.) gründeten. Der Niederlage 2007 folgte 2011 ein erneuter Aufschwung unter Parteichefin Margrethe Vestager, die in der sozialdemokratisch geführten Regierung als Wirtschafts- und Finanzministerin amtierte und 2014 EU-Kommissarin wurde. Innerparteilicher Richtungsstreit bewirkte jedoch eine erneute Abspaltung und 2015 den Absturz auf nur noch 4,6 % Wählerzuspruch. Auch unter dem jetzigen Parteichef Morten Løkkegaard zeigt sich die Radikale Venstre pro-europäisch und steht für eine liberale Integrationspolitik. Kurios erscheint dabei, dass die Partei im Folketing in Opposition zu Venstre steht, im Europäischen Parlament hingegen mit Venstre – und u.a. der FDP - in der ALDE-Fraktion zusammenarbeitet. Der Wechsel des Venstre-EP-Abgeordneten Jens Rohde zu den Radikalen 2016 – übrigens gerade wegen der Integrationspolitik – hat dieser pragmatischen Zusammenarbeit keinen Abbruch getan.

Neue liberale Parteien

In jüngster Zeit ist die Verwirrung im liberalen Segment des dänischen Parteienspektrums durch zwei erfolgreiche Neugründungen noch größer geworden. 2006 bildete sich die erwähnte „Ny Alliance“ (Neue Allianz), deren prominenteste Vertreter aus verschiedenen Parteien kamen, vor allem von den beiden liberalen Altparteien. Die Neue Allianz erreichte zwar schnell eine starke Medienpräsenz und hohe Umfragewerte, schaffte aber 2007 nur knapp den Einzug in den Folketing. Nach innerparteilichen Konflikten und Austritten mehrerer pro-

minenter Mitglieder stand die Partei sogar kurz vor dem Kollaps. Doch gelang die Neukonstituierung als „Liberal Alliance“ unter dem bis heute amtierenden Parteichef Anders Samuelsen. Von den anderen liberalen Parteien unterscheidet sich die Partei seither vor allem durch ihre sehr viel stärker „klassisch“-liberale Ausrichtung mit möglichst wenig aktiver staatlicher Wirtschaftspolitik und wenig Hilfe für EU-Krisenländer, womit man auch die EU-Skeptiker im Land anspricht, und möglichst wenig Umverteilung. Auf der anderen Seite distanziert man sich von der rigiden Grenz- und Ausländerpolitik, die bei Venstre zunehmend Fuß gefasst hat. 2011 erreichte die Partei bei den Folketingwahlen 5 %, 2015 sogar 7,5 % der Stimmen. Ende 2016 trat die Allianz erstmals und mit gleich sechs Ministern in die Regierung ein, darunter Anders Samuelsen als Außenminister. Bei Kommunal- und Europawahlen blieb der Erfolg allerdings bisher begrenzt. Ende 2013 tauchte mit „Alternativet“ eine weitere neue Partei auf. Gründungsvorsitzender war der vorherige sozialliberale Kulturminister Uffe Elbæk. Gleich bei der ersten Folketingwahl gelang es den Alternativen, mit 4,8 % neun Mandate zu erringen. Auch wenn sich die Partei selbst als ideologiefrei und progressiv bezeichnet, hat sie doch einen deutlichen Ausgangspunkt im liberalistischen Verständnis von persönlicher Freiheit. Darüber hinaus betont sie ausdrücklich eine „grüne“ Ausrichtung ihrer Politik, was sich nicht zuletzt in der Parteifarbe äußert. Tatsächlich erinnert der basisdemokratisch orientierte innerparteiliche Entscheidungsfindungsprozess durchaus an die frühen deutschen Grünen. Es ist jedoch noch nicht abzusehen, ob sich „Alternativet“ als dänische grüne Partei etablieren oder eine kurzlebige Episode bleiben wird wie etwa die in den 1980er Jahren gegründete ökologisch orientierte Partei „De Grønne“, welche nie den Weg ins Folketing geschafft hatte. Aus dem politischen Leben weitgehend oder sogar ganz verschwunden sind hingegen mehrere andere Parteien. Die seit 1919 bestehende und lange im Folketing vertretene (konstant bis 1960, zuletzt 1979-81) Partei „Retsforbundet“ ist wie „Alternativet“ eher sozialliberal und auf wirtschaftliche Nachhaltigkeit ausgerichtet, andererseits aber auch EU-skeptisch. Seit 1990 nicht mehr zu überregionalen Wahlen angetreten, ist sie heute nur noch eine hier und da lokal vertretene Splitterpartei. Ab 1973 im Folketing vertreten war auch die Partei „Centrums-Demokraterne“. Die CD war 1982 bis 1988 und nochmals von 1993 bis 1996 sogar an Regierungen unterschiedlicher Ausrichtung beteiligt. Allerdings ist auch diese Gruppierung ein Beispiel dafür, wie Parteien durch innere Uneinigkeit, Orientierungslosigkeit und den Weggang ihrer Leitfiguren zugrunde gehen können. Nach 2001 nur noch sporadisch durch Überläufer anderer Parteien im Folketing vertreten, löste sie sich schließlich 2008 komplett auf. Eine weitere Neugründung ist „Nationalpartiet“. Diese setzt sich für eine liberale Wertepolitik und eine Wende in der Ausländerpolitik ein. Gegründet wurde die

Partei von Dänen mit nahöstlichem Migrationshintergrund. Zur Folketingswahl 2015 gelang es ihr, einige wenige Einzelkandidaten aufzustellen, die jedoch wenig erfolgreich waren, darunter den kurzzeitig landesweit bekannten jungen Dichter Yahya Hassan. Nach dessen Parteiausschluss wegen mehrerer Gesetzesübertretungen im Jahre 2016 wurde es wieder stiller um die Partei, die sich allerdings weiter um die Zulassung zur nächsten Folketingswahl bemüht.

Kleinere Parteien auf dem linken Flügel

Mit dem oben genannten Programm spricht „Alternativet“ auch Wähler des linken Spektrums an und konkurriert hier mit zwei weiteren im Folketing vertretenen Parteien. Die wichtigste ist die 1959 gegründete Socialistisk Folkeparti (SF). Sie entstand unter dem Eindruck des Kalten Krieges, als sich jener der Sowjetunion gegenüber kritische Flügel von Danmarks Kommunistiske Parti abspaltete, darunter mit Aksel Larsen der wohl bekannteste kommunistische Politiker Dänemarks.¹¹ Die neue Partei etablierte sich schnell und war seither kontinuierlich im Folketing vertreten. 1987 erreichte sie mit 14,6 % und 27 Mandaten das bisher beste Wahlergebnis. Danach fiel der Zuspruch zu der sich nach wie vor als sozialistisch und zugleich als EU-skeptisch gebenden Partei, welche vor allem für die sozialdemokratische Regierung als Mehrheitsbeschaffer fungierte und dadurch einen gewissen Einfluss erlangte, aber deutlich ab. Nach 2001 folgte eine mehr EU-freundliche Neuausrichtung. Im Europaparlament sitzt man in der Fraktion der Grünen. Unter dem Vorsitzenden Villy Søvndahl (ab 2005) wurde die Partei straffer als bisher organisiert. 2007 erreichte sie mit 13 % ihr bisher zweitbestes Ergebnis. Vorrangiges Ziel war nun die Regierungsbeteiligung, doch die immer engere Anlehnung an die Sozialdemokraten brachte nicht den erhofften Erfolg. Trotz des Rückgangs auf 9,2 % konnte die Partei ab 2011 zwar mitregieren, verließ die sozialdemokratisch geführte Regierung jedoch nach zwei Jahren. Dennoch stützte sie die Regierung im Folketing weiter. Der politische Richtungsstreit hatte zahlreiche Parteiaustritte und herbe Stimmenverluste bei den nächsten Wahlen zur Folge. Mit 4,2 % ist SF 2015 sogar zur kleinsten Oppositionspartei im Folketing herabgesunken. Erfolgreicher war zuletzt die am weitesten links stehende Partei im Folketing mit dem Namen Enhedslisten (Einheitsliste). 1989 aus dem Zusammenschluss dreier kleinerer Linksparteien – der alten „Dansk Kommunistisk Parti“, der Partei „Venstresocialisterne“ und „Socialistisk Arbejderparti“ – entstanden, gelang ihr seit 1993 meist knapp, aber doch kontinuierlich der Einzug in den Folketing mit mindestens vier Abgeordneten. Obwohl die Partei teilweise radikale Ansichten zur sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft hat und nach wie vor das Eigentumsrecht einschränken will, wird sie von allen anderen als Gesprächspartner akzeptiert, wobei sie ihrerseits keine Fundamentalopposition

betreibt und ab 2011 sogar Mehrheitsbeschafferin für die sozialdemokratische Thorning-Regierung war. 2011 erreichte sie 6,7 % und 2015 7,8 %. Damit wurde Enhedslisten viertstärkste Fraktion im Folketing. Teilweise war dies der Popularität ihrer zeitweiligen politischen Sprecherin Johanne Schmidt-Nielsen geschuldet, die 2015 sogar mehr persönliche Stimmen erhielt als Lars Løkke Rasmussen. Zur Europawahl tritt die EU-kritische Partei nicht an, sondern unterstützt die parteiübergreifende „Folkebevægelse mod EU“, deren einzige Abgeordnete ab 2014 das EL-Mitglied Rinja Ronja Kari ist. Diese Gruppe führt ein breites politisches Spektrum zusammen, welches lediglich durch die Gegnerschaft zur europäischen Einigung geeint wird. Ab 1979 mit vier von 13 dänischen Mandaten stark im Parlament vertreten, wurde die Gruppe allerdings ab 1992 durch die Abspaltung der den Gemeinsamen Markt akzeptierenden, nach 2009 wieder verschwundenen „JuniBevægelse“ geschwächt. Heute vereint sie überwiegend linke EU-Gegner, während die eher rechts gesinnten EU-Skeptiker sich vor allem durch Dansk Folkeparti vertreten sehen.

Die Besonderheiten der dänischen Rechtspopulisten

Die nicht nur aus deutscher Perspektive wohl auffälligste Entwicklung in der dänischen Politik der letzten 20 Jahre ist fraglos der Aufstieg der rechtspopulistischen Dansk Folkeparti (DF). Diese entstand 1995 als Abspaltung der Fortschrittspartei (Fremskridtspartiet), die als Neuling 1973 für einen der größten Umbrüche in der dänischen Parlamentsgeschichte gesorgt hatte, als sie bei der deshalb dann so genannten „Erdrutschwahl“ auf Anhieb zweitstärkste Kraft im Folketing wurde. Auch später erreichte die Partei immer wieder zweistellige Ergebnisse. Von der Fortschrittspartei übernahm DF die fremdenfeindliche und europaskeptische Rhetorik, doch im Gegensatz zu der von deren exzentrischem Gründer Mogens Glistrup verfochtenen ultraliberalistischen und fundamentaloppositionellen Linie setzten Parteichefin Pia Kjærsgaard und ihre Anhänger auf eine sozialkonservative Ausrichtung. Zunächst von allen anderen Parteien gemieden und vom damaligen Regierungschef Poul Nyrup Rasmussen sogar bezichtigt, „niemals stubenrein werden“ zu können,¹² baute DF ihre Position auf Kosten der noch bis 1999 im Folketing vertretenen und noch heute als rechte Splitterpartei existierenden Fortschrittspartei schnell aus. Schon 2001 bekam sie als Mehrheitsbeschafferin („støtteparti“) erheblichen Einfluss auf die von Venstre und Konservativen gebildete Regierung. Diese Konstellation überdauerte zwei weitere Wahlperioden, in welchen sich DF für die Minderheitsregierung zwar als verlässlicher Zusammenarbeitspartner zeigte, aber auch viele eigene Positionen durchzusetzen verstand.

Für ausländische Beobachter ist Dansk Folkeparti besonders schwer einzuordnen.¹³ Einige Politikwissenschaftler ordnen ihre Programmatik unter dem Begriff „Wohlfahrtschauvinismus“ ein. Damit ist der Bezug auf ein gut ausgebautes nationales Umverteilungssystem gemeint, wie es der nach dem universalen Prinzip organisierte dänische Wohlfahrtsstaat ohne Frage ist, das man gegen potenzielle Ansprüche möglicher weiterer Nutznießer (= Einwanderer) schützen will. Man will ein national homogenes Dänemark, Ausländer werden ständig als Hauptproblem dargestellt, wenn sich die Partei auch von offen rassistischer Rhetorik fernhält.¹⁴ Des Rechtsextremismus verdächtige Mitglieder wurden in der Regel umgehend ausgeschlossen.¹⁵ Auch mit Kontakten zu anderen rechtspopulistischen Parteien in Europa hält DF sich bedeckt. Bemerkenswerterweise gehört die DF-Gruppe im Europaparlament seit 2014 nicht mehr der rechtspopulistischen Fraktion „Europa der Freiheit und Demokratie“ an, sondern den „Europäischen Konservativen und Reformern“, in welcher die britischen Konservativen und die polnische autoritär-nationalkonservative Regierungspartei PiS (Prawa i sprawiedliwość = Recht und Gerechtigkeit) die stärksten Gruppen bilden.

Einem kurzzeitigen Rückgang 2011 folgten die seither größten Erfolge mit 26,6 % bei der Europawahl 2014 und 21,1 % bei der Folketingwahl 2015. Dabei erhielt der seit 2012 amtierende Parteivorsitzende Kristian Thulesen Dahl die meisten persönlichen Stimmen aller Kandidaten. Das landesweit beste Ergebnis erreichte DF ausgerechnet in der Kommune Apenrade mit 31,1 %. Wie mächtig diese Partei inzwischen ist, zeigt sich nicht nur darin, dass die übrigen „blauen“ Parteien des bürgerlichen Regierungsbündnisses wesentliche Teile der DF-Forderungen verinnerlicht und Pia Kjærsgaard zur Folketingpräsidentin gewählt haben. Seit 2015 sind zudem auch die Sozialdemokraten unter Mette Frederiksen immer näher an von DF vertretene Positionen herangerückt. Sowohl die Unterstützung einer sozialdemokratischen Regierung durch DF als auch eine gemeinsame Regierung beider Parteien gelten für die nahe Zukunft als machbar. Dies zeigt umso eindringlicher, welche entscheidende Rolle die Rechtspopulisten heute im dänischen Parteiengefüge spielen.

Splitterparteien zwischen christlich-konservativ und offen national-sozialistisch

Darüber hinaus gibt es in Dänemark noch einige weitere, wesentlich kleinere Konkurrenzparteien, deren Zukunftsaussichten allerdings derzeit unklar sind. Als eindeutig wertkonservativ sind die seit Anfang der 1970er Jahre wiederholt im Parlament vertretenen - zuletzt 2011 durch den Parteiwechsler Per Ørum Jørgensen – und von 1982 bis 1988 sogar an der Regierung beteiligten Christ-

En retfærdig udlændingepolitik, der virker:

- Stop al asylbehandling i Danmark
- Udvis kriminelle udlændinge efter første dom
- Lad udlændinge forsørge sig selv
- Gør integration til et personligt ansvar
- Opsig flygtningekonventioner

Nye Borgerliges udlændingepolitik vil spare skattebødet for mange udgifter. Det betyder, at vi kan lægge skatter og afgifter for 24 mia. kr. uden at berøre velfærden. Vi vil bl.a. halvere afgiften på elenergi, benzol og biler, og fjerne afgiften helt på al vin, spiritus, chokolade og - for de penge, som den nuværende forfærdede udlændingepolitik koster.

Bliv medlem!
nyeborgerlige.dk/meld-dig-til

 www.nyeborgerlige.dk www.facebook.com/nyeborgerlige

Abb. 5 Asyl- und Ausländerfeindliche Parolen, verbunden mit dem Vorschlag, das hier angeblich einzusparende Geld in Steuererleichterungen für Kraftfahrzeuge und Genussmittel umzusetzen, auf einem Werbeblatt der rechtspopulistischen Partei „Nye Borgerlige“ zur Kommunalwahl 2017

demokraten (Kristendemokraterne) einzuordnen, welche sich im protestantisch geprägten Dänemark noch stärker auf konservativ-christliche Werte berufen wie etwa die ungleich erfolgreicheren Namensschwestern in Deutschland oder Italien. Rechts von der DF wiederum hat sich eine neue Partei mit der Bezeichnung „Nye Borgerlige“ (Die neuen Bürgerlichen) positioniert, die bereits 2016 genügend Unterschriften für die Zulassung zur nächsten Folketingwahl gesammelt hatte und an dieser teilnehmen wird. Zwar ist man in Sachen nationaler Wertepolitik und in Integrationsfragen auf einer Linie mit der DF, doch zugleich steht die Partei für Wirtschaftsliberalismus und vertritt die eindeutige Forderung nach EU-Austritt und Aufkündigung internationaler Abkommen. Eine ebenfalls stark nationalistische Programmatik kennzeichnet die bereits seit 1936 existierende Partei „Dansk Samling“. Diese genoss wegen der Beteiligung ihrer Protagonisten – der bekannteste war der im Januar 1944 von NS-Kollaborateuren ermordete Dichter-Pastor Kaj Munk - am Widerstand gegen



Abb. 6 Wahlkampfmobil der Slesvigsk Parti mit der in synnejsk gehaltenen Aufschrift „Wir können die Sprache“ zur Betonung der regionalen Besonderheiten in Sønderjylland

die deutsche Besatzungsherrschaft kurzzeitig Ansehen und war auch an der ersten Nachkriegsregierung beteiligt. Allerdings verschwand sie wohl nicht zuletzt wegen ihrer damals unklaren Haltung zum demokratischen System schon 1947 wieder aus dem Folketing und blieb seither eine Splitterpartei. Unter dem Vorsitz der Historiker und Blogger Adam Wagner (ab 2003) und Morten Uhrskov Jensen (ab 2013) wurde die Partei mit nationalistischer Rhetorik v. a. gegen die EU und Einwanderer wieder medienpräsen, hat jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht genug Unterstützung für eine erneute Kandidatur zum Folketing. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass es in Dänemark auch eine nationalsozialistische Partei gibt, nämlich Danmarks „Nationalsocialistiske Bevægelse“ (DNSB). Trotz ihrer offenen Verfassungsfeindlichkeit wird die seit 1991 existierende Gruppe geduldet. Sie verfügt über eine eigene Zeitung und den Radiosender „Radio Oasen“. Politische Repräsentation erreichte die sehr kleine Partei bisher nirgendwo in Dänemark, ebenso wenig wie die 2011 von ihr abgespaltene Gruppe „Danskernes Parti“, die kurzzeitig sogar internationale Aufmerksamkeit erregte.¹⁶ Diese wollte unter ihrem jungen Vorsitzenden Daniel Carlsen eine vorgeblich modernere nationalistische Linie fahren, doch nach dessen Rückzug löste sich die Gruppe im Sommer 2017 wieder auf.¹⁷ Fanatischer Rechtsextremismus ist im dänischen Parteienspektrum also weiter marginalisiert.

Slesvigsk Parti – Regionalpartei und deutsche Minderheitenpartei

Ausgeprägte Regionalparteien sind in Dänemark anders als in Deutschland relativ selten, lediglich auf kommunaler Ebene gibt es einige Lokallisten. Eine wichtige und aus unserer Region nicht wegzudenkende Ausnahme ist „Slesvigsk Parti“ (SP), die politische Vertretung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig. Diese Partei wurde bereits 1920 kurz nach der Grenzziehung gegründet und erlangte bis 1943 immer ein Folketingmandat, das bis 1939 Pastor Johannes Schmidt-Wodder wahrnahm. Obwohl die Organisationen der deutschen Volksgruppe ab 1938 nach NS-Muster gleichgeschaltet waren, blieb der Name für die Parteiliste zu Wahlen bestehen, auch nachdem der als „Volksgruppenführer“ bezeichnete Chef der NSDAP-Nordschleswig Jens Möller 1939 ins Folketing gewählt worden war. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die SP als demokratische Partei neu aufgebaut. Von 1953 bis 1964 war sie mit Hans Schmidt-Oxbüll wieder im Folketing vertreten, kandidierte ab 1971 zwar nicht mehr eigenständig, brachte aber 1973 dank der Zusammenarbeit mit den „Centrums-Demokraten“ mit dem auf deren Kandidatenliste verzeichneten Jes Schmidt für sechs Jahre noch einmal einen Vertreter ins Parlament. 1981 wurde das Sekretariat der deutschen Volksgruppe als politisches Bindeglied zu Folketing und Regierung eingerichtet; seither ist SP nicht mehr landesweit angetreten. Sie vertritt die deutschen Nordschleswiger aber in allen vier Kommunen der Region und beteiligt sich 2017 auch erstmals an den Regionswahlen.

Unterschiede zum deutschen Parteiensystem

Wie der kurze Streifzug durch das dänische Parteiensystem und seine Geschichte gezeigt hat, ist dieses trotz mancher Gemeinsamkeiten sehr viel facettenreicher und vor allem offener für neue Parteien als das deutsche. Ein Grund dafür mag in der niedrigen Sperrklausel zu den Folketingswahlen liegen. Noch wichtiger allerdings ist die eingangs erwähnte politische Kultur in Dänemark, die zu zahlreichen Kompromissen, ja sogar parteiübergreifenden Konsensentscheidungen führt. Aus mehreren Parteien bestehende Koalitionsregierungen haben eine lange Tradition. Und es ist mehr Regel als Ausnahme, dass Regierungen, die keine eigene Mehrheit im Parlament haben, von weiteren im Folketing vertretenen Fraktionen anderer Parteien gestützt werden. Nicht selten kommt es auch zu Parteiwechseln von Politikern, die auf der anderen Seite sogar weiterhin reibungsfrei mit der Partei, die sie gerade verlassen haben, zusammenarbeiten. Neue Parteien werden in der Regel sowohl durch die Medien als auch durch die etablierte Konkurrenz anerkannt und ebenso wie auch politische Flügelparteien in die parlamentarische Zusammenarbeit

eingebunden. All dies gibt es in dieser Form in Deutschland nicht. Dass man auf diese Weise in Dänemark sozusagen „noch mehr Demokratie wagt“, hat sicherlich auch mit der langen und kontinuierlichen Entwicklung des parlamentarischen Systems zu tun, das schon 1849 im Grundgesetz verankert und 1901 endgültig durchgesetzt worden war – und das sich auch in den größten Krisen bewährt hat. Zwar kann sich auch Deutschland einer bald 70-jährigen stabilen Demokratie rühmen, doch sind die Erinnerungen an das Scheitern der ersten demokratischen Republik 1933, den grausamen Irrweg der NS-Diktatur und an 40 Jahre SED-Einheitsparteiherrschaft in der DDR noch sehr präsent. Am dänischen Parteiensystem fällt aus deutscher Sicht weiterhin auf, dass es keine bürgerliche Volkspartei analog zur CDU gibt. Am nächsten kämen dem Venstre und die Konservativen. Doch beide unterscheiden sich wie gezeigt stark voneinander, obwohl sie seit den 1920er Jahren oft zusammen regiert haben und dies mit wechselndem Vorrang und oft mit weiteren Partnern. Sehr viel häufiger waren die beiden allerdings in der Opposition, da die Sozialdemokraten lange dominierten. Obwohl diese Partei für dänische Verhältnisse immer noch gute Wahlergebnisse erzielt, scheint ihre Zeit als Volkspartei vorbei zu sein. Bemerkenswert ist zudem, dass extremistische Parteien nie zum Zuge gekommen sind und selbst in Krisenzeiten der noch jungen Demokratie immer klein geblieben sind.

Schließlich fällt aus deutscher Sicht der frühe Erfolg rechtspopulistischer Parteien mit offen ausländerfeindlicher Rhetorik auf. Dies gilt schon für den „Erd-rutsch“ von 1973 mit Fremskridtspartiet und erst recht für den Aufstieg von Dansk Folkeparti seit 1995. Die Integration der DF in die Regierungszusammenarbeit bereits ab 2001 erstaunt aus deutscher Sicht. Auf der anderen Seite aber vertritt sie auf vielen Politikfeldern durchaus kompromissfähige Positionen. Dabei ist es ihr auch gelungen, ihre von der Konkurrenz zunächst gemiedenen rechtspopulistischen Standpunkte (Verschärfung von Asyl- und Ausländerrecht, Grenzkontrollen, Kampf gegen das „Elitenprojekt“ Europa usw.) kontinuierlich auf die öffentliche Agenda zu setzen, so dass diese zunehmend von anderen Parteien übernommen werden.

Die Stabilität der dänischen Demokratie erklärt sich trotz der im Vergleich zu Deutschland sehr viel „unruhigeren“ Parteienlandschaft also hauptsächlich durch die lange Kontinuität und die schon früh etablierte grundsätzliche Kompromisskultur, die sogar die Flügelparteien mit einbezieht. Aktuell stellt sich die Frage, ob sich Deutschland nach der letzten Bundestagswahl im September 2017 allmählich auf einen ähnlichen Weg begibt – aber auch inwieweit der in vielen Ländern Europas, und eben auch in Dänemark und Deutschland, immer stärker hervortretende Nationalpopulismus zu einer Belastung für die Demokratie werden wird.¹⁸

Anmerkungen

- 1 Diese Wahlkreise sind sehr unterschiedlich groß: Kleinster „storkreds“ ist das 40.000 Einwohner starke Bornholm, das auch nur einen Vertreter direkt in den Folketing entsendet. Südseeland und die südlichen Inseln verfügen hingegen über 21 Mandate, der südjütische Wahlkreis (umfasst den Festlandsteil der Region Süddänemark und damit auch Nordschleswig) ist der zweitgrößte mit 18 Abgeordneten.
- 2 Bei der Folketinswahl 2015 wurde auf diese Weise dem südjütischen Wahlkreis-Spitzenkandidaten von Venstre Peter Christensen der Einzug ins Folketing verwehrt
- 3 Der bekannteste Fall eines solchen Einzelmandats ist der Komiker Jacob Haugaard, dem es 1994 gelang, mit über 23.000 persönlichen Stimmen gewählt zu werden. Bereits ab 1979 hatte er mehrfach als Mitglied der anarchistischen, allerdings nicht als Partei gemeldeten Vereinigung „SABAE“ (Samenslutning af bevidst arbejdsksky elementer) mit bewusst absurden Programmpunkten wie „Rückenwind auf allen Fahrradwegen“ als Parodie auf oft unhaltbare Wahlversprechen von Politikern kandidiert.
- 4 Möglich war dies nicht zuletzt dadurch, dass damals auch eine zweite Kammer, das Landsting, an der Gesetzgebung beteiligt war. Dieses erinnerte an das britische House of Lords (Oberhaus) und bestand aus vom König ernannten, meist adeligen und konservativ eingestellten Abgeordneten. Nach 1901 verlor es schnell seine Bedeutung und wurde mit der Grundgesetzreform von 1953 ganz aufgehoben.
- 5 „Højre“ verfügte nur noch über acht Mandate. Hannibal Sehested war damit der bis heute letzte adelige Regierungschef im Königreich, er stammte aus der im alten Gesamtstaat weit verbreiteten Adelsfamilie Sehested, deren Ursprung im gleichnamigen Adelsgut und Kirchdorf in den Hüttener Bergen lag, das am 10.12.1813 Schauplatz einer blutigen Schlacht im Zuge der Napoléonskriege gewesen war.
- 6 Anders Fogh Rasmussen (Red.): Fra socialstat til minimalstat. København: Samlens Forlag 1993.
- 7 Die Nationalliberalen waren seit den 1840er Jahren die tonangebende Gruppe in der dänischen Politik und hatten erheblichen Einfluss auf die Ausarbeitung des Grundgesetzes bis 1849. Auf der anderen Seite standen sie auch für den zunehmenden ab- und ausgrenzenden Nationalismus und trugen unter den ihnen angehörenden Regierungschefs Carl Christian Hall und Ditlev Gotthard Monrad, aber auch mit vielen publizistischen Scharfmachern wie Carl Ploug die Hauptverantwortung für die Politik, die 1864 in die verheerende militärische Niederlage Dänemarks im Krieg gegen Preußen und Österreich und zur Reduzierung des Landes auf einen kleinen Nationalstaat führte. Da die nationalen Gedanken zunehmend von konservativen Kreisen übernommen wurden, erscheint es wenig verwunderlich, dass sich ein wesentlicher Teil der Nationalliberalen diesen und nicht den Venstre-Reformliberalen anschloss.
- 8 Letzteres gelang u.a. durch die Politik des festen Wechselkurses ab 1983, als man

den Kurs der Dänischen Krone an die Deutsche Mark band. Diese Politik wird bis heute in Bezug auf den Euro fortgeführt, obwohl Dänemark seit der Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht 1992 bekanntlich vier besondere Vorbehalte zur EU-Gesetzgebung hat, darunter in der Frage der Währungsgemeinschaft.

- 9 Mit diesem Begriff wird das Konzept bezeichnet, dass einerseits mehr Flexibilität bei der Anstellung u.a. durch weniger Kündigungsschutz gewährleistet werden soll, andererseits aber auch für die von Kündigungen Betroffenen mehr finanzielle Sicherheit während der Suche nach einem neuen Job garantiert wird.
- 10 Wie oben erwähnt ist der Name geschichtlich begründet und bezeichnet einen radikal-liberalen, anti-konservativen Kurs, stärker als jenen bei der ursprünglich „links“ im Parlament sitzenden Altpartei. „Radikal links“ nach deutschem Verständnis ist die Partei nie gewesen.
- 11 Larsen war seit den 1920er Jahren eine Leitfigur in der kommunistischen Partei. Während der Besatzungszeit war er mehrere Jahre in Haft, darunter auch im KZ Sachsenhausen. 1945 kurzzeitig Minister ohne Geschäftsbereich in der ersten Nachkriegsregierung, wandte er sich zunehmend gegen den prosovjetschen Kurs seiner Partei und wurde nach seinem Parteiausschluss Mitgründer der SF. Vgl. Kurt Jacobsen, Aksel Larsen – stifteren af SF, Kopenhagen: Informations Forlag, 2010.
- 12 Rede von Poul Nyrup Rasmussen am 7.10.1999 im Folketing, hier nach http://webarkiv.ft.dk/?samling/19991/salen/R1_BEH1_3_3_263.htm (Zugriff 12.9.2017). Wörtlich sagte der Regierungschef an die DF-Fraktion gerichtet, nachdem er deren ausländerfeindliche Rhetorik, die auch dänische Staatsbürger anderer ethnischer Herkunft treffe, kritisiert hatte: „Uanset hvor mange anstrengelser I gør jer, stuerene bliver I aldrig, set med mine øjne!“
- 13 Der eigentlich naheliegende Vergleich mit der AfD wird u.a. dadurch erschwert, dass die AfD sehr viel jünger ist und in dieser recht kurzen Zeitspanne zweimal – auf Kosten der jeweiligen Vorsitzenden – deutlich weiter nach rechts gerückt ist; eine Abgrenzung zu rechtsradikalen Positionen ist bisher nicht erfolgt.
- 14 Immer wieder waren pauschalisierende, abwertende Aussagen vor allem gegen Muslime, Osteuropäer und generell gegen Nicht-Dänen zu vernehmen. Als ein besonders markantes Beispiel sei die Deligierte Cheanne Nielsen zitiert, die beim Parteitag 2016 in ihrer Rede sagte: „Hvorfor skulle udlændinge klare sig selv, nu hvor de har krav på husly og lommepenge fra staten, så snart de kommer hertil? De sviner, de svindler, de stjæler, de voldtager og de dræber.“ An dieser Stelle wurde die Rede vom Applaus vieler Teilnehmer unterbrochen. Vgl. <https://www.youtube.com/watch?v=DGQLkn9EVcw>. (Zugriff 12.9.2017). Ein anderes Beispiel ist die Homepage meldensteuropæer.dk, auf welcher Peter Kofod Poulsen dazu aufforderte, schlechte Erfahrungen mit Osteuropäern anzugeben (<https://twitter.com/kofodpeter/status/510327460513472512> – 12.9.2014). Diese Aktion verhinder-

- te nicht Kofods Wahl ins Folketing 2015, doch ist die Homepage inzwischen nicht mehr abrufbar. - In der beliebten Politik-Talkshow „Debatten“ mit Clement Kjersgaard (DR, 23.9.2016) weigerte der integrationspolitische Sprecher von DF Martin Henriksen sich, den durch und durch dänisch sozialisierten Schülersprecher Jens Philip Yazdani, dessen Vater aus dem Iran stammt, als Dänen anzuerkennen, und sagte dem 18jährigen ins Gesicht: „Jeg kender ham jo ikke. [...] Man kan ikke sige, fordi man henter hele verden til Danmark, og de så får nogen børn i Danmark, at de børn er danskere. Det er simpelthen en forfladelse af debatten.“ - Beispiele für eine völkische Auffassung des Nationsbegriffs finden sich nicht nur bei DF zuhauf.
- 15 Beispielsweise hatte Reporter Kristian Jessen von der Boulevardzeitung EkstraBladet sich 2006 bei mehreren Lokalgruppen-Vorsitzenden erkundigt, ob er als angeblicher vormaliger Angehöriger des rechtsextremen Netzwerks Dansk Front Mitglied werden könne. Die neun Vertreter, die dies nicht konsequent ablehnten, wurden von der Parteiführung umgehend aus der Partei ausgeschlossen. Vgl. DF fyrer ni lokale tillidsmænd, DR, 21.8.2006. - Bereits 1999 hatte DF mehrere jüngere Mitglieder ausgeschlossen, die sich an der ultranationalistischen Gruppierung „Dansk Forum“ beteiligt hatten. <https://www.kristeligt-dagblad.dk/kirke-tro/dansk-folkparti-ekskluderer-unge> (18.8.1999 – abgerufen 1.10.2017).
- 16 Mitglieder der Partei verteilten im September 2016 in Hadersleben ein so genanntes „Asyl-Spray“ an Passantinnen, mit denen sich diese gegen angebliche Übergriffe von Flüchtlingen wehren sollten. Diese rassistische Ungeheuerlichkeit blieb selbst internationalen Medien wie dem US-Medienriesen CNN nicht verborgen, vgl. Hilary McGann: Danish political party hands out „anti-migrant“ spray, <http://edition.cnn.com/2016/09/27/europe/asylum-spray-trnd/index.html?sr=twCNN092716asylum-spray-trnd0818PMStoryPhoto&linkId=2926> (27.9.2016).
- 17 Danskernes Parti nedlægger sig selv, <http://nyheder.tv2.dk/politik/2017-06-24-danskernes-parti-nedlaegger-sig-selv> (24.6.2017). Die Internetpräsenz <https://danskernes-parti.dk> war Mitte Oktober 2017 noch abrufbar.
- 18 In der Tat versuchen die dänischen Rechtspopulisten ausgerechnet unter Berufung auf Grundwerte, Freiheit und Demokratie der eigenen Nation, gegen internationale Übereinkünfte selbst über grundlegende Dinge wie die Menschenrechte vorzugehen. Jüngst bezeichnete EP-Mitglied Morten Messerschmidt, einer der prominentesten DF-Politiker, die Menschenrechte als Angriff auf die Demokratie und als einen Parasiten auf dem Rechtsstaat („Menneskerettighederne er et angreb på demokratiet, en parasit på retsstaten.“ - <http://politiken.dk/debat/debatindlaeg/art6148083/Menneskerettighederne-er-en-parasit-p%C3%A5-retsstaten> – 9.10.2017). Im gleichen Artikel verglich er „die Legitimation des Angriffs der „Radikalen“ (der sozialliberalen, international denkenden Kulturmodernisierer in der Nachfolge von Georg Brandes, meist im Umfeld der Partei Radikale Venstre) auf Volk und Vaterland durch die Menschenrechte“ mit dem NS-Rassenwahn und dem brutalen Klassenkampf

kommunistischer Parteien: „Nazisternes racelove legitimeret i racetænkningen, kommunisternes ekspropriationer legitimeret i klassetænkningen og radikalisters angreb mod folk og fædreland legitimeret i menneskerettighedstænkningen.”

Abbildungsnachweise:

Abb. 1 Kladderadatsch, 18. 4. 1920

Abb. 2 (Tabelle), 3 und 5 Gerret Liebing Schlaber

Abb. 3 <http://natmus.dk/typo3temp/GB/426f7d7dab.jpg>

Ehrenhain, Gedenkstätte und Langbehnhaus

Schwieriger Umgang mit der Geschichte in der deutschen Minderheit

Von HARRO HALLMANN

Der Umgang mit den unangenehmen Aspekten der eigenen Geschichte ist immer ein schwieriges Thema. Dies betrifft in ganz besonderem Maße die Zeit des Nationalsozialismus. Erst relativ spät hat man sich in Schleswig-Holstein der NS-Geschichte vor Ort gestellt, und dasselbe gilt auch für die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig. Obwohl in den vergangenen drei Jahrzehnten viel zu dieser Thematik geforscht und publiziert worden ist, kommen immer wieder neue und nicht selten unschöne Erkenntnisse ans Tageslicht, die für den öffentlichen Umgang mit dieser Geschichte nicht ohne Folgen bleiben können. Als Ergänzung eines für die Grenzfriedenshefte 2014 (Jahrbuch, S. 145–156) von Jon Thulstrup verfassten Beitrags über Veränderungen an der Gedenkstätte auf dem Knivsberg berichtet der Kommunikationschef des Bundes Deutscher Nordschleswiger Harro Hallmann über die weitere Entwicklung im Wandel der Erinnerungskultur der Minderheit und beleuchtet dabei auch die wesentlichen Herausforderungen, denen diese sich in Bezug auf ihre Geschichte zu stellen hat.

Die Redaktion

Nazifizierung, Gleichschaltung, 2. Weltkrieg, Besetzung Dänemarks – die Jahre von 1933 bis 1945 gehören auch in der deutschen Minderheit zu den dunklen Kapiteln der Geschichte. Und obwohl es in den 1970ern Ansätze zur Vergangenheitsbewältigung und kritischer Auseinandersetzung gegeben hat, wurden erst in jüngster Zeit konkrete Konsequenzen gezogen. Dass die Geschichte immer noch ihren Schatten vorauswirft, zeigen dabei drei Beispiele: die Umbenennung der Gedenkstätte, die Tafeln mit den Namen dort und die Namensgebung des Langbehnhauses.

Der Knivsberg ist mit seinen 100 Metern der höchste Berg Nordschleswigs. Der Berg und das umliegende Gelände wurden 1893 für 6.750 Mark von der heute noch bestehenden Knivsberggesellschaft gekauft. Im Mai 1901 konnte auf dem Knivsberg der 46 m hohe Bismarck-Turm eingeweiht werden. Er war - wie das seit 1894 dort stattfindende Knivsbergfest - eine deutsch-nationale Manifestation und sollte den deutschen Anspruch auf Nordschleswig unterstreichen. Der

Turm war den Dänen immer ein Dorn im Auge und wurde im August 1945 von dänischen Widerstandskämpfern gesprengt.¹

Der Knivsberg ist heute für die deutsche Minderheit in Dänemark ein Stück lebendige Geschichte.² Auf dem Berg befindet sich die Bildungsstätte Knivsberg mit dem 1970 erbauten Michael-Jepsen-Haus. Hier wird ein weitgefächertes Programm an Kursen, Seminaren und Aktivitäten für Kinder, Jugendliche und Erwachsene angeboten. Weiterhin ist der Knivsberg Ort des Knivsbergfestes im Juni. Dies ist das fröhliche Familienfest der deutschen Nordschleswiger, bei dem immer auch viele Gäste aus Schleswig-Holstein dabei sind.³ Des Weiteren befinden sich auf dem 10 ha großen Gelände das Langbehnhaus und die Gedenkstätte.

Der „Ehrenhain“

Am 18. August 1962 wurde die zentrale Gedenkstätte der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig auf dem Knivsberg eingerichtet. Die Gedenkstätte dient dem Gedenken der in den Weltkriegen gefallenen Mitglieder der deutschen Volksgruppe. Die Ausformung der Gedenkstätte ist schlicht und besteht aus zwölf Bronzetafeln, einer Granitstele und einer Steinplatte mit dem Umriss Nordschleswigs. Auf den Tafeln für den Ersten Weltkrieg sind nur die Jahreszahlen der 5.270 gefallenen Nordschleswiger vermerkt. Im Zweiten Weltkrieg hatten sich über 2.500 deutsche Nordschleswiger freiwillig zum Kriegsdienst gemeldet. Die Tafeln des Zweiten Weltkriegs tragen die gut 650 Namen der Gefallenen, Vermissten und an den Folgen des Krieges Verstorbenen.

Die Gedenkstätte hat eine Vorgeschichte, die bis in die 30er Jahre zurückgeht. Realisiert wurde die Idee aber erst, als von Februar bis Juni 1960 insgesamt 144.000 Kronen in der deutschen Volksgruppe eingesammelt wurden. Der Betrag würde heute etwa 250.000 Euro entsprechen und zeigt, wie groß der Wunsch und das Bedürfnis nach einer Gedenkstätte für die im Zweiten Weltkrieg Gefallenen und Vermissten war. In Verbindung mit der Sammlung wurde der Begriff „Knivsberg-Gedächtnisstätte“ verwendet, in den folgenden Jahren bürgerte sich dann der Begriff „Ehrenhain“ ein.⁴

Am 18. August 2012 wurde auf dem Knivsberg das Jubiläum der zentralen Gedenkstätte der deutschen Nordschleswiger begangen. Gleichzeitig wurde diese offiziell von „Ehrenhain“ in „Gedenkstätte“ umbenannt. Der Beschluss wurde einstimmig am 19. März 2012 vom Hauptvorstand des Bundes Deutscher Nordschleswiger (BDN) getroffen. Dieser war von einem Ausschuss vorbereitet worden, der sich mit Vertretern verschiedener Organisationen getroffen hatte.⁵ Der Beschluss war sehr konkret und umfasste drei Punkte:



Abb.1 Der Vorsitzende des Bundes deutscher Nordschleswiger Hinrich Jürgensen spricht zu den Teilnehmern der Gedenkfeier am 18. August 2012

1. Umbenennung von „Ehrenhain“ in Gedenkstätte
2. Anbringen eines entsprechenden Hinweisschildes am Eingang
3. Versetzung des alten Steins mit der Inschrift „Ehrenhain“ in die Nähe der Platten und Anbringen einer Informationstafel mit Erläuterung zur Gedenkstätte und der Namensänderung.

Hintergrund dieser Entscheidung war eine Debatte über die dänische Rechtsabrechnung generell und das Lager Faarhus konkret. Dieses diente der Internierung der deutschen Nordschleswiger nach dem 2. Weltkrieg. Die Debatte wurde unter anderem auf der Neujahrstagung des Bundes Deutscher Nordschleswiger im Januar 2012 geführt. Diese machte deutlich, dass die deutsche Minderheit nicht immer so offen und ehrlich mit der eigenen Geschichte umgegangen ist, wie sie es hätte tun können und müssen. Auslöser der Debatte war dabei auch



Abb. 2 Gedenkplatte mit einigen der entfernten Namen

ein neues Buch über das Faarhuslager.⁶

Mitwirkend für die Umbenennung war ebenfalls, dass seit den 1990er Jahren mehrere Namen von den Tafeln entfernt wurden, da neuere wissenschaftliche Untersuchungen erwiesen, dass diese Personen für Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt worden waren. Der Hauptvorsitzende des BDN Hinrich Jürgensen unterstrich in diesem Zusammenhang: „Wir haben diese Namen entfernt, um die Würde der Gedenkstätte zu erhalten“, und Jürgensen setzte fort: „Die Entscheidung zur Umbenennung ist von uns selbst ausgegangen. Wir haben diesen Beschluss gefasst - nicht durch Druck von außen - sondern aus innerer Überzeugung. Wir haben es getan, weil wir der Meinung sind, dass der Begriff „Ehrenhain“ in Verbindung mit den toten und vermissten Soldaten des 2. Weltkrieges so nicht stehen kann. Denn es war kein ehrenvoller Krieg, in den die überwiegend jungen Nordschleswiger zogen.“ Hinrich Jürgensen weiter: „Ihre Beweggründe und ihr Verhalten in diesem Krieg mögen noch so idealistisch und edel gewesen sein, es ist aber aus heutiger Sicht keine Ehre gewesen, in diesen Krieg zu ziehen – auch nicht, wenn man dafür mit dem Leben bezahlte. Der zukünftige Name „Gedenkstätte“ drückt dies aus.“ Er versprach, die Gedenkstätte weiterhin als einen würdevollen Ort des Gedenkens an die Toten, Gefallenen und Vermissten zu pflegen und zu erhalten.⁷ Die

Umbenennung in „Gedenkstätte“ nahm Hinrich Jürgensen symbolisch vor durch die Enthüllung einer neuen Informationstafel, wo Geschichte und Hintergrund der Umbenennung der Gedenkstätte beschrieben sind. Mit der anschließenden Kranzniederlegung wurde den Toten, Gefallenen und Vermissten gedacht. Als wichtige Aufgabe bleibt den deutschen Nordschleswigern die Aufarbeitung der eigenen Geschichte. „Denn“, so Hinrich Jürgensen, „es gibt noch immer offene Fragen, die wir uns selbst gegenüber ehrlich beantworten müssen.“

Im Selbstverständnis der deutschen Nordschleswiger war die Umbenennung ein wichtiger symbolischer Akt, der als Bereitschaft gewertet werden soll, die eigene Geschichte mit kritischem Blick zu betrachten. Dazu gehörte auch die oben genannte Entfernung von Namen von den Gedenkplatten. Auch hierzu hat es prinzipielle Überlegungen gegeben:

1. Entfernung aller Namen: Sollte heute über die Einrichtung einer Gedenkstätte entschieden werden, so würde man gewiss – wie auf den Tafeln des 1. Weltkrieges – keine Namen aufführen. Diese allerdings zu entfernen, würde bedeuten, dass man alle pauschal verurteilt – und kann die heutige deutsche Minderheit sich das erlauben?

Dafür spricht allerdings, dass die meisten der Nordschleswiger in der Waffen SS gedient haben.⁸ Dass die Soldaten der Waffen SS – insbesondere hinter der Front in Osteuropa und in den Konzentrationslagern – für sehr viele Kriegsverbrechen verantwortlich gewesen sind, ist erwiesen.⁹

2. Die aufgeführten Namen auf Kriegsverbrecher untersuchen: Schon 1992 stellte die Minderheit eine Anfrage an das Justizministerium mit der Bitte, die Namen zu untersuchen, dies ergab jedoch keine konkreten Hinweise. So müsste diese Untersuchung im Rahmen eines umfassenden Forschungsprojektes geschehen. Die Nachforschungen in den Archiven würden ohne Zweifel Beweise gegen Einzelpersonen erbringen. Dagegen spricht der hohe Aufwand und die prinzipielle Erwägung, dass auch Personen, gegen die nichts gefunden würde, nicht unbedingt unschuldig sind, sondern nur wegen „mangels an Beweisen“ vorläufig freigesprochen sind.

3. Die Namen von Kriegsverbrechern entfernen, wenn Beweise vorliegen: Dies ist der Weg, den die deutsche Minderheit gewählt hat. Liegt ein konkreter und individueller Beweis – typisch in Form eines Urteils - für Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen dort aufgeführte Personen vor, wird der Name umgehend entfernt. Die Entscheidung trifft der BDN-Hauptvorsitzende, der anschließend den Hauptvorstand informiert.¹⁰ Dies ist in einer Reihe von Fällen geschehen und die Bronzeplatten zeigen dies auch deutlich. Der Nachteil dieser Vorgehensweise ist unter anderem, dass es auch in Zukunft laufend zur Schleifung von Namen kommt, wenn neue Erkenntnisse vorliegen. Der Vorteil dieser pragmatischen Vorgehens-

weise ist, dass sich dabei die heutige deutsche Minderheit nicht vorwerfen muss, dass sie sich ein pauschales Urteil über frühere Generation anmaßt. Ein konkretes Beispiel für die Entfernung eines Namens ist ein Soldat, der nach dem Krieg wegen seiner Verbrechen hingerichtet wurde.

Debatte um eine Umbenennung des Langbehnhauses

Auch in einem weiteren Fall ist in der deutschen Minderheit über eine Umbenennung diskutiert worden, dabei geht es um das Langbehnhaus auf dem Knivsberg.¹¹ 1931 wurde es unter dem Namen „Langbehnheim“ als Jugendherberge im Heimatschutzstil auf dem Knivsberg eingeweiht. Finanziert wurde es primär durch eine Spende des Hamburger Großkaufmanns Alfred Töpfer, der es nach dem in Hadersleben geborenen August Julius Langbehn (1851-1907) benannte. Langbehn erlangte Berühmtheit durch sein Buch „Rembrandt als Erzieher“. Das kulturpessimistische Buch erschien 1890 und soll bis 1945 eine Gesamtauflage von 250.000 Exemplaren erreicht haben. Das Buch wurde in späteren Auflagen zunehmend antisemitisch. Für Ingrid Brase Schloe und Kay Brase sollte aus diesem Grund das Langbehnhaus umbenannt werden: „Einer der Vordenker und Antreiber des Antisemitismus in Deutschland, hochgejubelt von den Nazis, wird auf dem Knivsberg weiterhin gewürdigt. [...] Es wäre ein politische Signal von symbolischer Bedeutung, den verruchten Namen Langbehn, einen extremen Vertreter des Antisemitismus, zu verbannen und ein für alle Mal aus dem Stein zu schlagen.“¹² Der Beitrag löste eine Debatte aus, die unter anderem auch auf einer Diskussionsveranstaltung Anfang Februar 2015 geführt wurde.¹³ Am 16. Februar 2015 beschäftigte sich der BDN-Hauptvorstand mit der Frage einer möglichen Umbenennung. Nach einer regen Debatte kam es zu folgendem Entschluss: „Es bestand Einigkeit darüber, dass der eingemeißelte Name unter allen Umständen bestehen bleiben sollte und dass eine weiterführende Erläuterung [...] am Haus sinnvoll ist. [...] Der Hauptvorstand beauftragte Hinrich Jürgensen, das Gespräch mit der Knivsberg-Gesellschaft zu suchen, um Näheres über ihre Haltung zu erfahren.“ Die Knivsberggesellschaft als Eigentümer des Hauses entschied sich gegen eine Umbenennung. Der Vorsitzende der Gesellschaft Christian Jebens wurde am 2. September in der Tageszeitung der deutschen Minderheit wie folgt zitiert: „Die Entstehung des Langbehnhauses und die Namensgebung sei ein Teil der oft unbequemen Geschichte der Minderheit.“ Zugleich erklärte er: „Die deutsche Minderheit in Nordschleswig kann nicht vor ihrer Vergangenheit davonlaufen.“¹⁴ BDN-Hauptvorsitzender Hinrich Jürgensen unterstützte die Entscheidung mit den Worten: „Ich sehe das genauso [...], man sollte Geschichte nicht entfernen, sondern erklären und aus ihr lernen.“¹⁵



Abb. 3 Eingang des Langbehnhauses mit der Inschrift: „Dem Andenken des Rembrandtdeutschen August Julius Langbehn“

Über die endgültige Ausformung der vom BDN-Hauptvorstand empfohlenen weiterführenden Erläuterungen wird in Kürze entschieden. Diese wird wahrscheinlich aus zwei Tafeln bestehen, die in deutscher und dänischer Sprache den Hintergrund der Namensgebung und die Debatte darüber erläutern. Der Entwurf sieht dabei folgenden Text vor, der hier ausführlich zitiert wird: „Die Knivsberggesellschaft und der Bund Deutscher Nordschleswiger haben sich im Jahr 2015 intensiv mit dem Namensgeber des „Langbehnhauses“ auseinandergesetzt. [...] Die Benennung des Langbehn-Hauses fordert zur kritischen Auseinandersetzung mit der Ideologie dieses Autors heraus. Doch kann eine solche Auseinandersetzung nicht durch die Entfernung eines Namens erfolgen, der seit mehr als drei Generationen über dem Eingang in den Stein gehauen ist. Geschichte kann man nicht entfernen, man muss sie erklären und aus ihr lernen, war das Fazit der Überlegungen von Knivsberggesellschaft und Bund Deutscher Nordschleswiger: Das „Langbehnhaus“ ist ein Teil der Geschichte der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig. Die von Langbehn entwickelten Vorstellungen sind längst nicht mehr die unseren. Aber die Beibehaltung des Namens soll uns mahnen, dass seine Gedanken frühere Generationen von

Deutschen geprägt und sie blind für die menschenverachtenden Auswirkungen der Langbehnschen Ideen gemacht haben.“¹⁶

Die deutsche Minderheit wird sich auch in Zukunft auf vielfältige Weise mit der eigenen Geschichte beschäftigen. Das wird durch Forschungen, Publikationen, Seminare und Diskussionsveranstaltungen geschehen und konkret auch immer dann der Fall sein, wenn ein Name von den Bronzeplatten in der Gedenkstätte entfernt werden muss, weil neue Erkenntnisse vorliegen. Was die Gedenkstätte betrifft, so wäre zu überlegen, ob diese inhaltlich und in ihrer Form ergänzt werden kann, zum Beispiel so, dass dort auch aller derer gedacht wird, die heute flüchten müssen, weil in ihrer Heimat Krieg, Unruhe oder Naturkatastrophen herrschen. Dies würde der Gedenkstätte auch eine Relevanz für neue Generationen geben.

Anmerkungen

- 1 Zum Turm gehörte ein fast 7 m großes, aus Kupfer getriebenes Bismarck-Standbild, das aber schon 1919 – als absehbar war, dass Nordschleswig nach der Volksabstimmung dänisch werden würde – abgebaut wurde. Seit 1930 steht der Bismarck auf dem Aschberg.
- 2 Die herausragende Bedeutung des Knivsbergs wird in Kürze auch von dänischer Seite anerkannt, wenn an der Autobahn zwei touristische Hinweistafeln aufgestellt werden.
- 3 Wer den Knivsberg zu anderen Zeitpunkten besuchen möchte, kann dies jederzeit tun. Auf dem Gelände stehen Informationstafeln, die auf Deutsch und Dänisch Geschichte und Örtlichkeiten erläutern. Außerdem können Führungen und Vorträge gebucht werden. Siehe auch „Der Knivsberg“, Broschüre herausgegeben vom Bund Deutscher Nordschleswiger und Jugendverband für Nordschleswig, 2009.
- 4 Zur Geschichte des Knivsbergs und der Gedenkstätte: Jürgen Ostwald (Hrsg.). Der Knivsberg. 100 Jahre deutsche Versammlungsstätte in Nordschleswig, Heide 1994, zur Gedenkstätte dort S. 207-217; Immo Doege, „Ehrenhain und Gedenkstätte auf dem Knivsberg“, zur Umbenennung: Henrik Skov Kristensen, „Fra Ehrenhain til Gedenkstätte – erindringspolitik og –kultur under forandring i det tyske mindretal“, Festschrift til Inge Adriansen, Museum Sønderjylland, 2014, S. 135-154, deutsche Übersetzung in: Schriften der Heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig, Heft 90 (2015), S. 155-188. Eine durchaus positive Bewertung stammt von Jon Thulstrup. Die Gedenkstätte auf dem Knivsberg. Zum Wandel der Erinnerungskultur bei der deutschen Minderheit, in: Grenzfriedenshefte. Jahrbuch 2014, S. 145–156.
- 5 Dazu gehörten unter anderem die Heimatkundliche Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig, die Knivsberggesellschaft, die kirchlichen Gemeinden und der Kameradschaftsverein Nordschleswig. Dass letzterer mit der Entscheidung nicht einver-

standen war, zeigt, dass sich dieser seit einigen Jahren nun auch als „Förderverein für den Ehrenhain“ bezeichnet.

- 6 Henrik Skov Kristensen, *Straffelejren - Fårhus, landssvigerne og retsopgøret*, Nyt Nordisk Forlag Arnold Busk, 2011. Das Buch ist eine sehr gründliche und faire Auseinandersetzung mit der Geschichte des Lagers und diente dem Verfasser auch für den Aufbau einer neuen Ausstellung für das Museum im Frøslev Lejren, welches heute organisatorisch zum dänischen Nationalmuseum gehört. Siehe auch www.natmus.dk/froeslevlejren.
- 7 Zitate aus: Hinrich Jürgensen, Rede vom 18. 8. 2012, abgedruckt in: *Grenzland 2012*, S. 148 f., herausgegeben vom Bund Deutscher Nordschleswiger.
- 8 Ausländische Staatsbürger – und die meisten Mitglieder der deutschen Minderheit waren und sind dänische Staatsbürger - wurden als Freiwillige üblicherweise der Waffen SS zugeteilt.
- 9 Christensen, Poulsen & Smith, *Waffen SS. Europas nazistiske soldater*. Gyldendal, 2016. Zu den Freiwilligen aus Nordschleswig unter anderem S. 275 ff, 443 f. und zur Gedenkstätte S. 603 f.
- 10 Zuletzt ist dies auf der Sitzung des Hauptvorstandes am 8. Februar 2016 geschehen. Im Protokoll heißt es hierzu unter dem Punkt Entfernung von Namen in der Gedenkstätte: [...] Nach einer eingehenden Debatte beschloss der Hauptvorstand, an der jetzigen Praxis festzuhalten: Ein Name wird entfernt, wenn Beweise vorliegen, die eine Person direkt und persönlich belasten, Kriegsverbrechen begangen zu haben. Die Entscheidung wird – ebenfalls wie bisher – vom Hauptvorsitzenden getroffen. Das Protokoll ist zugänglich über: www.bdn.dk/hauptvorstand. Anlass für die Aufnahme des Punktes auf die Tagesordnung war ein Bericht in *JydskeVestkysten* vom 24. 1. 2016 mit der Überschrift „Endnu en nazist kan blive offer for vinkelsliberen“. Dabei ging es um eine Person, die in der Küche des KZ Dachau gearbeitet haben soll. Die Beweise für Kriegsverbrechen wurden in diesem Fall als nicht ausreichend für eine Entfernung des Namens angesehen, siehe auch *JydskeVestkysten*, 12. 2. 2016: „Tysk mindretal savner beviser om SS-soldat“. Für Jørn Arpe Munksgaard eine klare Fehlentscheidung, siehe: *Jyllands-Posten, Kronik*, 29. 2. 2016: „Det tyske mindretals nazistiske fortid“.
- 11 Zur Geschichte und Architektur des „Langbehnhaims“: Hans-Günther Andersen, „Ein „Volkshaus“ für die deutsche Minderheit“, in Jürgen Ostwald (Hrsg.). *Der Knivsberg. 100 Jahre deutsche Versammlungsstätte in Nordschleswig*, Heide 1994, S. 169-196.
- 12 „Umbenennung des Langbehn Hauses – statt Ehrung eines Vorläufers des Nationalismus“, *Der Nordschleswiger*, 1. 11. 2014, S. 12 „... aus dem Stein zu schlagen“ bezieht sich auf den in Stein gehauenen Spruch über dem Portal: „Dem Andenken des Rembrandtdeutschen August Julius Langbehn“.

- 13 Der Nordschleswiger, 7. 2. 2015, S. 10. Dokumentiert ist die Debatte auch in Schriften der Heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig, Heft 90 (2015), S. 125-154.
- 14 Der Nordschleswiger, 2. 9. 2015, S.1.
- 15 Der Nordschleswiger, 4. 9. 2015.
- 16 Der Entwurf stammt vom Leiter von Archiv/Historischer Forschungsstelle der deutschen Volksgruppe, Frank Lubowitz.

Abbildungsnachweise:

Abb. 1 – 3: Harro Hallmann

Der Fall Karl Wolff

Die Absetzung eines Kreisverwaltungschefs in der unmittelbaren Nachkriegszeit

von MOGENS ROSTGAARD NISSEN

Mit dem Erstarren der dänischen Bewegung südlich der Grenze nach dem Ende der NS-Gewaltherrschaft und dem totalen Zusammenbruch des Deutschen Reichs bekam der deutsch-dänische Grenzkampf eine neue Dimension. Zu den vielen, die sich ab 1945 neu der dänischen Seite zuwandten, gehörte Karl Wolff, der als alter NS-Gegner und Jurist von den britischen Besatzungsbehörden zum Landrat und Kreisdirektor des bis 1970 bestehenden Kreises Eiderstedt ernannt worden war. Die Frage seiner Gesinnung sollte jedoch bald im Zentrum eines Amtsenthebungsverfahrens stehen, das noch jahrelang für Diskussionen sorgen sollte. Der Leiter von Studienabteilung und Archiv an der Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig in Flensburg, Mogens Rostgaard Nissen, hat diesen Fall zum Gegenstand neuer Forschungen gemacht. Zudem erlaubt der im folgenden Artikel veranschaulichte Fall interessante Einblicke in die Stimmung im Landesteil in den ersten Nachkriegsjahren.

Die Redaktion

Im November 1951 endete das Verfahren gegen den früheren Eiderstedter Kreisdirektor Karl Wolff. Das Verfahren hatte fünf Jahre gedauert und besaß prinzipielle Bedeutung für die dänische Minderheit in Südschleswig. Denn Wolff war selbst ein Teil der Minderheit, und es bestand das Risiko, dass das Urteil zur Entlassung weiterer dänisch gesinnter Beamter in Südschleswig oder zu deren Rückzug aus den dänischen Vereinen führen könnte. In den Monaten nach dem Urteilspruch fand eine Zeitungsdebatte zwischen den dänisch gesinnten Zeitungen Flensborg Avis und Südschleswigsche Heimatzeitung einerseits und dem deutschen Flensburger Tageblatt auf der anderen Seite statt. Die Hauptvereinigung der Minderheit, Sydslesvigsk Forening (SSF) mit ihrem Generalsekretär Frantz Thygesen war ebenso sowohl im Prozess als auch in der Zeitungsdebatte engagiert.

Die „Wolff-Affäre“ verdeutlichte zahlreiche kulturelle und politische Unterschiede zwischen Mehrheit und Minderheit in den Nachkriegsjahren. Es gab große Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Bürgerrechte und -pflichten in der jungen

Bundesrepublik, und diese waren eng mit den früheren nationalen Konflikten im Grenzland verknüpft. Konkret drehte sich das Verfahren um die Entlassung Karl Wolffs als Kreisdirektor des damaligen Landkreises Eiderstedt im Frühjahr 1947. Insbesondere wurde darüber diskutiert, ob die Kündigung mit Fehlern und Mängeln in seiner Amtsführung zu begründen war, ob sie mit seinem Beitritts-gesuch an den SSF zu tun hatte oder ob sie sogar der Tatsache geschuldet war, dass Wolffs Kinder die dänische Schule in Tönning besuchten. Es stellte sich folglich die Frage, ob dänisch gesinnte Südschleswiger im damals noch jungen Bundesland Schleswig-Holstein überhaupt als Beamte akzeptiert wurden.

Der Fall Karl Wolff als Ausdruck der nationalen Spannungen ab 1945

Der Artikel stützt sich auf Archivalien, die im Archiv an der Dansk Centralbibliotek für Sydslesvig aufbewahrt werden, und zwar im Bestand des Generalsekretariats des Sydslesvigske Forening (SSF).¹ Hierin befinden sich auch die Akten dieses Verfahrens zusammen mit einer längeren Korrespondenz zwischen Vertretern des SSF und dem Rechtsanwalt Andreas Hamann; ergänzt werden diese durch Kopien von Zeitungsartikeln und Artikeln aus deutschen Fachzeitschriften über Recht und Verwaltung. Weitere wichtige Informationen ließen sich durch Zeitungsartikel aus Flensburg Avis und der Südschleswiger Heimatzeitung erschließen, die alle in digitalisierter Form frei auf der Homepage von Flensburg Avis zugänglich sind.²

Dieses Verfahren ist eines von vielen, in welchem der SSF gegen lokale und regionale Behörden in Schleswig-Holstein im Zeitraum 1945-1955 prozessierte und der im Archiv der dänischen Minderheit gut dokumentiert ist. In einigen dieser Fälle führte der SSF Einzelprozesse an bundesdeutschen Gerichten, um dänisch gesinnte Südschleswiger zu unterstützen. In anderen Fällen unterstützte man Klagen gegen mögliche Übergriffe von Behörden im „Verständigungsausschuss für den Landesteil Schleswig“ – gängiger Weise als „Kontaktausschuss“ bezeichnet – der im Zeitraum 1949-1958 existierte. Im Archiv befinden sich Dokumente über 150 Verfahren dieser Art.³

Der Historiker und spätere Reichsarchivar Johan Peter Noack bezeichnet die Politik, die in Schleswig-Holstein in der ersten Hälfte der 1950er Jahre in Bezug auf die Minderheit geführt wurde, kurz und knapp als „Politik der Schikane“. Eine Hauptaussage seines Forschungswerks ist, dass die Landesregierung unter Ministerpräsident Friedrich Wilhelm Lübke die Unterdrückung der dänischen Minderheit durch lokale Behörden sanktioniert habe.⁴ Des Weiteren muss der Zeitraum 1951-54 in Zusammenhang mit der zunehmenden nationalen Spannung in Südschleswig gesehen werden, die sich seit der deutschen Kapitulation 1945 entwickelt hatte. Der Fall Wolff muss unter diesen Voraussetzungen

beurteilt werden, insbesondere weil man im SSF fürchtete, dass die Entlassung einen Präzedenzfall bilden würde und neue Probleme für dänisch gesinnte Beamte in Südschleswig hätte mit sich führen können.

Der Prozess muss ebenso vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass der Mitgliederzustrom in die dänische Minderheit in Südschleswig in den Nachkriegsjahren boomte. Die Anzahl dänischer Schulen im Landesteil wuchs dramatisch – von neun im Mai 1945 bis auf 80 im Jahr 1950 – und die Schülerzahl stieg entsprechend von unter 1.000 auf fast 14.000 im selben Zeitraum.⁵ Gleichzeitig schnellte die Mitgliederzahl des SSF von knapp 3.000 im Mai 1945 auf etwa 70.000 im Jahr 1948 hoch.⁶ Dieses gewaltige Wachstum wurde von vielen Vertretern der deutschen Mehrheitsbevölkerung als Bedrohung empfunden.

Karl Wolff und seine Entlassung 1947

Karl Wolff wurde 1904 in Altona geboren und ließ sich 1933 als Rechtsanwalt in Tönning nieder.⁷ Im Mai 1940 wurde er von der Gestapo verhaftet und saß über ein Jahr lang im Gefängnis. Kurz nach seiner Freilassung wurde er im Juli 1941 zum Kriegsdienst berufen und als Wehrmachtssoldat nach Dänemark entsendet. Er blieb für die gesamte Dauer des Krieges dort und bekam angeblich Verbindung zur dänischen Widerstandsbewegung. Als er im Mai 1945 nach Deutschland zurückkehrte, ernannte der lokale britische Kommandant ihn zum Bürgermeister von Tönning und zum ehrenamtlichen Landrat des Kreises Eiderstedt. Im April 1946 wurde er schließlich zum hauptamtlichen Kreisdirektor berufen. Der Beschäftigungsvertrag lief bis zum Jahr 1958.

Es war ganz normal, dass die britischen Besatzungsbehörden in Nordwestdeutschland in der unmittelbaren Nachkriegszeit die obersten lokalen Beamten ernannten und dass die Wahl normalerweise auf Männer fiel, die nachweislich Gegner des nationalsozialistischen Regimes waren. An mehreren Orten Südschleswigs kamen aus diesem Grund dänisch gesinnte Männer an die Spitze der Kommunalverwaltung, so etwa auch der erste Flensburger Nachkriegs-Oberbürgermeister I.C. Møller.⁸ Doch schon bald kehrten immer mehr deutsche Beamte und Politiker auf wichtige Positionen zurück, wodurch der Druck auf diese von den Briten ernannten Funktionsträger zunahm. Dies traf auch auf Karl Wolff zu, der in diesem Zusammenhang im November 1946 wegen Amtsmissbrauch, Bestechung und Unterschlagung angeklagt wurde. Zugleich wurde er vom Amt suspendiert und schließlich am 1. April 1947 entlassen, bekam aber doch die Hälfte seines Lohns zugestanden.⁹

Das Strafverfahren gegen Wolff am Landgericht Flensburg endete mit einem harten Urteil, das unter anderem vier Monate Gefängnis beinhaltete. Dieser Richterspruch wurde allerdings vom Oberlandesgericht in Schleswig, das einen

erneuten Prozess forderte, wieder verworfen. Am 2. April 1949 verhängte das Landgericht nur noch eine geringe Geldstrafe gegen Wolff. Zudem wurde er in fast allen Anklagepunkten freigesprochen.¹⁰ Frantz Thygesen, Generalsekretär des SSF und selbst Jurist, schrieb über das Urteil: „Alles in allem Verhältnisse, die in Bezug auf den allgemeinen Zustand in den Jahren 1945/46 nicht besonders gravierend erscheinen, die zusammen jedoch das Bild eines Mannes geben, der sich in verschiedener Hinsicht mehr Freiheiten genommen hatte, als er sich erlauben konnte.“¹¹ Thygesen Auffassung über den Fall stammt vom Januar 1952 und er hatte dabei großes Interesse daran zu unterstreichen, dass Wolff durchaus gewisse dienstliche Vergehen begangen hätte. Die wichtigste Botschaft darin war, dass er nicht wegen seiner Verbindung zur dänischen Minderheit verurteilt worden sei.

Nach dem zweiten Urteil des Landgerichts war zudem ein Beamtenprozess gegen Karl Wolff angestrengt worden. Die Dienststrafkammer in Schleswig sprach ihr Urteil am 4. April 1950, der schleswig-holsteinische Dienststrafhof urteilte am 22. November 1951.¹² In beiden Verfahren gab es 19 Anklagepunkte, die fast alle rein dienstliche Umstände betrafen. Die Punkte 17 und 18 bezogen sich allerdings sehr wohl auf Wolffs Verbindung zur dänischen Minderheit. Unter dem Anklagepunkt 17 ist einleitend notiert: „Ursprüngliche Beitrittserklärung zum SSF, wobei der Wunsch zur Übergabe Südschlewigs an Dänemark als Zweck angegeben ist.“¹³

In der Urteilsbegründung wurde präzisiert, was den verschiedenen Anklagepunkten zugrunde lag, und allein dieser Punkt füllte fast zwei eng beschriebene Seiten. Der Kern der Anklage lautete also, dass Wolff auf dem Anmeldeformular für den SSF am 20. März 1947 den Antrag damit begründet hatte, dass er „für den Anschluss Südschlewigs an Dänemark arbeiten möchte.“¹⁴ Darüber hinaus hätte er zugestimmt, immer bereit zu sein, seine dänische Einstellung öffentlich kundzutun.

Das Anmeldeformular war später zwar verschwunden und ist nie wieder aufgetaucht, aber zwei Zeugen, eine Frau Hönck und ein Herr Dr. Meier, hatten bezeugt, dass die genannten Eintragungen auf dem Formular gestanden hätten. Thygesen zufolge sei der Ablauf ziemlich verworren gewesen, da der SSF Wolff gar nicht als Mitglied aufnehmen wollte, „da er als südlich der Eider Geborener nicht die Mitgliedsbedingungen erfüllte.“¹⁵ Darum hätte Wolff auch darum gebeten, das Formular zurückzubekommen, jedoch konnte der Vorsitzende des SSF auf Eiderstedt, Vilhelm Hönck, dieses nicht mehr finden. Aber „die deutsch gesinnte Frau Hönck, die sich zu diesem Zeitpunkt im Prozess der Scheidung von ihrem Mann befand, hatte zusammen mit einem gewissen Dr. Meier eine Abschrift des Anmeldeformulars Wolffs gemacht und den deutschen Behörden gegeben.“¹⁶ Dieser Umstand wurde umgehend in das Disziplinarver-

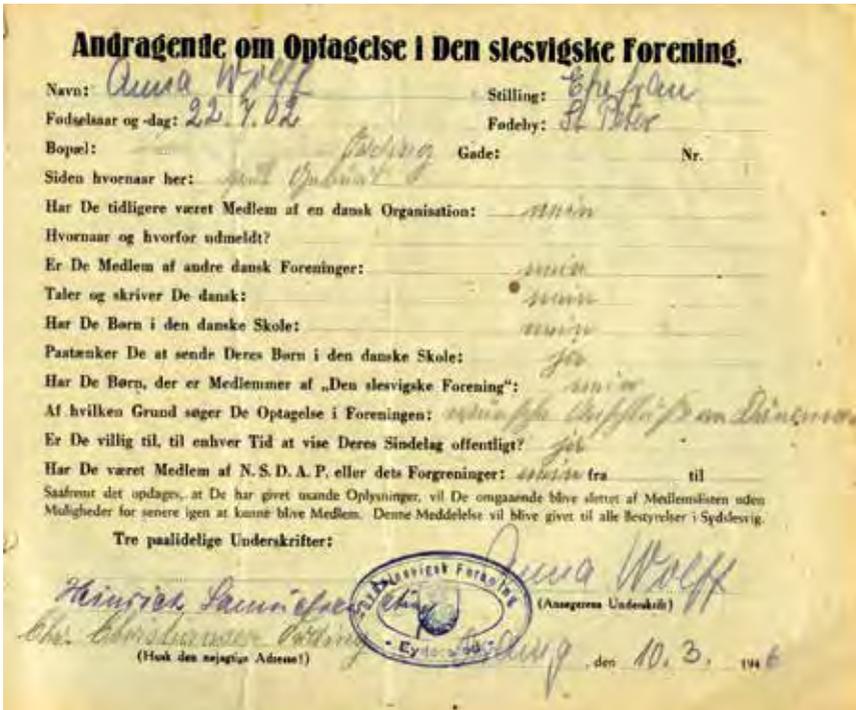


Abb. 1 Anna Wolffs Beitrittsklärung zum SSF vom 10. März 1946

fahren einbezogen. Das Anmeldeformular ist“, so Thygesen weiter, „wie gesagt verlorengegangen, aber im Archiv findet sich die Beitrittsklärung, seiner Frau Anna Wolff, datiert auf den 10. März 1946. Als Begründung für ihren Antrag auf Mitgliedschaft im SSF hat sie angeführt: „Wünsche Anschluss an Dänemark“.¹⁷ Es stand somit gar nicht zur Diskussion, ob Wolff tatsächlich geschrieben hätte, dass er wünschte, dass Südschleswig zu Dänemark gehören sollte. Dies bestätigte er selbst. Vor dem Dienststrahof 1951 berichtete er nämlich, dass Wilhelm Hönck ein guter Bekannter sei und dass dieser ihm empfohlen habe, dies so zu begründen, um seine Chancen für eine Mitgliedschaft im SSF zu erhöhen. Wolff erklärte weiter, dass er dies inzwischen nicht mehr so schreiben würde.¹⁸ Über den Hintergrund seines Wunsches, Teil der dänischen Minderheit zu sein, gab Wolff im Verhör selbst drei Gründe an.¹⁹ Dem ersten zufolge hatte er durch seinen Aufenthalt in Dänemark während des Krieges eine große Sympathie für das Land und seine Bevölkerung entwickelt. Daher sei es für ihn



Abb. 2 Die dänische Schule „Uffe Skolen“ in Tönning

ganz natürlich gewesen, sich um Aufnahme in die Vereine der dänischen Minderheit zu bemühen, als er nach Südschleswig zurückkehrte. Der zweite Grund war, dass er im Kreis Eiderstedt zunehmend politisch isoliert worden war. Die Politiker deutscher Parteien, und zwar sowohl die Sozialdemokraten (SPD) als auch die Konservativen (CDU) und ebenso die Kommunisten (KPD), verhielten sich ihm gegenüber kritisch und erhoben immer häufiger Klagen, die Wolff als ungerechtfertigt empfand. Dagegen fühlte er sich durch die lokalen dänisch gesinnten Politiker des SSF korrekt behandelt, weshalb er die Aufnahme in den SSF beantragt habe. Der dritte Punkt hing eng mit dem zweiten zusammen. Die von den verschiedenen deutschen Parteien und Einzelpersonen gegen Wolff geäußerte Kritik hatten nämlich auch Auswirkungen auf seine drei Kinder, die sich in der öffentlichen deutschen Schule zunehmend Attacken ihrer Mitschüler ausgesetzt sahen. Deswegen wurden sie dort ab- und an einer dänischen Schule angemeldet. Thygesen erklärte dies wie folgt: „1946/47 war Wolff Angriffen von allen Seiten ausgesetzt. Er suchte vergeblich nach Unterstützung durch die Landesregierung und die (britische) Militärregierung. Seine Kinder wurden in der deutschen Schule belästigt. Die einzigen, die ihm freundlich begegneten,

waren die dänisch Gesinnten, mit denen er sich immer gut verstanden hatte.“²⁰ Wenn man die Begründungen der Dienststrafkammer und des Dienststrafhofes liest, wird es deutlich, dass beide Wolff zwar zugutehielten, dass er häufig unangemessenen und ungerechtfertigten Anklagen ausgesetzt gewesen wäre und dass die vorgesetzten Landesbehörden in Kiel ihm keinen Beistand geleistet hätten. In den abschließenden Bemerkungen der Dienststrafkammer ist unter anderem notiert: „Die Kammer muss feststellen, dass eine unverhohlene Hetze gegen den Angeklagten in Gang gesetzt wurde. ... Die Kammer glaubte, dass seine Erklärung in geringerem Grad der ehrliche Wunsch einer Trennung (der Trennung Südschleswigs von Deutschland) war, sondern vielmehr der Versuch, den Schutz einer Partei zu suchen.“ Die Kammer äußerte auch Verständnis dafür, dass Wolff in der NS-Zeit politisch verfolgt worden und dass seine Funktion als von den britischen Militärbehörden eingesetzter Kreisdirektor schwierig für ihn gewesen wäre. Diese Sichtweise übernahm auch der Dienststrafhof, der ebenfalls großes Verständnis für Wolffs schwierige Situation zum Ausdruck brachte. Diese Einschätzung war entscheidend dafür, dass Wolff bis März 1953 eine Pension erhielt.

Punkt 18 der Anklageschrift bezog sich darauf, dass Karl Wolff am 12. April 1947 Versammlungsleiter eines SSF-Wählertreffens in Tönning gewesen war, an welchem etwa 300 Personen teilgenommen hätten. Es bestand zwar kein Zweifel daran, dass er der Versammlungsleiter gewesen war. Allerdings wurde in den Urteilen der Dienststrafkammer und des Dienststrafhofes festgestellt, dass er bei dieser Zusammenkunft keine politischen Fragen angesprochen hätte und schon gar nicht auf die umstrittene Frage über die Zugehörigkeit Südschleswigs zu Dänemark eingegangen wäre. Insofern waren Dienststrafhof und Dienststrafkammer sich darin einig, dass „der Angeklagte in Bezug auf diesen Punkt kein Dienstvergehen begangen hatte.“²¹

Dennoch kamen beide zu dem Schluss, dass Karl Wolff nicht länger höherer Beamter im Kreis Eiderstedt oder andernorts in der Bundesrepublik sein dürfe. Im Urteil der Kammer ist unter anderem notiert, dass „der Angeklagte nicht für den wichtigen Posten als Landrat und später als Kreisdirektor geeignet war.“ Es war eine übergeordnete Betrachtung, die mit Wolffs mangelnder Erfahrung und seinem etwas zu leichten Umgang mit öffentlichen Mitteln zusammenhing. „Der schwerwiegendste Grund (weswegen er nicht als Kreisdirektor fortsetzen konnte)“ war allerdings „die Tatsache, dass er in seinem Aufnahmeantrag an den SSF eindeutig anführte, dass Südschleswig sich Dänemark anschließen sollte. Die Dienststrafkammer lässt keinen Zweifel darüber herrschen, dass eine solche Handlung eines hochstehenden Beamten zu einer Entlassung aus dem Dienst führen muss.“²²

In der schriftlichen Begründung notierte die Dienststrafkammer, dass „in der Tatsache, dass ein Beamter um Aufnahme in den SSF ersucht, weder die Behörde, die das Disziplinarverfahren einleitete (die Landesregierung), noch die Dienststrafkammer ein dienstliches Vergehen gesehen hat.“²³ Dies ist eine sehr klare Aussage, die nicht in der Begründung des Dienststrafhofes wiederholt wurde, wo man lediglich zu Wolffs Begründung für den Eintrittswunsch in den SSF Stellung bezog, jedoch nicht zur generellen Problemstellung, ob Beamte ansonsten Mitglied des SSF sein könnten.

Die Dienststrafkammer hob allerdings hervor, dass es inakzeptabel sei, dass ein hochstehender deutscher Beamter den Wunsch nach einem zu Dänemark gehörenden Südschleswig äußere. Dies könne man nicht entschuldigen, und deswegen müsse dies die Entlassung Wolffs zur Folge haben. Trotzdem befand die Kammer, dass wegen der Hetze, der er ausgesetzt worden war, mildernde Umstände vorlägen, weswegen man ihm 75 % des bisherigen Lohns als Rentenzahlung bis zum 31. März 1953 zugestand. Der Dienststrafhof unterstützte die Einschätzung der Kammer, war jedoch noch härter in der Kritik bezüglich der Aussage um den Anschluss Südschleswigs an Dänemark. Ansonsten unterstützte man die Entscheidung inklusive der Rentenzahlung an Wolff. In den Entscheidungen der beiden Verwaltungsinstanzen waren Wolffs Angaben über die Zugehörigkeit Südschleswigs zu Dänemark der einzige Grund für seine Entlassung. Es war nicht die ihm vorgeworfene unzureichende Amtsführung, für die er ursprünglich im Herbst 1946 angeklagt und später suspendiert und entlassen worden war. Ebenso spielte weder sein Versuch, Mitglied im SSF zu werden, noch die Tatsache, dass seine Kinder die dänische Schule in Tönning besuchten oder seine Funktion als Versammlungsleiter des Wählertreffens des SSF eine Rolle.

Interpretation des Urteils

Die schriftliche Begründung des Urteils des Dienststrafhofes lag erst am 9. Januar 1952 vor. Daher gab es einen mehr als einen Monat dauernden Zeitraum, in dem man das Urteil bestmöglich auslegen konnte. Das Flensburger Tageblatt schrieb am 24. November 1951 einen Artikel über den Urteilsspruch. Unter der Überschrift „Inakzeptabel für deutsche Beamte“ wurde beschrieben, wie Wolff entlassen worden war. In einer Zwischenüberschrift sprach man gar von „nationalem Verrat“. Der Artikel schloss mit einer „Warnung“ an alle Beamten, die sich gegen den Staat stellen würden, „da sie nicht erwarten können, Ihr Gehalt und ihre Pension zu behalten“.²⁴

An keiner Stelle allerdings wurde geschrieben, dass Beamte, die Mitglieder im SSF waren, Staatsfeinde seien. Trotzdem fürchtete der Generalsekretär des



Abb. 3 Schauplatz des Geschehens – Landratsamt in Tönning in einer Fotografie aus dem Jahr 1911

SSF, Frantz Thygesen, dass genau dieser Eindruck bei den Lesern entstehen könnte. In einem Brief an Jakob Kronika, den Korrespondenten für dänisch gesinnte Zeitungen in Bonn, schrieb er deshalb am 19. Dezember 1951 unter anderem: „Bei dem wenig kundigen Zeitungsleser, d.h. fast allen, hinterlässt der Artikel (im Flensburger Tageblatt) den Eindruck, dass die Zugehörigkeit, ja allein das bloße Eintrittsgesuch an den Sydslesvigsk Forening, in Wirklichkeit ein Dienstvergehen ist, das die Entlassung mit sich führen kann.“²⁵ Er wies weiter darauf hin, dass „eine gut organisierte Hetzkampagne“²⁶ stattgefunden habe, wie man sie aus der NS-Zeit kannte, und dass als Folge davon in den letzten Wochen mehrere Beamte und Pensionäre aus dem SSF ausgetreten seien. Thygesen bat Kronika, „die höchste Autorität in Beamtenangelegenheiten in Westdeutschland“, Innenminister Robert Lehr, um eine Äußerung darüber zu ersuchen, dass eine Mitgliedschaft im SSF keine Bedeutung für Beamte und Pensionäre hätte. In seinem Brief verwies Thygesen zudem auf verschiedene Paragraphen des bundesdeutschen Grundgesetzes, welche die persönliche Freiheit sicherten.

Thygesen schrieb auch einen Artikel in der *Flensborg Avis*²⁷, in welchem er in der Überschrift aus dem Urteil des Dienststrafhofs zitierte, wonach eine Mitgliedschaft im SSF kein Dienstvergehen sei. Entsprechend veröffentlichte er

am 31. Januar 1951 einen deutschsprachigen Artikel in der Südschleswigschen Heimatzeitung mit demselben Titel und Inhalt.²⁸ Thygesen war also sehr besorgt darüber, dass das Urteil gegen Karl Wolff weitreichende Konsequenzen für die dänische Minderheit haben könnte.

In den folgenden Wochen erschienen weitere Artikel, so etwa am 1. Dezember ein Leitartikel im Flensburger Tageblatt, in welchem man zu der Beziehung zwischen Beamten und Staat Stellung bezog. Hier stellte man klar, dass man von Beamten verlangen dürfe, dem Staat treu zu sein. Daher sei es undenkbar, dass dänisch gesinnte Personen als Lehrer an deutschen Schulen arbeiten können, da sie Kinder nicht ehrlich in deutscher Kultur und deutscher Geschichte unterrichten würden. Der Verfasser sprach sich auch dagegen aus, dass dänisch Gesinnte wichtige Ämter in Schleswig-Holstein wahrnahmen, und wies auf die Verhältnisse nördlich der Grenze hin, wo der Zeitung zufolge kein einziger deutsch gesinnter Beamter tätig sei. Umso mehr äußerte der Leitartikler seine Freude darüber, dass das Urteil des Dienststrahhofes im Wolff-Prozess so klar war, wie es der Fall als solcher war.²⁹

Auch der SSW-Bundestagsabgeordnete Hermann Clausen schaltete sich mit Beiträgen in Flensburg Avis und in der Südschleswigschen Heimatzeitung in die Debatte ein.³⁰ Er machte darin z. B. darauf aufmerksam, dass der Bundestag im Begriff sei, ein neues Beamtengesetz zu beschließen, wonach „Beamte sich zu „der freien, demokratischen Grundordnung“ bekennen sollen – nicht zu Deutschland.“ Dies war eine markant andere Sichtweise als das, was im Tageblatt oder von deutschen Grenzpolitikern in diesem Zusammenhang vorgebracht worden war. Nach Clausens Lesart sicherten sowohl das Grundgesetz als auch das neue Beamtengesetz, dass Mitglieder des SSF und auch der 1948 gegründeten eigenständigen Minderheitspartei, des Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW), deutsche Beamte sein könnten, zumal diese beiden sich in ihren Satzungen auf das deutsche Grundgesetz bezogen hätten.

Auf deutscher Seite hingegen verschärfte sich die Debatte. In einem Beitrag im Flensburger Tageblatt vom 17. April 1952 mit dem Titel „Über die Loyalitätspflicht der Beamten“ wies man auf einen Artikel des Professors Hans Gerber im „Deutschen Verwaltungsblatt“ hin, in welchem sich dieser auf den Fall Karl Wolff bezog. Wenige Tage später - am 29. April 1952 - schrieb der Rechtsanwalt des SSF Andreas Hamann eine Erwiderung in Flensburg Avis und in der Heimatzeitung, in dem er u. a. ein Zitat aus Gerbers Artikel verwendete, in dem es folgendermaßen lautete: „Anhänger einer Irredenta-Gruppe (eine Gruppe, die behauptet, ihr Land befände sich unter Fremdherrschaft) sind in Übereinstimmung mit ihrer Haltung Staatsfeinde und werden deswegen im Voraus aus dem Kreis von Personen, die aktiv in einem organischen Verhältnis zum Staat stehen können, ausgeschlossen.“³¹ Hamann ließ einen direkten Vergleich zwischen

Gerbers Ansichten und den Gesetzgebungen des NS-Regimes folgen, indem er anführte, dass diese Haltung im klaren Gegensatz zum Grundgesetz stünde. Im September 1952 schrieb Professor Hellmuth Weber einen Beitrag im „Deutschen Verwaltungsblatt“, in welchem er sich mit Bezug auf das Urteil gegen Karl Wolff ebenfalls über die Rechtsstellung nationaler Minderheiten in der Bundesrepublik äußerte. Darin erkannte Weber an, dass nationale Minderheiten durch das bundesdeutsche Grundgesetz geschützt seien und dass sie nicht dafür bestraft werden könnten, demokratisch für ihre eigene Sache und für Änderung der nationalen Grenzen zu arbeiten, wenn die Mehrheit dafür ist. Dem Generalsekretär der SSF Frantz Thygesen zufolge führte dies zu dem Widerspruch, dass Weber auf der einen Seite konstatierte, dass die demokratische Arbeit der Minderheit, um in ihr Mutterland [sic!] zurückzukommen, zwar nicht prinzipiell strafbar sei, aber dass dies im Einzelfall sehr wohl der Fall sein könnte.³² Der Rechtsanwalt des SSF Andreas Hamann schrieb mehrere Gegenbeiträge in verschiedenen deutschen Rechts- und Verwaltungszeitschriften, womit es ihm ein paar Male gelang, diese zum Schreiben von Dementis zu bewegen, wenn die Verweise zum Wolff-Verfahren falsch waren. Aber das Problem war in und an sich nicht wirklich, dass einige Beiträge in Fachzeitschriften geschrieben wurden. Das Problem war vielmehr, dass die dort veröffentlichten Ansichten publikumswirksam in deutschen Zeitungen wiederholt wurden – insbesondere im Flensburger Tageblatt, aber auch im Nordschleswiger. Deshalb hielt man es im SSF für zwingend geboten, die in den juristischen Fachzeitschriften aufgestellten Sichtweisen zu widerlegen. Im Laufe des Jahres 1953 ebte die Kontroverse über das Urteil gegen Karl Wolff allerdings ab. Zudem wurde die Angelegenheit später nicht als eine Art Grundsatzurteil verwendet. Aber einige Jahre hindurch wurde der Fall zum Anlass genommen, um darüber zu diskutieren, ob dänisch gesinnte Personen leitende Ämter in Südschleswig bekleiden könnten oder ob ihr nationales Zugehörigkeitsgefühl zu Dänemark sie dafür schon im Voraus disqualifizieren würde.

Zusammenfassung:

Im Fall Karl Wolff dreht es sich um einen ausdrücklich dänisch gesinnten Beamten in Südschleswig, der entlassen wurde, weil er in seinem Anmeldeformular für den SSF angegeben hatte, dass er für den Anschluss Südschlewigs zu Dänemark arbeiten wolle. Konnte dieser Wunsch mit seiner Arbeit als hochstehender lokaler Beamter in Südschleswig vereint werden oder würde er damit den jungen demokratischen deutschen Staat untergraben, dem er als Beamter doch diente? Der Fall ist deswegen interessant, da er viel über die Verhältnisse in Südschleswig in den Nachkriegsjahren aussagt. Er erzählt eine Geschichte über

die Schwierigkeiten dänisch gesinnter Beamter – die von britischen Besatzungsbehörden eingesetzt worden waren – sich gegen lokale Hetze zu verteidigen. Er erzählt auch eine Geschichte darüber, wie schwierig es für deutsche Behörden war, sich an das neue demokratische Grundgesetz der Bundesrepublik zu gewöhnen, denn dieses sicherte die demokratischen Rechte der Bürger, während eine blinde „Loyalität zum Staat“ im Sinne eines bedingungslosen Gehorsams der vergangenen Zeit angehörte. Der Fall zeigt zudem, dass ein beinahe gehässiger Tonfall zwischen den Grenzzeitungen – dem deutschen Flensburger Tageblatt und der dänisch gesinnten Flensborg Avis und der Südschleswigsche Heimatzeitung – vorherrschte und dass die nationalen Fronten sehr verhärtet waren. Und schließlich erzählt der Fall Karl Wolff eine Geschichte darüber, dass innerhalb der dänischen Minderheit Uneinigkeit über die Grenzfrage herrschte. Sollte man – wie Karl Wolff es im Anmeldeformular an den SSF angab – für eine Grenzverschiebung hier und jetzt arbeiten, oder sollte man – wofür Frantz Thygesen stand – für eine Grenzänderung durch das demokratische „Selbstbestimmungsrecht“ arbeiten, nach welchem die Bevölkerung das Recht haben sollte, über die nationale Zugehörigkeit Südschleswigs abzustimmen.

Übersetzung: Hanna Wattenberg

Anmerkungen

- 1 Arkivet ved Dansk Centralbibliotek (ADCB); I 61, 90-00-34: Afsluttet retssag Karl Wolff 1951-53.
- 2 www fla.de/?UNF=80
- 3 ADCB; I 23, Verständigungsausschuss für den Landesteil Schleswig.
- 4 Johan Peter Noack, Det danske mindretal, Flensburg 1997, S. 331-437.
- 5 Lars N. Henningsen, Sydslesvigs danske historie, Flensburg 2009, S. 205.
- 6 Henningsen, S. 336. Die Hintergründe dafür sind erschöpfend untersucht und dargestellt. Im Arkivet ved Dansk Centralbibliotek gibt es dazu zudem umfassendes Quellenmaterial.
- 7 ADCB; I 61, 90-00-34: Abschrift des Urteils der Dienststrafkammer Schleswig den 3./4. 4. 1950, Zum Fall Wolff siehe auch den kurzen Hinweis bei Henningsen, S. 222.
- 8 So: Johan Peter Noack, Det sydslesvigske grænsespørgsmål 1945–1947, Flensburg 1991.
- 9 ADCB; I 61, 90-00-34: Undatierte Beschreibung des Falles, verfasst vom SSF Generalsekretär und Juristen Frantz Thygesen, abgedruckt in voller Länge in Flensborg Avis (FLA), 30. 1. 1952 unter der Überschrift: „At en embedsmand søger optagelse i Sydslesvigs Forening er ikke nogen tjenesteforseelse“.
- 10 ADCB; I 61, 90-00-34: Undatierter Bericht von Frantz Thygesen samt Abschrift des Urteils der Dienststrafkammer Schleswig vom 3./4. 4. 1950.
- 11 ADCB; I 61, 90-00-34: Undatierter Bericht von Frantz Thygesen in: FLA, 30.1.1952; im Originaltext heißt es: „Alt i alt forhold, der under hensyn til den almindelige tilstand i 1945/46

- ikke forekommer særlig graverende, men som dog tilsammen giver et billede af en mand, der i forskellige henseender tog mere ”flot” på reglerne, end han kunne tillade sig.“
- 12 ADCB; I 61, 90-00-34: Abschrift des Urteils der Dienststrafkammer Schleswig, a. a. O. und des schleswig-holsteinischen Dienststrafhofes vom 22. 11. 1951. 13 Ebd..
- 14 Ebd.; im Originaltext heißt es: „Jeg vil arbejde for Sydslesvigs tilslutning til Danmark“.
- 15 ADCB; I 61, 90-00-34: Undatierter Bericht von Frantz Thygesen und FLA ,30.1.1951; Im Originaltext heißt es: „da han som født syd for Ejderen ikke opfyldte medlemsbetingelserne“.
- 16 Ebd.; Originaltext: „den tysksindede fru Hönck, som på det tidspunkt var ved at blive skilt fra sin mand, havde sammen med en vis dr. Meier taget en afskrift af Wolffs ansøgningsformular og givet den til de tyske myndigheder! Og dette forhold blev omgående inddraget under disciplinærsagen“.
- 17 ADCB; I 78-14, Wolff.
- 18 ADCB; I 61, 90-00-34: Abschrift der Urteile der Dienststrafkammer Schleswig vom 3. 4. 4. 1950 und des schleswig-holsteinischen Dienststrafhofes vom 22. 11. 1951. 19 Ebd..
- 20 ADCB; I 61, 90-00-34: Undatierter Bericht von SSF Generalsekretär, Frantz Thygesen und FLA 30. 1. 1951. Originaltext: „I 1946/47 var Wolff udsat for angreb fra alle sider. Han søgte forgæves støtte i Landsregeringen og Militærregeringen. Hans børn blev generet i den tyske skole. De eneste, der viste ham venlighed, var de dansksindede, som han altid havde stået sig godt med“.
- 21 ADCB; I 61, 90-00-34: Abschrift der Urteils der Dienststrafkammer Schleswig, 3./4. 4. 1950 und des schleswig-holsteinische Dienststrafhofes, 22. 11. 1951. 22 Ebd..
- 23 Ebd., zitiert nach einer undatierten Erörterung des Falls von SSF-Generalsekretär Frantz Thygesen, sowie FLA ,30. 1. 1951.
- 24 Flensburger Tageblatt (FT), 24. 11. 1951.
- 25 ADCB; I 61, 90-00-34; Brief Thygesen an Jacob Kronika vom 13.12.1951. Originaltext: „For den lidet kyndige avislæser, dvs. næsten alle, giver artiklen [i Flensburger Tageblatt] indtryk af, at tilhørsforhold, ja selv den blotte anmeldelse af Sydslesvigsk Forening, i virkeligheden er en tjenesteforseelse, der kan medføre afsked.“
- 26 Ebd. Originaltext: „en velorganiseret hviskekampagne“.
- 27 Anm. d. Übers.: Gemeint ist vermutlich ein antwortender Artikel Thygesens auf besagten Artikel des Flensburger Tageblatts.
- 28 Südschleswigsche Heimatzeitung (SHZ), 31. 1. 1951: „Dass ein Beamter Aufnahme in den Südschleswigschen Verein sucht, ist kein Dienstversehen“ [sic!].
- 29 FT, 1. 12. 1951; Leitartikel „Beamter und Staat“.
- 30 FLA, 30. 1. 1952, „De nye, tyske Embedsmands-love” sowie SHZ, 30. 1. 1952; „Die neuen Beamtengesetze”. Dänische Originalformulierung: „Embedsmanden skal bekende sig til „den frie, demokratiske Grundorden ikke til Tyskland“.

31 FLA, 29. 4. 1952.

32 ADCB; I 61, 90-00-34; Undatierter Zeitungsausschnitt mit der Überschrift „Selvbestem-
melsesretten i Sønderjylland“, verfasst von Frantz Thygesen in FLA, 16. und 17. 2.1953.

Abbildungsnachweise:

Abb. 1: Arkivet ved Dansk Centralbibliotek, Flensburg

Abb. 2: Gemeinschaftsarchiv des Kreises Schleswig-Flensburg und der Stadt Schleswig

Abb. 3: Kreisarchiv Nordfriesland

Hochtalent bei Kleinwuchs. Der Bildhauer Emil Rasmus Jensen

Ein fast vergessener Künstler aus Nordschleswig

von ARNE JENSEN

Das Leben des 1888 in Tondern geborenen und in Schleswig-Holstein weitgehend vergessenen Bildhauers Emil Rasmus Jensen steht im Mittelpunkt des folgenden biographischen Beitrags. Verfasser ist der Großneffe des Künstlers, der ehemalige Direktor und leitende Arzt der Universitätsfrauenklinik Bochum am Marienhospital Herne, Prof. Arne Jensen. Basierend auf einigen wenigen Veröffentlichungen und dem umfangreichen, von der Familie sorgsam gehüteten Nachlass des in Flensburg und Hamburg ausgebildeten Künstlers zeichnet er den spannenden Lebensweg des kleinwüchsigen, aber hochtalentierten Mannes nach, der bis zu seinem Tod am Starnberger See im Jahre 1967 eine Vielzahl herausragender Skulpturen und Bilder geschaffen hat.

Die Redaktion

„Bin in Nordschleswig in der kleinen Stadt Tondern geboren. Eine Kindheit habe ich eigentlich nicht gehabt, jedenfalls liegt sie dunkel, ich möchte fast sagen, traurig vor mir, und ist mir deshalb als solche nicht recht bewusst.“¹ So bedrückend und nüchtern beginnt der einzige gedruckte biographische Hinweis aus der Hand des Bildhauers Emil Rasmus Jensen (1888-1967), der trotz schwerster körperlicher Einschränkungen und einer durch Rachitis hervorgerufenen Kleinwüchsigkeit mit unbändiger Energie und unbeugsamer Willenskraft ein großes Werk hinterlassen hat. Von Max Liebermann und Käthe Kollwitz wurde er sogar als „Villa Massimo“-Stipendiat empfohlen. Zahlreiche seiner Skulpturen und Bilder befinden sich noch heute im Landesmuseum Schloss Gottorf.² „Auch dass ich mich erst in verhältnismäßig fortgeschrittenem Alter einem ernsthaften Studium hingeben konnte, waren Krankheit und späte körperliche Entwicklung die Veranlassung. In Flensburg, wohin meine Eltern gezogen waren, besuchte ich die Kunstgewerbeschule, hier schnitzte ich hauptsächlich Holzplastik. Dann ging ich auf die Hamburger Kunstschule, wo ich in Professor Bossard einen feinen Lehrer fand“. „Dort“, so fährt er fort, „ermöglichte mir der Hamburger Staat eine Reise nach Italien (Rom, Florenz). Klein reiste ich weg,

kam noch kleiner zurück – doch nicht mutlos. Die großen Meister der Renaissance sind natürlich nicht zu übertreffen; man darf und kann aber nicht alles jenseits der Alpen bewundern!“³

Kindheit

Geboren am 18. Juli 1888 in Tondern, Nordschleswig, Nordwest-Quartier 99, als Sohn des Kaufmanns Johann Christian Jensen (1850 – 1921) und seiner Ehefrau Emilie Caroline Jensen, geb. Wensien (geb. am 30. Juni 1851) litt Emil Jensen im frühen Kindesalter an der sogenannten „Englischen Krankheit“. Die mit einem Vitamin D-Mangel einhergehende Erkrankung brachte bei ihm im Alter von 4 Jahren sein Wachstum zum Stillstand. Emil Jensen wurde nur 98 cm groß. In seiner Kindheit war er zumeist ans Bett gefesselt. Als er fünf Jahre alt war, zog die Familie nach Flensburg um, wo sein Vater ein Versicherungsbüro eröffnete. Emil, der zudem wiederholt krank war und im elterlichen Haushalt in nahezu völliger Abgeschlossenheit lebte, beschäftigte sich häufig mit selbstgestellten bildnerischen Aufgaben. Im Gegensatz zu seinen sechs Brüdern und Schwestern konnte er keine Schule besuchen, so dass die Eltern beschlossen, ihn durch einen Hauslehrer unterrichten zu lassen. Dieser entdeckte bei ihm eine auffällige Begabung im Modellieren von Figuren. Durch körperliche Übungen und mehrere therapeutische Kuraufenthalte auf der Insel Sylt, wo er liebevoll von einer Ordensschwester gepflegt wurde, die er sehr verehrte und später vielfach portraitierte, gelang es ihm etwa im Jahre 1908 das Laufen zu erlernen. Dabei wagte er sich nur nachts auf die Straße, weil sonst die Kinder hänselnd hinter ihm hergelaufen wären.

Die Frau seines Bruders Oluf Jensen, von 1916-1933 Direktor der Kreissparkasse in Schleswig, Anny Jensen, schilderte in einem handgeschriebenen, im Nachlass des Künstlers befindlichen Text, diesen wichtigen Schritt mit den Worten: „Mit 20 Jahren konnte Ene endlich gehen, durch ständiges Training war er nun so weit, dass er sogar Treppen nehmen konnte. Durch Zufall wurde der Direktor der Flensburger Kunstschule, Professor Huber, auf ihn aufmerksam (nachdem er ein Marmorrelief aus Emil Jensens Hand gesehen hatte, A. J.) und überredete Enes Eltern, ihn doch zu ihm zur Ausbildung in seine Schule zu geben. Diese Schule war im Museum hoch oben auf einer Anhöhe untergebracht. Die Eltern entschlossen sich nun ganz in die Nähe, und zwar in den Nordergraben 20, unterhalb der Anhöhe zu ziehen. Ene war damals 26 Jahre alt, als er seine Ausbildung bei Prof. Huber begann, es war 1914, als der erste Weltkrieg ausbrach. Er musste täglich 100 Stufen steigen, um an seinen Arbeitsplatz zu kommen; so sagte er zu mir: ‚Stell Dir vor, jede Stufe ist für mich so hoch wie für Dich ein Stuhl‘. Darüber haben wir beide gelacht, das erinnere ich ganz deutlich“⁴



Abb. 1 Der 29jährige Emil Jensen mit der Skulptur „Berggeist“ (Eiche) in Flensburg, 1917

Ausbildung in Flensburg und Hamburg

Wahrscheinlich haben Emil Jensen die 100 Stufen auf seinem täglichen Weg zur (künstlerischen) Arbeit über viele Jahre körperlich so ertüchtigt, dass er die vielen Strapazen, die in seinem Leben noch auf ihn warten sollten, meistern konnte. Im Alter von 26 Jahren begann für ihn ein neuer Lebensabschnitt. Er wurde 1914 in die von Heinrich Saueremann gegründete „Kunstgewerbliche Fachschule der Stadt Flensburg“ aufgenommen, wo er bis 1922 bei deren Direktor Prof. Heinz Weddig (1870-1940) studierte, der ihn in der Holzbildhauerei und Steinbildhauerei sowie – mehr privat – in der Malerei unterwies. Sein erstes bedeutendes Werk, Berggeist (Eiche), in kubistischer Manier, entstand 1917. 1922 setzte er sein Studium an der staatlichen Kunstgewerbeschule in Hamburg, Lerchenfeld 2, der heutigen Hochschule für Bildende Künste, fort. Hier wirkte die Tradition des Wiener Jugendstils, wie ihn Richard Luksch und Carl Otto Czeschka lehrten, was sich in Jensens kleinem Porzellankopf mit dem Titel „Leidenschaft“ von 1923 und der eleganten und gefälligen Formgebung der Plastik „Sterbende Amazone“ aus der ersten Hälfte der 20er Jahre widerspiegelt.⁵ Er mietete sich in der Nähe ein und nutzte zunächst ein Atelier der Schule und später eines am Mühlendamm 42, wo u. a. seine bedeutenden Großplastiken „Erfüllung“, „Kain“, „Erscheinung“, „Umarmung“, „Mutter mit sterbendem Kind“ und die „Beethoven“-Büste entstanden. Emil Jensen wurde Meisterschüler von



Abb. 2 Emil Jensen mit den Skulpturen „Neunte Symphonie“, „Erscheinung“ und „Beethoven“

Prof. Johann Michael Bossard (1874-1950). Die Studienakte mit den Lehrinhalten und Semesterzeugnissen ist komplett erhalten und weist in allen belegten Kursen Bestnoten aus.⁶

Interessanterweise gibt es Berührungspunkte zwischen Heinz Weddig und dem Emil Jensen in Hamburg an der Kunstgewerbeschule prägenden Lehrer Bossard. „In Zug in der Schweiz geboren, war Bossard Schüler der Kunstgewerbeschule, dann der Akademie in München – übrigens ebenso wie Weddig – bei dem vielbeschäftigten Denkmalplastiker Wilhelm von Rümman. Bevor Bossard 1907 an die Hamburger Kunstgewerbeschule berufen wurde, hatte er seine Ausbildung bei Arthur Kampf in Berlin vollendet. Seit 1912, also bei Jensens Eintritt in seine Klasse schon ein Jahrzehnt lang, arbeitete er an seinem Gesamtkunstwerk, einem „Kunsttempel“ bei Lüllau in der Lüneburger Heide“.⁷

Durch den Tod von Emil Jensens Vater am 21. Oktober 1921 und durch die Inflation, war die Mutter praktisch mittellos und musste durch ihre Kinder unterstützt werden. Dabei geriet auch Emil in finanzielle Not und musste sich durch den Verkauf von Skulpturen über Wasser halten. So wurde u. a. die Skulptur „Jüngling“ durch das Museum Altona angekauft. Die „Sterbende Amazone“ wurde von einem Kunstkennner erworben. Damit war es ihm möglich, seine künstlerische Arbeit fortzusetzen. Trotz Unterstützung durch namhafte Persön-

lichkeiten blieben seine Bemühungen um ein Stipendium erfolglos. Auch der renommierte Direktor der Kunsthalle Hamburg, Prof. Gustav Pauli (1886-1938) sowie Prof. Hermann Maetzig (1888-1969), der Direktor der Landeskunstschule Hamburg, setzten sich für Emil Jensen ein. Nach den Worten seiner Schwägerin Anny bescheinigten sie ihm eine große Begabung: „Als die Bewerbung 1927 als Meisterschüler in Berlin mit der Begründung abgelehnt wurde, (er) sei kein Schüler mehr, sondern wäre Meister, bedeutete ihm Prof. Bossard eines Tages, dass es nun Zeit für ihn wäre, als selbständiger Künstler zu arbeiten. Dieses Zeugnis bedeutete Ene viel, es begann der ersehnte Aufstieg“.⁸

Leben in Hamburg

Popularität erlangte Emil Jensen im Mai 1927 mit einem längeren Aufsatz von Helmut Duve in der illustrierten Familienwochenschrift „Das Neue Blatt“. Er stellte im Jahr darauf zwei nicht mehr erhaltene religiöse Gipsplastiken und eine Tischbeleuchtung aus Bronze in der Jubiläumsausstellung lebender schleswig-holsteinischer Künstler im Kunstgewerbemuseum Flensburg aus und erhielt daraufhin Aufträge für verschiedene öffentlich aufgestellte Skulpturen.⁹ 1929 wurde ihm durch die Preußische Akademie der Künste nach positiver Begutachtung durch Max Liebermann und Käthe Kollwitz die größte öffentliche Anerkennung durch die Verleihung des „Villa Massimo Stipendiums“ in Rom zuteil. Doch zum Aufenthalt dort kam es nicht. Er stand zwar auf der Liste, wurde aber nach der Machtübertragung 1933 übergangen.

Glücklicherweise fand er weitere Unterstützung durch den Verleger der Flensburger Illustrierten Nachrichten, Albert Wacker, der 1929 nicht nur einen Artikel über ihn veröffentlichte, sondern sich für ihn auch beim Bürgermeister der Stadt Hamburg, Dr. Carl Wilhelm Petersen, bezüglich eines Reisestipendium verwandte. Wenn auch das Ansinnen schriftlich abgelehnt wurde, so gab der Hamburger Senat Emil Jensen 1931 letztlich doch noch die Gelegenheit, nach Italien zu reisen und sich in Rom und Florenz einem eingehenden Kunststudium zu widmen.¹⁰ 1931/1932 wurde Emil Jensen zudem von der Stadt Kopenhagen aufgefordert, im Schloss Charlottenborg in zwei großen Räumen eine ‚Emil Jensen-Kollektivausstellung‘ auszurichten. „Die Ausstellung wurde von den Kopenhagener Zeitungen eingehend besprochen und Abbildungen von vielen Werken gebracht. Der ideelle und künstlerische Erfolg war bedeutend!“¹¹

Im Jahre 1932 konnte Emil Jensen durch Vermittlung von Prof. G. Pauli ein großes Atelier im Ohlendorff'schen Palais im Stadtteil Hamm beziehen. Die Stadt Hamburg stellte hier bildenden Künstlern mit Hilfe eines Legates des wohlhabenden Kaufmanns Heinrich Ohlendorff für eine geringe Miete Ateliers zur Verfügung. In dem von dem Architekten Martin Haller erbauten Palais, in dem noch 1908



Abb. 3 Emil Jensen im Atelier Ohlendorffhaus in Hamburg, um 1933

Elisabeth und Heinrich Ohlendorff ihre Goldene Hochzeit feierten, durfte Emil Jensen, gefördert über die Künstler-Nothilfe, im 1. Obergeschoß ein großes Atelier beziehen. Zugleich stand ihm dort ein kleiner Wohnraum zur Verfügung, in dem er ein relativ unbeschwertes Leben führte. Zu seinen Mitbewohnern zählten u. a. die der Hamburger Sezession angehörenden Künstlerkollegen Karl Kluth, Hans-Martin Ruwoldt, Martin Irwahn, Arnold Fiedler und Anita Réé.¹² Mit Karl Kluth korrespondierte Emil Jensen noch bis kurz vor seinem Tod.¹³

„Es begann die Zeit eines besonders produktiven Schaffens. – ca. 50 Plastiken, die teils in Bronze, Holz, Porzellan und Keramik ausgeführt waren, und viele Bilder jederart Malerei und etliche Skizzen entstanden“.¹⁴ Seine Schwägerin Anny Jensen schildert diese Jahre folgendermaßen: „Nun begannen für Ene, man kann sagen, 'Goldene Jahre'; als freier Künstler in einem großen Atelierraum nach eigenen Ideen zu schaffen, hatte er sich kaum vorstellen können... In Hamburg hatte er einen großen Freundes- und Bekanntenkreis. Darunter auch mehrere Frauen; eine war die Ehefrau eines Hamburger Apothekers (Kosmale, Colonnaden, Hamburg). Er nannte sie Lillibeth, sie war sehr mit ihm befreundet, sie war eine wundervolle Frau. Ich lernte sie bei Ene kennen, und später trafen wir uns in Segeberg wieder... Durch seine Ausstellungen lernte er auch (seine spätere Lebensgefährtin) Inka (Dassow) kennen; aus der Bekanntschaft wurde eine treue Freundschaft bis zu Enes Tod. Als Vati (Dr. med. Uwe Jensen,

Schleswig, Neffe des Künstlers) in Hamburg studierte, hat er Ene oft besucht, es gab dann oft Atelierabende mit anderen Freunden zusammen. Zum Karneval fanden auch im Ohlendorffhaus Künstlerfeste statt, die Ene gern kostümiert mitmachte und sich dabei vergnügte“.¹⁵

Künstler im Nationalsozialismus

Doch diese unbeschwerte Zeit währte nicht lange, denn im Januar 1933 übernahmen die Nationalsozialisten die Macht, was in mehrfacher Weise Auswirkungen auf Emil Jensen hatte. „Nach der Machtübernahme fand im Ohlendorffhaus eine starke Fluktuation der Bewohner statt. Die Künstler wurden kontrolliert. Der Blockwart prüfte, ob die Pinsel nass waren, ob und wie viel sie gearbeitet hatten ... er durchsuchte auch Ateliers. SA-, später SS-Streifen sahen sich um, störten und belästigten die ‚Kulturbolschewisten‘ und ‚Entarteten‘ ... Karl Kluth, Obmann des Ohlendorffhauses und Mittelsmann zwischen den Künstlern und dem Staat, wurde von der Gestapo vorgeladen und musste über seine Malweise Rechenschaft ablegen“.¹⁶

Zudem geriet Emil Jensen in große finanzielle Not, weil sein Bruder, der Schleswiger Kreissparkassendirektor Oluf Jensen (1886-1964), nicht mehr als Hauptunterstützer zur Verfügung stand. Dieser war nach 17-jähriger hoch anerkannter Tätigkeit nach einer Denunziation von den Nationalsozialisten verhaftet, ins Gefängnis gesteckt und am 1. September 1933 fristlos entlassen worden. Er galt als politisch unzuverlässig und seine Demission wurde gezielt zur Etablierung linientreuer eigener Leute durch eine „Clique Alter Kämpfer“ um Landrat Joachim Meyer-Quade und dessen Stellvertreter Otto Gestefeld betrieben. Diese durch Schleswiger Nationalsozialisten betriebene gezielte Vernichtung der Existenz von Oluf Jensen, war, trotz der 1934 erfolgten Einstellung des Verfahrens, ein für die Familie traumatisches Erlebnis, weil er als Direktor im Obergeschoß der Kreissparkasse lebte und ohne Gehalt oder Pension und ohne Wohnraum die Stadt verlassen musste. Eine weitere finanzielle Unterstützung seines Bruders Emil war dadurch unmöglich geworden.¹⁷

In dieser Situation schrieb Emil Jensen am 30. August 1933 einen Brief an die Kunstpflege-Kommission in Hamburg, in dem er erneut um die Gewährung eines Stipendiums bat. Sein Gesuch wurde jedoch abgelehnt. Unterstützt durch mehrere Empfehlungsschreiben im Vorfeld und durch den Direktor der Kunsthalle, Prof. G. Pauli, sowie einem weiteren schriftlichen Anschaffungs-Vorschlag durch Prof. H. Maetzig, dem Leiter der Landeskunstschule Hamburg, an den Senat, wurde stattdessen jedoch die Bronzeskulptur „Gebet“ für 900 RM angekauft. In dem dazu verfassten Aktenvermerk vom 20. September 1933 heißt es: „Der Bildhauer Emil Jensen, eine zwergenhafte Gestalt, (98 cm groß) ist nach



Abb. 4 Die Bronzeskulptur „Erscheinung“ im Skulpturenpark von Schloss Gottorf in Schleswig

dem Urteil einschlägiger Künstlerkreise, dem sich m. W. auch Herrn Professor Maetzig anschließt, ein nicht unbegabter Künstler, dem lediglich wegen Mangel an Geldmitteln das Studium zur letzten Ausreife fehlt. Trotzdem müssen einige von ihm geschaffene Werke (z. B. die Beethoven-Büste) als fast vollendet gekennzeichnet werden. Die Bemühungen Jensens um ein Stipendium oder um einen staatlichen Auftrag sind nach der seit 1925 geführten Statistik vergeblich gewesen. Da nach der Verfügung des Herrn Regierenden Bürgermeisters an bildende Künstler Geldunterstützungen grundsätzlich vermieden werden sollen, kann das Schreiben vom 30. August 1933 kaum Berücksichtigung finden, doch wäre bei Vergebung von Staatsaufträgen usw. zu empfehlen, den Bildhauer Emil Jensen zu berücksichtigen.¹⁸

Maetzig selbst hielt mit Datum vom 16. Oktober 1933 fest: Dem Senat beehre ich mich als Referent für Kunstangelegenheiten im Rahmen der beabsichtigten Vergebung von Staatsaufträgen an hamburgische Künstler den Ankauf der Bronze „Gebet“ des Bildhauers Emil Jensen vorzuschlagen. Es handelt sich

um ein sehr gelungenes Werk des Künstlers, das sich sehr gut zur Aufstellung in einem Staatsgebäude eignen würde. Ein Lichtbild ist beigegefügt. Die als sehr maßvoll anzusehende Forderung des Künstlers beträgt RM 900.-. Jensen ist ein in Künstlerkreisen bekannter, begabter Künstler, der sich trotz seiner zwerghaften Gestalt mit bewundernswürdiger Kraft durchsetzt und auch schon einige andere anerkannt gute Werke geschaffen hat. Da ihm außer der Zuweisung eines Ateliers im Ohlendorffhaus Geldunterstützungen zurzeit nicht gewährt werden können, würde ich es für angebracht halten, ihm durch den vorgeschlagenen Ankauf auch eine Fortführung seiner Arbeiten zu ermöglichen.¹⁹

Abgesehen von der finanziellen Notlage war Emil Jensen auch zunehmend wegen seiner kleinwüchsigen Gestalt Diskriminierungen ausgesetzt. „Die Tatsache, dass das Ohlendorffhaus 1933 zur Hälfte mit Künstlern der Hamburger Sezession belegt war“, führte ebenso wiederholt zu Konflikten. Als staatliche Einrichtung zog es die Aufmerksamkeit der neuen NS-Kulturfunktionäre auf sich... „Carl Vincent Krogmann (NSDAP) (Bürgermeister) besuchte z.B. am 18. September 1933 Paul Bollmann und Bildhauer Emil Jensen. Sie wurden danach nicht für Staatsaufträge berücksichtigt... 1940/41 war eine Bildhauerschulung vorgesehen. Der Sonderkurs kam im zweiten Halbjahr 1940 mit sieben Bildhauern unter der Leitung von J. M. Bossard zustande. Emil („Lille“) Jensen wurde nach Inspektion seines Ateliers im Ohlendorffhaus ‚für den Kurs ungeeignet‘ befunden. Der Künstler war kleinwüchsig und nach der rassistischen NS-Auffassung nicht in der Lage, Idealfiguren zu gestalten.“²⁰

Doch das Unglück schritt immer schneller voran. Im Juli 1943 kam der große Luftangriff auf Hamburg, der die Stadt in Schutt und Asche legte. Auch das Ohlendorffhaus wurde getroffen und brannte nieder. Für Emil Jensen war dies der wohl schwerste Schicksalsschlag, der ihn treffen konnte. Er war gerade im Begriff, wieder eine große Ausstellung voranzutreiben; es befanden sich besonders viele Werke in seinem Atelier. „Nahezu sein ganzes Lebenswerk war vernichtet.“²¹

Bei einer späteren Bombardierung rettete der zum Luftschutzwart ernannte Künstlerkollege Martin Irwahn alle 400 Insassen aus dem Luftschutzkeller des Hauses, der nur für 50 Personen ausgelegt war. „Irwahn, Ruth Godbersen, Hannah Kluth und Lille Jensen liefen darauf in Richtung Horner Kreisel davon... und fanden später in Winterhude, in der Krochmannsstraße bei G. Irwahn Unterkunft.“²² „Nur das nackte Leben“ konnte er nach den Erinnerungen von Anny Jensen mit Mühe und Not retten. „In dieser Verzweiflung fand ihn der Hausmeister auf einer Bank im Ohlendorff’schen Park sitzend. Er nahm sich rührend seiner an und verhalf ihm zu einem Transport gen Süden in Richtung München. Wer das Inferno überlebt hatte, musste evakuiert werden, die Züge brachten die Menschen in alle Richtungen. Tagelang war Ene unterwegs, bis

er Bayrischzell erreichte.“ Dort betrieb seine Schwester Olga Jürgens die Pension „Sonnenschein“. Diese bekam von der Bahnverwaltung einen Anruf, „es säße bei ihnen ein ganz kleiner Mensch in kläglichem Zustand, den sie abholen möchte.“ Als sie ihn dort antraf, fand sie einen schwer traumatisierten Bruder vor. Es sollten Wochen vergehen, bis er wieder sprechen konnte. „Dann war die erste Frage ‚Wo ist Inka, lebt sie?‘. Als er dann später erfuhr, dass auch sie ihr Leben gerettet hatte und nach München kommen würde, war er erleichtert.“ Weiter berichtet Anny Jensen: „Olga hat sich rührend und liebevoll um ihn gekümmert und ihm sofort eines ihrer besten Zimmer eingeräumt. Doch zwei Jahre soll es gedauert haben, bevor Ene sich zu neuer Arbeit aufraffen konnte; an Bildhauern war natürlich gar nicht zu denken, so begann er zu malen. Eine große Anzahl seiner Bilder bedeckte die Wände seines Zimmers. Erstaunlich und bewundernswert seine Energie und dass der kleine Körper physisch alle Strapazen verkraften konnte“.²³

Glücklicherweise blieben bei der Zerstörung des Ohlendorffhauses einige Skulpturen, und Großplastiken erhalten bzw. fanden nach dem Krieg den Weg zurück zum Künstler, bzw. zu seiner Familie. Erst kürzlich konnte die Skulptur „Trauer“ mit deutlichen Rußspuren des Brandes im Ohlendorffhaus auf dem Kunstmarkt entdeckt und dem Œuvre wieder zugeführt werden. Auch die Skulptur „Der Tod und das Mädchen“ ist wieder aufgetaucht, wurde im süddeutschen Raum versteigert und ist heute bei ‚Europeansculpture‘ im Netz zu sehen.²⁴

Am Starnberger See

1953 zog Emil Jensen mit seiner Schwester nach Söcking bei Starnberg. Hier arbeitete er in stiller Abgeschlossenheit. In rascher Folge entstand eine Arbeit nach der anderen, die von einer faszinierenden Ausdruckskraft zeugen und innerlich ansprechen. Man spürt, dass nicht nur ein großer Künstler, sondern auch ein Mensch am Werk war, der schwer mit menschlichen und übermenschlichen Problemen rang. „Jahre vergingen, bis neue Tatkraft und ein neuer Durchbruch des schöpferischen Gestaltungswillens die Schreckenslähmung überwand“, hieß es in einer in der Zeitschrift Schleswig-Holstein im Jahre 1953 veröffentlichten Kurzbiographie über den in Schleswig-Holstein nahezu unbekanntem Künstler. „Diese Tatkraft ist (ihm) umso höher anzurechnen, da er durch seinen geringen Wuchs ... ohnehin schon vom Schicksal benachteiligt worden ist. Aber die gleiche Energie, die ihn nach schweren Kinderjahren seinen Berufsweg finden ließ, hat ihn auch hier zum Überwinder seines Schicksal gemacht und zu neuem Schaffen befähigt. Und es ist eigenartig zu sehen, wie neben den vielen Mappen und großen Kästen, in denen sich die Abbildungen seiner verlorenen plastischen Werke und seiner früheren graphischen Arbeiten bergen, nun eine



Abb. 5 In seinem Atelier in Starnberg, Prinz-Karl-Str. 46, arbeitet Emil Jensen an der Skulptur „Das große Leid“, Aufnahme um 1960

neue, große Zahl von Bildern die Wände (seines) Zimmers bedeckt.“²⁵ Seine Lebensgefährtin Inka Dassow erinnert sich: „Seine glücklichsten Stunden waren immer die Inspiration. Noch drei Wochen vor seinem Weitergang war das der Fall. Wer die Atmosphäre dieses einzigartigen, wunderbaren Menschen nach seiner Heimkehr miterleben, den zufriedenen Ausdruck seiner Gesichtszüge erschauen durfte und die noch zum Formen ausgerichteten Hände betrachtete, weiß, dass er untrennbar mit seinem Werk verbunden bleiben wird.“²⁶ „Das auffallende in seinem Werk“, so der Anfang der 1970er Jahre auf Jensen aufmerksam gewordene Psychologe und langjährige Direktor der Schleswiger Fachklinik Dr. Manfred in der Beeck über die Psychopathologie im Ausdruck der Jensen'schen Kunst, war die „Überdimensionalität“ seiner Figuren“. Er habe „überdimensional große, überbordende und überquellende Frauenfiguren geschaffen, die in Relation zu diesem „körperlich zu klein geratenen, intellektuell

voll entwickelten und erhaltenen Mann“, besondere Beachtung verdient. Er habe seinem Schicksal getrotzt und sich ähnlich wie der am Ende seines Lebens völlig taube Ludwig von Beethoven, von dem das Zitat: „Ich will dem Schicksal in den Rachen greifen, ganz niederbeugen soll es mich gewiss nicht!“ stammt, nie entmutigen lassen.²⁷

Im achtzigsten Lebensjahr, am 22. Dezember 1967, um 23.15 Uhr schloss der Bildhauer Emil Rasmus Jensen für immer die Augen – in seinem Atelier und inmitten seiner Werke, zu denen auch eine seiner schönsten Skulpturen gehört. „Auf dem schönen Starnberger Waldfriedhof hat er eine würdige Ruhestätte gefunden. Die ‚Sinnende‘ in Bronze schmückt den Hügel und erinnert an den großen Bildhauer Emil Jensen“.²⁸

Die Erben bewahrten seinen künstlerischen Nachlass, erfassten und katalogisierten das Gesamtwerk, das aus drei Erbteilen wieder zusammengeführt wurde, um dem Künstler posthum die Anerkennung in der breiten Öffentlichkeit zu verschaffen, die seine Lebensleistung und sein Werk verdienen. Hierbei wurden sie in den späten 1980er Jahren maßgeblich durch das Schleswig-Holsteinische Landesmuseum Schloss Gottorf unter der damaligen Leitung von Prof. Heinz Spielmann und Dr. Christian Rathke unterstützt. Die Großplastik „Erscheinung“, ein zentrales Werk des Künstlers, ziert heute den Skulpturenpark. Im Hirschsaal fand auch 1989 eine große Ausstellung des Plastischen Werkes statt, zu der ein Katalog erschienen war, der Leben und Werk dieses außergewöhnlichen, in Tondern geborenen Künstlers einordnete.²⁹

Anmerkungen

- 1 Emil Jensen, autobiographischer Text in der Zeitschrift „Das Bild“, Artikel ‚Der Bildhauer Emil Jensen‘, S. 350 ff.
- 2 Ausstellungskatalog „Emil Jensen – Skulpturen, Schleswig 1989“. Ausstellung vom 30. April bis 16. Juni, Schleswig Holsteinisches Landesmuseum Schloss Gottorf in Schleswig, Schleswig 1989; zum Künstler vgl. auch dessen Eintrag in: Lexikon schleswig-holsteinischer Künstlerinnen, hg. von Ulrike Wolf-Thomsen, Heide 1994 sowie: Manfred In der Beeck „Hochtalent bei Zwergwuchs – Der Künstler Emil Jensen“, Sonderdruck, Schleswig-Holsteinisches Ärzteblatt, Heft 10/1974, auch erschienen unter dem Titel: „Ich will dem Schicksal in den Rachen greifen“. Über den Künstler Emil Jensen in Tondern, in: Jahrbuch Nordfriesland, 33 (Mai 1975), S. 32 ff
- 3 Emil Jensen, wie Anm. 1; Emil Rasmus Jensen (1888-1967), Sculpturest, <http://www.sculpturest.tumblr.com>, eingesehen am 30. 8. 2017.
- 4 „Aus dem Leben eines großen Künstlers“, handgeschriebenes Manuskript und persönliche Mitteilungen der Schwägerin von Emil Jensen, Anny Jensen, geb. Waschaw (1894-1992), Schleswig. Künstlerarchiv Emil Jensen; vgl auch: Christian Rathke, „Emil

- Jensen – Ein vergessener Bildhauer aus Nordschleswig“, in: Ausstellungskatalog a. a. O..
- 5 Rathke, wie Anm. 4.
 - 6 Arne Jensen, „Emil Rasmus Jensen (1888-1967) Bildhauer“, Biographie in Bildern, Selbstverlag, 2016.
 - 7 Rathke, wie Anm. 4; zu J. M. Bossard auch: https://de.wikipedia.org/wiki/Johann_Michael_Bossard, eingesehen am 30. 8. 2017.
 - 8 Rathke, wie Anm. 4.
 - 9 Arne Jensen, wie Anm. 5.
 - 10 Ebd, sowie die Stipendiumakte in: Staatsarchiv Hamburg, Senatsakten, Bestandsnr. 363-2, Signatur Eb 157, darin auch: Aktennotiz Empfehlungsschreiben Prof. G. Pauli, Direktor der Kunsthalle Hamburg, vom 8. 11. 1930 ebd..
 - 11 Inka Dassow, Lebensgefährtin, „Abschied für immer!, 28. 12. 1967“, Manuskript, Künstlerarchiv Emil Jensen.
 - 12 Karin von Behr, „Die Ohlendorff's – Aufstieg und Untergang einer Hamburger Familie“, Hamburg 2010 sowie Arne Jensen, wie Anm. 6 und Maike Bruhns, „Kunst in der Krise: Hamburger Kunst im Dritten Reich“, Band I und II, München 2001.
 - 13 Künstlerarchiv Emil Jensen.
 - 14 Inka Dassow, wie Anm. 11.
 - 15 Anny Jensen, wie Anm. 4.
 - 16 Maike Bruhns, wie Anm. 12.
 - 17 Dazu: Matthias Scharlt, Eine Clique „Alter Kämpfer“. Aufstieg und Fall regionaler NSDAP-Eliten in Stadt und Landkreis Schleswig, in: DG 15 (2003), S. 161 ff., sowie Ders., Der Kreis Schleswig-Flensburg und seine Sparkassen. Die Geschichte eines kommunalen Finanzunternehmens im Dienste der Region und ihrer Menschen. Schriftenreihe der Kulturstiftung des Kreises Schleswig-Flensburg, Band 9, Schleswig 2007, S. 55 ff..
 - 18 Arne Jensen, wie Anm. 6.
 - 19 Ebd..
 - 20 Maike Bruhns, wie Anm. 12.
 - 21 Anny Jensen, wie Anm. 4.
 - 22 Maike Bruhns, wie Anm. 12
 - 23 Anny Jensen, wie Anm. 4.
 - 24 <http://europeansculpture.tumblr.com/post/102528262275/emil-rasmus-jensen-1888-1967-der-tod-und-das?>, eingesehen am 30. 8. 2017.
 - 25 E. H. Knoop, Ein Künstler der Überwindung. Vom Schaffen des Bildhauers Emil Jensen, in: Schleswig-Holstein, 1953, S. 159 f..
 - 26 Inka Dassow, wie Anm. 11.
 - 27 Manfred in der Beeck, „Ich will dem Schicksal in den Rachen greifen“, wie Anm. 2, S. 34.
 - 28 Anny Jensen, wie Anm. 4.

29 Dr. Ingrid und Dr. Uwe Jensen (dem Neffen des Künstlers) ist es zu verdanken, dass das Gesamtwerk von Emil Jensen und das Privatarchiv, das seine treusorgende Lebensgefährtin, Inka Dassow, lückenlos aufgebaut hatte, in einzigartiger Weise komplett erhalten werden konnte. In Würdigung und Verehrung des Künstlers hatte es sich Ingrid Jensen zudem zur Lebensaufgabe gemacht, das Oeuvre zu fotodokumentieren und das Werksverzeichnis zu erstellen sowie Ausstellungen im Schloss Gottorf, in Tondern und auf Alsen zu organisieren, vgl. dazu: Arne Jensen, a. a. O., wie Anm. 6.

Abbildungsnachweise:

Abb. 1 – 3, 5 stammen aus dem Nachlass im Künstlerarchiv Emil Jensen

Abb. 4 <http://sh-kunst.de/emil-jensen-erscheinung/>; KUNST@SH/Jan Petersen

Rum, Schweiß und Tränen

Flensburgs Kolonialgeschichte und -erbe

von IMANI TAFARI-AMA

Seit Juni 2017 zeigt das Flensburger Schiffahrtsmuseum eine vielbeachtete Ausstellung, die sich mit der Kolonialgeschichte und dem Erbe der einst zum dänischen Gesamtstaat gehörenden Fördestadt auseinandersetzt. Die noch bis zum März 2018 laufende Ausstellung als eigenständiger Beitrag zu dem mit dem Schiffahrtsmuseum Aabenraa und der Studienabteilung der Dansk Centralbibliotek Flensborg initiierten und von der Kulturstiftung des Bundes unter der Bezeichnung „Fellowship Internationales Museum“ geförderten Forschungsprojekt „Sønderjylland-Schleswig Kolonial“ wurde von der jamaikanischen Kulturwissenschaftlerin Dr. Imani Tafari-Ama kuratiert. Sie beleuchtet dabei aus einer kritisch afrikanisch-karibischen Perspektive heraus ein Thema, das das maritime Westindienidyll in den beschaulichen Flensburgerzählungen auf radikale Weise infrage stellt. Für die Redaktion der Grenzfriedenshefte war dies Anlass genug, Imani Tafari-Ama Gelegenheit zu geben, die sie bei der Planung und Realisierung des Projekts leitenden Gedanken in einem wissenschaftlichen Beitrag darzustellen, der zum Nachdenken anregt und Stoff zur Diskussion um ein in Flensburg und im Grenzland lange verdrängtes Kapitel gemeinsamer Regionalgeschichte liefert.

Die Redaktion

Einleitung

Die dänische Monarchie bestand nicht nur aus Dänemark, sondern ferner aus dem Königreich Norwegen, den Herzogtümern Schleswig und Holstein, den Färöer-Inseln, Island und Grönland, sowie letztlich auch aus ausländischen Kolonien, die ein paar kleine Besitztümer in Indien und die sogenannte Goldküste Westafrikas sowie die drei karibischen Inseln St. Thomas, St. John und St. Croix umfassten.¹ 1917 wurden diese an die Vereinigten Staaten verkauft und dort als US Virgin Islands (Jungferninseln) bezeichnet. Der Jahrestag dieses Transfertages am 31. März 2017 bot daher eine gute Gelegenheit, diese Geschichte, an der auch die Stadt Flensburg Anteil hatte, zu überdenken und zu reflektieren. Dazu initiierte das Flensburger Schiffahrtsmuseum gemein-

sam mit dem Schifffahrtsmuseum in Apenrade und der Forschungsabteilung der Dansk Centralbibliothek Flensburg ein Forschungsprojekt unter dem Titel „Kulturtransfer“, um die übliche eurozentrische Perspektive auf die koloniale Vergangenheit Flensburgs und die einstige koloniale Verbindung zu den Jungferninseln zu erweitern.

Das Museum lud mich ein, einen kritischen afrikanisch-karibischen Blickwinkel auf diese Geschichte einzunehmen, um die vorherrschende politische Ökonomie der europäischen kolonialen Amnesie und der Nostalgie anzusprechen.² Thomas Overdick, der damalige Museumsleiter erklärte in einem mit mir geführten Interview dazu: „Wir wollten unbedingt ein breiteres Bild vorstellen, um welchem Preis Flensburg reich wurde.“ Dabei spiele es keine Rolle, ob Flensburg am Sklavenhandel beteiligt war oder nicht, denn die Stadt hätte vom ganzen System des Sklavenhandels profitiert. Er lieferte den Zucker, der von versklavten Arbeitern hergestellt wurde. Folglich sei es an der Zeit zu überlegen, was dies heute bedeuten könnte? „Wir haben eine ‚Rum und Zucker-Meile‘, die durch die alten Teile von Flensburg führt, wo man die Häuser, die sich auf die Händlerfamilien, die Zuckerindustrie und die Rumindustrie beziehen, erkunden kann. Und natürlich haben wir Leute afrikanischer Abstammung auf den heutigen amerikanischen Jungferninseln, die nicht übersehen werden können.“³

Auf die Frage nach den Motiven, die Geschichte der drei Jahrhunderte des kolonialen Terrors in das zeitgenössische Bewusstsein zu bringen, war er allerdings perplex und bemerkte, dass „eine der dominanten Vorstellungen, die du bis heute hörst ... wenn du mit Leuten sprichst, ist: ‚Oh, wir haben keinen Sklavenhandel betrieben‘ ... ‚Oh, bei uns ist es in Ordnung‘ ... also ist das eigentlich wie ein Reflex ... wie wir sind nicht die bösen Jungs; wir sind nicht die schlimmsten Typen irgendwie.“⁴

Marco Petersen, Historiker und Projektpartner an der dänischen Bibliothek in Flensburg, unterstützte diese wie eine paradoxe Tatsachenverdrehung klingende Auffassung, in dem er, darauf angesprochen, darstellte, dass die Problematik auch der Tatsache geschuldet sei, dass beide Länder völlig unterschiedliche Traditionen und völlig unterschiedliche Narrative ihrer Geschichten hätten. „Dies ist besonders in dieser Region, die mal zu Dänemark und mal zu Deutschland gehörte, erkennbar. Nachdem Dänemark nach 1864 einen Großteil seines Territoriums und damit seine politische Bedeutung in Europa weitestgehend verloren hatte und viel kleiner geworden waren, konzentrierte man sich dort primär auf sich selbst und deutete sein Geschichtsbild neu. Hinzu kommt andererseits, dass die dänische Geschichte in einer später deutschen Stadt eher vernachlässigt wurde, und deshalb hat es gedauert sich wieder einander anzunähern.“⁵ Die Rollen von Flensburg und Kopenhagen sind entscheidend für die Erklärung der dänischen Kolonialgeschichte. Carl von Schimmelmann, der Finanzminister



Abb. 1 Vorderansicht des Flensburger Schifffahrtsmuseum mit dem historischen Anker

des dänischen Königs Christian IX, besaß und betrieb eine Pistolenfabrik, die Ware, die den gewalttätigen Schwerpunkt des Tauschgeschäfts für Afrikaner markierte, während deren menschliche Körper die primäre Währung für die Europäer waren. Die afrikanische Ladung „Pistolen für Entseelte“ aus Ghana ging der quälenden bis zu fünfmonatigen Zwinger-Inhaftierung unterhalb der sogenannten kolonialen Burg sowie der Reise über die Mittelpassage auf die Jungferninseln voran. Als ich diese dunklen, luftlosen Räume besuchte, in denen die in Ketten gelegten Menschen wie Sardinen gestopft wurden, war ich empört. Auch Rukiza Okera zeigte Mitleid an dem Trauma, dass sogar Touristen erleben können, und schilderte auf Nachfrage den Horror mit den folgenden Worten: „Vor einigen Jahren war ich an der Küste Ghanas und einige junge europäische Erwachsene waren da und als der Reiseleiter ihnen erzählte, was passiert war, begannen einige dieser europäischen Jugendlichen zu weinen und zu fragen: Das haben unsere Vorfahren getan? Ja, das ist, was sie getan haben. Sie können sehen, dass sie über dieses Erbe traurig sind; tief traurig.“⁶

Projekt und Aufgabenstellung

Ich war eine von 17 Kurator/innen, die an der „Mobile Fellow-Me!-Akademie“ teilgenommen haben, die von der Kulturstiftung des Bundes im Rahmen des Programms „Fellowship Internationales Museum“ von 2016 bis 2017 gefördert wurde. Ich war damit beauftragt worden, eine kritische afrikanisch-karibische Perspektive auf die erwähnte Hundertjahrfeier 2017 zu bieten. Meine Rolle beinhaltete die Erweiterung des konzeptionellen Feldes des Projekts um das Land Ghana, der ehemaligen Goldküste Westafrikas, das in der lokalen Bezeichnung eigentlich ein Ashanti-Königreich war. Dänemark hatte dieses Gebiet für zweihundert Jahre besetzt und es als Drehscheibe der Ressourcenextraktion und des Menschenhandels benutzt. Der Imperialismus begünstigt die Leugnung dieser Tatsache, um die kolonialen Wurzeln der kapitalistischen Entwicklung des globalen Nordens zu verbergen.

Dieses düstere Drama ist jedoch in dem dauerhaften Erbe des Kolonialismus unmissverständlich präsent, denn die gegenwärtigen Krisen in den politischen Volkswirtschaften und sozialen Systemen der Gesellschaften des globalen Südens sind dadurch durchgehend geprägt. Die Jungferninseln verkörpern dabei den postkolonialen Zustand. Opfer des Kolonialismus sind atomisiert und konkurrieren um imperialistische Chancen wie den Tourismus, leiden unter kolonialer Amnesie und kämpfen mit Strukturen, die immer noch stark in verbleibende Reste des Imperiums investierten. Diejenigen, die sich wehren, sind zweifellos auf der Unterseite der Zuwendungen und werden daher von den Mächtigen nicht als ernsthafte Bedrohungen betrachtet. Internalisierter Rassismus in den populären Praktiken der Selbstidentitätsauslöschung ist tief verankert – jene „trendige“ Identitätsaufgabe, die überall als neue Mode vermarktet wird, auf einem Markt, in den sich der lange Arm des Kolonialismus gestreckt hat und dort die Haupthindernisse der Entwicklung aufwirft.

Das verkörperte Verbindungsglied von Werten, Einstellungen und Verhaltensweisen bestimmt, wie wir uns und unseren Platz in der Geschichte und das Verhältnis dieser Vergangenheit zu einer nachhaltigen Zukunft sehen. Die Mehrheit der in der Diaspora lebenden Afrikaner hat keinen Sinn für sich selbst in Bezug auf ihre afrikanische Identität; erst durch ihre verkörperte Vorstellung sind sie in der Lage, sich in das Bild, die Rede, das Verhalten, die politische Ökonomie, die Sozialisationssysteme oder die Institutionen wie Bildung und Religion zu verwandeln, die rassistische koloniale Werte der Identität widergeben.⁷

Angesichts der dauerhaften Präsenz des kolonialen Erbes im Leben der Nachkommenschaft der versklavten Völker ist es außergewöhnlich, dass die Europäer die Vergangenheit verschwinden lassen und die Rechenschaftspflicht verweigern. Wenn man die Dimension dessen, was der Kolonialismus mit sich brachte,



Abb. 2 Blick auf eine Installation der Ausstellung mit den Umrissen der beim Transport auf den Sklavenschiffen am Boden festgeketteten Afrikaner.

identifiziert, ist es angebracht, auch Dänemark als einen Schauplatz des Verklavungsverbrechens zu lokalisieren. Die Erinnerung daran wurde jedoch mit dem „USVI-Transfervertrag“ von 1917 und dem schon 1850 vorgenommenen Verkauf des besetzten Territoriums an der Goldküste an den imperialen Mitspieler Großbritannien begraben. Man muss sich in dieser Hinsicht daran erinnern, dass die königlichen Familien, die das damalige Kolonialunternehmen leiteten, Blutsverwandte waren. Dieses in Flensburg durchgeführte Projekt ist demzufolge auf Grundlage einer bevorzugt indigenen Wissensplattform verankert, die es ermöglicht, die Nützlichkeit einer postkolonialen Perspektive aufzuzeigen, um den handwerklich gewebten Bilderteppich des kolonialen Erbes und Vermächtnis zu entwirren. Dieser Prozess der Entfesselung zeigt die Rolle, die Dänemark im Völkermord der indigenen Völker, der Entmenschlichung, des Menschenhandels und der Verklavung der Afrikaner spielte. In dieser Hinsicht ist es folglich unaufrichtig, dass sich die Europäer auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit bisher lediglich auf den transatlantischen Dreieckshandel beziehen. Die von mir kuratierte Ausstellung „Rum, Schweiß und Tränen“ ist insofern einzigartig, weil die koloniale Vergangenheit aus einer afrikanisch-karibischen Perspektive heraus beurteilt wird. Mein Ausgangspunkt für die Bewältigung dieser Aufgabe war, meine eigene Vorfahrin zu sein und die Barrieren aufzu-

lösen, die gegen die Verwendung der Vergangenheit errichtet wurden, um das nachhaltige Engagement mit Gegenwart und Zukunft einzuleiten. Ich bin Hon. Marcus Mosiah Garvey verpflichtet, der durch und durch Panafrikanist, Philosoph und politischer Aktivist war, und der unmissverständlich den Grundsatz der Entschädigungsagenda ausrief. Er sagte: „Ein Volk ohne Kenntnis von seiner Vergangenheit ist wie ein Baum ohne Wurzeln.“ Gleichzeitig hat die Erzieherin und Aktivistin Anna Julia Heywood Cooper eine prägante kollektive panafrikanische Gerechtigkeitsbefürwortung verlangt und den Ausspruch geprägt: „Wann und wo ich hineingehe, tritt die ganze Rasse mit mir ein.“⁸

Die politische Ökonomie der Perspektive

In der Tradition meiner vielseitigen afrikanischen Vorfahren bin ich eine Griot, eine Erzählerin, die die Weisheit der Themen multimedialer Forschungsmethodologien sammelt und verbreitet. Ein Griot erinnert an die generationenübergreifenden Erfahrungen als kulturelles Transformationsartefakt der Wiedergroupierung - eine kritische Fähigkeit für Menschen, die von der Maafa (der Swahili-Ausdruck für totale Katastrophe und seit den 1970er Jahren im englischsprachigen Raum auch als der afrikanische „Holocaust“⁹ bezeichnet) gezeichnet sind. Als Artefakt des Widerstands ist das Geschichtenerzählen auch eine zentrale Plattform für die Ausarbeitung einer afrikanisch-karibischen Perspektive zum dänischen Kolonialismus und Erbe. Noch wichtiger ist es aber, dass die Erzählung zu den Diskursen des Widerstandes in die Psyche der über zweihundert Millionen Afrikaner einfließt, die seit über fünfhundert Jahren verstreut und verunglimpft sind.¹⁰

Erzählungen verbinden Vergangenes und Gegenwart, sie schlängeln sich durch die Zeit und über den Raum hinweg. Sie befeuern die Phantasie und erzeugen kreative Impulse in der Nachkommenschaft der Afrikaner, deren Erinnerungen in alltäglichen moralischen Registern und Lebensfertigkeiten wiedergeboren werden. Die Einrichtung der Versklavung hinderte die Afrikaner jedoch daran, ihre eigenen Erfahrungen zu machen, was bedeutete, dass sie ihre Erinnerungen in den ihnen zur Verfügung stehenden Medien erhalten mussten. Folglich, können sowohl schriftliche Beweise als auch mündliche Überlieferungen Perspektiven auf eine gemeinsame Vergangenheit bieten. Aus diesem Blickwinkel können Volksmärchen und Volkslieder genauso wie sonst formale Aufzeichnungen als Repositorien historischer und kultureller Beweise betrachtet werden.¹¹

Ich engagierte mich in teilnehmenden Beobachtungen, in partizipativen Schnellbefunden (PRA-Techniken) und benutzte Quoten-Stichprobensammlungen zur Identifizierung von 144 Personen¹², mit denen ich eingehende halbstrukturierte Interviews, Fokusgruppeninterviews und Diskussionen am Runden Tisch durch-

geführt habe. Einige Personen gaben an, dass sie begeistert teilnahmen, weil ich die panafrikanische und karibische Frauenpolitik verkörpere. Ich habe auch meine pädagogische, forschungs-, befürwortungs- und multimediale Kommunikationsfähigkeit angewandt, um meine afrikanisch-karibische Perspektive auf das dänische Kolonialerbe in Flensburg, die Jungferninseln der Vereinigten Staaten und Ghana zu beleben. Meine Subjektivität wird dabei in allen Ausdrücken des Projekts erfasst, vor allem in der audiovisuellen Installation, in der die Geschichte unter dem virtuellen Baobabbaum erzählt wird, der in die Ausstellung als das Quintessenzsymbol des Widerstandes aufgemalt ist, der den durchdringenden und dauerhaften Diskurs der europäischen Herrschaft spiegelt. Der Prozess, sich in diesem ethnographischen Bestreben zu engagieren, stellte mehrere Möglichkeiten der Bewusstseins-schaffung zur Verfügung¹³. Meine eigenen Identitäten als Rastafari, Forscherin und Dozentin aus Jamaika, die sich mit internationalen Erfahrungen für eine Menschenrechtsagenda durch Theorie und praktisches Engagement einsetzt und an der aufregenden Mobile Fellow-Me!-Akademie teilnimmt, bedeutete, dass die Atmosphäre der Kuration eine dynamische und lohnende war. Darüber hinaus zeigte die Teamarbeit unter den Projektpartnern, Sponsoren, Museumsmitarbeitern und den für die Umsetzung des Konzepts zuständigen Grafikdesignern den Nutzen kollektiver Kreationen für die Verlagerung vorherrschender erkenntnistheoretischer Paradigmen. Die Dramen kolonialer Macht umfassten Europas Bezeichnung der Karibik und Amerikas als Gebiete der gewalttätigen Produktion und des Verbrauchs. Wozu die Besetzung der drei Inseln zu verschiedenen Zeitpunkten durch sieben europäische Einheiten führte, erklärte Heru Neb Ka'Ra, Kulturanthropologe aus St. Croix mir gegenüber in einem für das Projekt geführten Interview: „Es sind die Vereinigten Staaten, Dänemark, es ist Frankreich, es ist England, es ist der Ritter von Malta, es ist Spanien, es ist Portugal; es gibt sieben Fahnen. Und es gibt noch einen anderen Faktor, den wir normalerweise nicht in diese Aufzählung einschließen und das ist der Faktor des Vatikans und was wir die Lehre von der Entdeckung nennen. Wir können uns nicht mit der Entflechtung beschäftigen, es sei denn, wir behandeln all diese Stränge, Strang für Strang, weil jeder von ihnen zum Problem beigetragen hat. Der Vatikan ist wichtig, weil dies diejenigen sind, die dem Königreich Spanien, dem Königreich Portugal und dem Königreich Frankreich die Souveränität gewährten – alles Weltmächte zu dieser Zeit. Der Vatikan gewährte ihnen, sagten sie, das christliche Recht zu gehen und jemanden zu erobern, der nichtchristlich war und den sie als Feinde des christlichen Glaubens betrachteten. Also müssen sie beteiligt sein.“ Ka'Ra beschrieb auch den gegenwärtigen Mangel an sicherer Staatsbürgerschaft für die Jungferninsulaner in einer konvergierenden, betrügerischen und geheimen Absprache des Kolonialismus und führte aus:

„Es geht zurück auf das Jahr 1884, dem Gedrängel um Afrika und was wir die Berliner Konferenz nennen; alles ist komplett eingebunden. Wenn wir also mit diesem Problem (des dänischen Kolonialismus und Erbe) umgehen, müssen wir alle Faktoren betrachten und dann können wir unsere Situation enträtseln. Eine andere Sache, die wir beachten müssen, ist, dass die Verbrechen, die vor fünfhundert Jahren oder mehr begangen wurden, immer noch Verbrechen sind. Es gibt keine Verjährungsfrist für Massenmord. Sind die Akteure, die diese Verbrechen begangen haben, noch vorhanden? Ja! Wir haben zum Beispiel den neuen Bundesstaat Brasilien, der nur ein Nachkomme von Portugal ist. Ist Portugal heute noch heute da? Ja; es hat sogar seinen König und seine Königin. Sie müssen stellvertretend antworten, weil sie noch existieren. Portugal war auch in Afrika, in Angola und diesen Orten. Also beschäftigen wir uns nicht mit Einzelpersonen; wir beschäftigen uns mit der Entität Portugal, der Souveränität und sie müssen als eine Person vor Gericht verantwortlich sein. Wenn also Völkermord begangen wurde und es eine Erlaubnis gab zum Genozid, zu illegalem Diebstahl und Besetzung, zur Veruntreuung von Gold und Ressourcen, zur Versklavung der Menschen und zu den Bedingungen, unter denen wir leben mussten, in Bezug auf die kriminellen Handlungen, die begangen wurden, und die Bedingungen, dass wir unter dem, was wir den Sklavenhandel nennen, und die ganze Sklavenwirtschaft und so weiter leben mussten, müssen sie für die Verbrechen verantwortlich sein, die sie begangen haben. Dasselbe gilt für England, für Spanien, für Frankreich, für Deutschland, für Dänemark oder für irgendeine bestimmte Einheit, die irgendwelche dieser Verbrechen gegen die Menschheit der Völker begangen hat - und mehr noch. Für die Menschlichkeit der indigenen Völker, einschließlich der indigenen Afrikaner, der indigenen karibischen Menschen - die sie heute Amerindians nennen, die polynesischen Inseln oder wo immer sie sind - müssen sie verantwortlich sein. Und es ist unsere Verantwortung jetzt - nicht ihre Verantwortung - unsere Verantwortung, die von uns, die bewusst und aufmerksam sind, unsere Ressourcen, unsere Intelligenz, unsere Forschung und unsere finanziellen Ressourcen und alle anderen Ressourcen, die wir in Bezug auf unsere einheitlichen Ressourcen haben, zu nutzen um diese gesetzlichen Wege zu schaffen und zu begehen.“

Hintergrund

Von den frühen Jahren des fünfzehnten Jahrhunderts an bis fast zum Ende des neunzehnten Jahrhunderts wurde die europäische Versklavung der Afrikaner von mehreren Staaten, die von der Kirche unterstützt wurden, legalisiert und war ein profitables System, das die industrielle Revolution der Staaten, die jetzt den globalen Norden bezeichnet, angeheizt hat. Die Länder des sogenannten



Abb. 3 Plantage Hoegenburg auf der Insel St. Croix um 1833

globalen Südens, die in diesen viereinhalb Jahrhunderten dominiert wurden, wurden ausgenutzt und blieben unterentwickelt. Die Versklavung ist weithin als das größte Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkannt, da es die Entmenschlichung der Afrikaner und ihre Rekonstruktion als intergeneracionales persönliches Eigentum mit sich brachte.¹⁴

Ich verwende das Konzept der kognitiven Dissonanz¹⁵, um den Mechanismus der Entmenschlichung zu erforschen, der von den Europäern benutzt wurde, um Afrikaner zu versklaven. Sie erlauben mir zu zeigen, dass die Einrichtung der kolonialen Amnesie über die Maafa ein kritischer Bestandteil der verwendeten Gewalttheorie ist, um die Macht der Europäer zu erhalten. Durch den Einsatz außerordentlicher Mechanismen der psychosozialen, körperlichen, sozioökonomischen und geistigen Gewalt wurden die Afrikaner auf Gegenstände reduziert, gekauft und verkauft und unermüdlich mit erzwungener Arbeit, sexuellem Missbrauch und anderen Gräueltaten gefoltert, ohne Rückgriff auf Gerechtigkeit. Der Widerstand gegen diesen rassistischen Terror nahm viele Formen an, aber zweifellos waren sie alle gegen die Gewalt, die mit der Art der kalten Überlegung konstruiert wurde, die ebenso rücksichtslos war, wie sie starr strukturiert war.

Die Europäer wurden reich und entwickelten Imperien, indem sie die indigenen Bevölkerungen, die sie in der Karibik und in Nord- und Südamerika kennen-



Abb. 4 Fort Christiansborg an der ghanaischen Goldküste

gelernt haben, dezimierten, deren zahlreiche Ressourcen entnahmen und die Zwangsarbeit für Jahrhunderte forcierten. Afrikaner wurden regiert und betrogen, etwa durch Waffen und Alkohol, um sich im Handel ihrer eigenen Leute zu engagieren. Dies demonstriert die völlige Doppelzüngigkeit dieses historischen Debakels. Dänemark war dabei das siebtgrößte europäische Imperium, das sich in der Dehumanisierung des Sklavenhandels engagiert hatte. Für zwei Jahrhunderte besetzte Dänemark Guinea und die sogenannte Goldküste (das heutige Ghana), wo das 1658 eroberte und seitdem so genannte Fort Christiansborg bei Accra als Basisstation der Sklavenjäger diente.¹⁶ Gleichzeitig beherrschten die Dänen die westindischen Inseln für zweihundertfünfzig Jahre.

Ein dekolonisierender Ansatz zum Lesen von Geschichte und ethnographischen Bestrebungen erkennt die Autorität an, die von denen besessen wird, über die wir Meinungen und Einstellungen formulieren, um ihre eigene Begabung in der Arena der Wissensproduktion zu artikulieren. Wer waren die Leute, die versklavt wurden? Wie sah ihr Leben aus, bevor sie die Terror und Versklavung erlebten? Trotz der Vielfalt der Völker in den vierundfünfzig Ländern Afrikas, dem zweitgrößten Kontinent der Erde, konzentriere ich mich auf eine Gruppe, die Akwamu, um die Subjektivität der Menschen, die versklavt wurden, vor ihrer Versklavung zu historisieren. Ich interviewte den heutigen König von Akwamu, weil die Geschichte seines Volkes in der dänischen Besetzung von Guinea,



Abb. 5 Der legendäre Asamani steht auf einer Kanone und hält seine Waffe und die Schlüssel zum Fort Christiansborg

Ghana und den Jungferninseln signifikant ist. Es ist bezeichnend, dass die Akwamu-Leute sich gegen die Dänen sowohl 1693 in Ghana als auch 1733 auf den Jungferninseln erfolgreich auflehnten und zeigten, dass der Begriff der Herrschaft nicht als Beweis für die ungehemmte europäische Macht gegenüber der afrikanischen Ohnmacht behandelt werden sollte.

Die Akwamu besetzten bei ihrem Aufstand 1693 die Burg „Fort Christiansborg“ für zwei Jahre. Sie behielten die Schlüssel als Beweis für ihren Sieg. Wie der heutige König von Akwamu mir im Interview erklärte, waren seine Leute für ihre Kriegführung legendär. Sein Bericht ist nicht nur aufgrund des historischen Inhalts fesselnd. Er zeigt auch, dass die Akwamus nicht inhärent Sklaven waren, wie es im eurozentrischen Kolonialdiskurs dargestellt wird:¹⁷

„Wir sind aus dem Südsudan und weil die islamische Religion im Sudan im elften Jahrhundert begonnen hat und wir uns mit der islamischen Religion nicht wohl fühlten, wanderten wir nach Süden zum Gebirgsgebiet der heutigen Côte d'Ivoire. Als wir nach Côte d'Ivoire kamen, gab es nur Forstfläche und wir fühlten uns nicht wohl, also sind wir umgezogen. Das war, als wir in Ghana ankamen, wo es einen anderen Stamm namens Dentra gab und sie waren dort sehr gefestigt. Die Akwamu-Leute sind so, dass wir nicht gerne jemandem dienen! Wir hätten es gern, keinem König zu dienen. Um nicht mit ihnen zu kämpfen, beschlossen wir, uns noch mehr ins Inland zu bewegen. So sind wir umgezo-

gen und zogen weiter, bis wir uns in Yedemasu wiedergefunden haben, wo wir lange gelebt haben.

Die Akwamus hatten während ihrer Eroberungen eine gewaltige Armee, die wir nutzten, um Accra, die Fantès, einfach alle zu erobern. Der Akwamuhene (der König von Akwamu) war die erste Person, die eine Kriegsstrategie entwarf. Er war die erste Person, die etwas auf Papier schrieb, als er sich in den Krieg begab. Damals, bevor du in den Krieg zogst, hättest du einfach deine Männer gerufen, um in den Krieg zu gehen. Er war die erste Person um das Jahr 1600, die auf diese Art und Weise im Krieg war, denn dann brauchst du deinen Armeekommandanten. Du musst deine Front richtig positionieren. Du brauchst deinen linken Flügel, deinen rechten Flügel und du brauchst deinen Heckflügel mit den Leibwächtern, die den König schützten. Bevor du also einen Angriff dem König tätigt, sollte es eine große Aufgabe sein, überhaupt zu ihm zu gelangen. Du nennst den hinteren Wächter adonten und den auf der Rückseite kyidom. Er verteidigt. Der linke Wächter ist der benkum und der nifa ist der rechte Flügel.“ Die Akwamus waren aber auch in den Sklavenhandel involviert und einige von ihnen wurden in der Zeit der Versklavung verkauft. In dem Moment, als sie im Jahre 1733 auf St. John ankamen, nutzten sie ihre Kriegserfahrung als strategische Planer. Dies ergänzte das Ziel des „Rum, Schweiß und Tränen“-Projekts, da es einen transatlantischen Dialog katalysiert, um den Wunden zu begegnen, die die Versklavung und ihre Nachwirkungen beim afrikanischen Volk verursacht haben. Karen Fog Olwig dokumentiert die Umstände, die im Jahre 1733 zur afrikanischen Revolte der Akwamu-Leute auf St. John geführt haben: „Im Jahre 1733, fünfzehn Jahre nach der Besiedlung von St. John, erlebte die Insel eine verlängerte Dürre, die die Tierhaltung unmöglich machte. Wenig oder gar keine Lebensmittel wurden von den Pflanzenanbauern gekauft, um die Sklaven [sic] [versklavte Afrikaner] zu ernähren. Und um die Mitte des Jahres hatten viele ... die Plantagen verlassen und zogen es vor, im Busch zu arbeiten und zu leben. Es war besser als auf den Plantagen zu arbeiten und zu hungern. Der 1733er Sklavencode mit seiner harten Strafe für das Aussetzen in die Einöde war weitgehend eine Antwort auf diese chaotische Situation. Ironischerweise hat das Gesetz, das dazu bestimmt war, die Sklaven zu kontrollieren, tatsächlich dazu beigetragen, sie zu überzeugen, dass die einzige Lösung für ihre unmögliche Situation eine Revolte war. Im November 1733 haben die ... [versklavten Afrikaner] einen Aufstand inszeniert und ihnen gelang es, den Großteil der Insel zu übernehmen und die weiße Bevölkerung im östlichen Abschnitt der Insel zu töten. Die dänische westindische Kolonialregierung brauchte Hilfe von französischen Truppen auf Martinique, um den Aufstand zu unterdrücken. Und erst im Mai 1734 eroberte die Gutsbesitzer-Klasse die Oberhand auf der Insel zurück.“¹⁸

Es gibt genügend Beweise, um die Unbestimmtheit der Stereotypisierung, Exotifikation und Entmenschlichung der indigenen, so genannten Neuen Welt¹⁹ und der afrikanischen Menschen zu demonstrieren, die ihnen ihre unveräußerlichen Menschenrechte bewusst verweigerten.

Die Rolle des Museums

Mein Mandat, die Ausstellung „Rum, Schweiß und Tränen“ zu kuratieren, umfasste daher die Herausforderung, zu entdecken, auf welche Art die Kolonialgeschichte in Europa im Allgemeinen und insbesondere in Flensburg geglättet oder gelöscht wurde. Bemerkenswert ist, dass die populäre Wahrnehmung, dass Dänemark irgendwie beglückwünscht werden sollte, weil es, nach dem Inkrafttreten des Verbots des Sklavenhandels an der ghanaischen Goldküste 1803 und ersten Reformen schon im Jahr 1828, dann 1847 das erste Land war, das die Sklaverei abschaffte, durch die harte Realität korrigiert wird. Freiheit wurde nur insoweit gewährt, dass Einzelpersonen „frei“ von ihren (so genannten) Meistern waren. Zudem sollte die Aufhebung der Sklaverei erst nach einer Frist von zwölf Jahren wirksam werden. Auf den dänischen westindischen Inseln gab es zugleich über 40 Gesetze und Verordnungen, die die früheren Sklaven und deren Nachkommen von der Teilhabe am politischen und zivilen Leben faktisch ausschlossen. Für die Freiheit zu kämpfen, war unter den Bedingungen ständiger Beschränkungen eine große Herausforderung.²⁰

Der Vorschlag des Schiffahrtsmuseums zielte darauf, die Rolle, die die Museen bei der Darstellung der maritimen Kolonialgeschichte bisher eingenommen hatten, zu hinterfragen. Unser Abkommen umfasste die Produktion ethnographischer Daten mit partizipativen, subjektiven und kritischen Methoden. Dieser multimediale und multimethodische Forschungsrahmen ermutigte die Bereitstellung eines umfassenden repräsentativen Berichts, der für die Ansichten von zielgerichteten Themen sowie für die Ausstellungskonzeption von zentraler Bedeutung waren. Dieses reflexive Modell erforderte das Engagement aller Teilnehmer des Projekts „Fellowship Internationales Museums“, um sicherzustellen, dass wir im Gegensatz zu vielen anderen Installationen, die wir in Deutschland gesehen haben, kritische und subjektiv angelegte Darstellungen, lieferten. Durch die Förderung einer Alternative zu einer eurozentrischen Perspektive auf die Hundertjahrfeier rekonstruierte mein Projekt bewusst die dominierende rassistische Sicht der Kolonialgeschichte. Im Hinblick auf die emanzipative Wirkung der Abschaffung der Sklaverei gibt zum Beispiel schon die romantische Erinnerung des letzten Generalgouverneurs von Dänisch-Westindien, Peter van Scholten (1784-1854), Veranlassung danach zu fragen, warum es



Abb. 6 Die in der Ausstellung inszenierte Tür (ohne) Rückkehr als Hinweis auf den afrikanischen Widerstand, zusätzlich symbolisiert durch den auf die Wand gemalten Baobab-Baum

darin kein Nachdenken über die Schrecken, die in den Jahrhunderten der Verklavung stattgefunden hatten, gegeben habe und warum darüber keine Reue empfunden wurde.²¹

Das Schifffahrtsmuseum stellte somit einen fruchtbaren Raum für den Aufbau dieses Kontrapunkts zur vorherrschenden Identitätspolitik von Flensburg zur Verfügung, denn das öffentliche Profil der Stadt schließt ausdrücklich die Anerkennung der kolonialen Vergangenheit und ihres dauerhaften Erbes aus. Die Verschwörung des Schweigens, in der dieses Verbrechen gehüllt ist, ist ohrenbetäubend, denn nirgendwo zeigt sich, inwieweit sich der Reichtum der Stadt mit dem Kolonialismus und dem Profit aus dem Mehrwert der Arbeit der Sklaven verbunden hatte. Dieses Projekt ist somit unvermeidlich ein Gegenstand in der engagierten Debatte über die politischen Interessen geworden, die oft die Einbeziehung oder Ausgrenzung bestimmter Themen im Museum formen. Die Perspektive von „Rum, Schweiß und Tränen“ stellt somit auch Fragen nach dem kulturellen Auftrag und der Rolle des Museums, das sich ja in öffentlicher Trägerschaft befindet. Sollte es so weit gehen, dass es „politische Fragen“ behandelt? Ist meine bewusst politische Darstellung legitim für eine Stadt wie Flensburg? Wo liegen die Grenzen des Museums? Was sind die Konsequenzen der Übertretung von Traditionen und präskriptiven Paradigmen der Repräsentation? Ist das Museum verpflichtet, durch die Installation seinen Charakter zu ändern, um der politischen Agenda zu entsprechen? Schließlich: Ist der absichtlich politische Schub der Ausstellung zu gewagt?

Nannette Jacomijn Snoop, Direktorin der Staatlichen Sammlungen Sachsen und eine Sprecherin bei einem der im Projekt „Fellowship International Museum“ veranstalteten Konferenzen, beobachtete die unklaren Zustände ebenfalls. Sie sagte: „Das ist das Unbehagen von Museen: Ethnographische Museen zum Beispiel arbeiten mit zeitgenössischen Künstlern, denn dann können sie ihre Türen für Unstimmigkeiten öffnen. Aber vielleicht könnten wir es auch mit unseren Besuchern machen ... mit unseren eigenen Mitarbeitern. Wir haben die Möglichkeit, die Meinungsverschiedenheit zu institutionalisieren.“²²

Auch Dr. Paul Goodwin, Direktor des Centre for Transnational Art, Identity and Nation an der University of Arts in London, ein weiterer Keynote-Sprecher des Projekts „Fellowship Internationales Museum“ verglich die paradoxe Rolle des Museums bei der Festlegung der Agenda für das kritische Engagement mit dem Prozess der Wissensherzeugung. Dass „es alternative Perspektiven gibt und sie nicht neu sind ... die sich entdecken, um den Geist zu entkolonisieren, die Universität zu entkolonisieren, das Museum zu entkolonisieren. Also eine entkolonisierende Perspektive, so denke ich, bietet eine andere Möglichkeit, eine, die sich mehr auf die Strukturen der Macht konzentriert und dominante Strukturen und Hierarchien neu überdenkt und herausfordert und dazu führt,

anders zu handeln.“²³

Unbestreitbar ist der Prozess des wahrhaftigen Sprechens über Macht so lohnend, wie er schmerzlich und frustrierend ist. LaVaughn Belle, Künstlerin und Erzieherin aus St. Croix, drückte diese Angst in folgenden Sätzen aus:

„Das Problem ist: Wie bekommt man Menschen in einen Raum, wo sie es sehen können? Und das ist der Teil, von dem ich hoffe, ihn ein bisschen besser herauszufinden, weil wir alle diese Debatten mit Menschen haben, wo man nur müde wird! Ich bin es müde zu versuchen, Ihnen zu erklären, wie sie von einem System profitieren, das ihre Vorfahren geschaffen haben und es immer noch weh tut und tatsächlich die Tatsache, dass sie es nicht sehen, sollte auch ihnen zeigen, dass es dort auch einen Schmerz gibt für dich. Sie haben auch einige Probleme, aber nur, weil sie materiell mehr profitieren könnten, vielleicht ist das ein Schleier für sie, ich bin mir nicht sicher. Ich versuche immer noch zu verstehen, warum. Ich vermute, du kannst es doch verstehen; wegen der Vorteile, die Leute wollen nicht ihre Meinung verlagern, um ein wenig anders zu verstehen. Es ist hart, denn plötzlich musst du fragen, was du vielleicht aufgeben musst oder was du verschieben musst und dich um deiner selbst willen verändern musst oder was du über dich selbst gedacht hast, das ist nicht wahr.“

Trotz der großen Chance, die mir dieses Stipendium eröffnet hat, muss ich zugeben, dass es auch für mich schmerzhaft war, das psychische Terrain der Kolonialnostalgie und der Amnesie in Europa zu durchschreiten. Die dauerhafte Wirkung der Maafa hat zu einem weitverbreiteten Verlust der afrikanischen Identität und sozialer Entstellung geführt. Die Verwendung von Bleichcremes ist ein Beispiel, wie eurozentrische Schönheitsnormen nachgeahmt werden.“²⁴

Die Praxis des afrikanischen Selbsthasses kann direkt auf die koloniale Praxis psychosozialer Gewaltmechanismen zurückgeführt werden, die die Afrikaner absichtlich von positiven Selbstkonzepten loslöste. In Anbetracht der schlimmen Umstände, in denen sich Afrikaner als Ergebnis dieses kolonialen Erbes befunden haben, erklärten die Vereinten Nationen eine internationale Dekade für Menschen afrikanischer Abstammung (2015 bis 2024) unter den Themen Anerkennung, Gerechtigkeit und Entwicklung, um die verankerten Nachteile, die die Afrikaner aufgrund des ihnen gegenüber begangenen rassistischen Terrors und ihrer Nachwirkungen erlitten haben, zu kurieren.

Die allgemeinen Ziele dieser Dekade sind: Förderung der Achtung, des Schutzes und der Erfüllung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch Menschen afrikanischer Abstammung, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte anerkannt sind. Dieses Hauptziel kann durch die vollständige und wirksame Umsetzung der Durban-Erklärung und des Aktionsprogramms, des Ergebnisdokuments der Durban-Überprüfungskonferenz 6 und der politischen Erklärung zur Erinnerung an den zehnten Jahrestag der Annahme der

Durban-Erklärung und des Aktionsprogramms 7 erreicht werden und durch den allgemeinen Beitritt oder die Ratifizierung und vollständige Umsetzung der Verpflichtungen, die sich aus dem Internationalen Übereinkommen über die Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung und anderen einschlägigen internationalen und regionalen Menschenrechtsinstrumenten ergeben.²⁵

Zusammenfassung

Es ist kein Zufall, dass die Mitglieder der Europäischen Union, in der die frühere Kolonialpolitik einzelner Mitgliedsstaaten die brutalen Verbrechen der Maafta verursacht haben, sich weigern, die Verantwortung für diese Vergehen gegen die Menschlichkeit zu übernehmen. Sie sind sich bewusst, dass sie, wenn sie sich entschuldigen, gehalten sind, Wiedergutmachung zu leisten. Im Jahr 2013 haben die Regierungschefs der karibischen Gemeinschaft (CARICOM) die karibische Bewegung der gerechten Reparation ins Leben gerufen und zwar unter der Leitung des Vizekanzlers der Universität der westindischen Inseln, Sir Hilary Beckles. Sie entwickelten einen Zehnpunkteplan, der die Forderungen der Region nach einer Übergangsgerechtigkeit klar definiert. Der Plan skizziert den Weg zur Versöhnung und Gerechtigkeit für die Opfer von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ihrer Nachkommen.²⁶ Er fordert:

- Eine vollständige formale Entschuldigung, im Gegensatz zu den „Aussagen von Reue“, die einige Nationen ausgestellt haben. Reparation, einerseits unter Hinweis auf das gesetzliche Recht der Nachkommen von mehr als 10 Millionen Afrikanern²⁷, die aus ihren Häusern gestohlen wurden und mit Gewalt als versklavtes Eigentum oder bewegliches Hab und Gut in die Karibik transportiert wurden und andererseits um in ihre Heimat zurückzukehren.
- Ein Programm der indigenen Völker zur Rehabilitation von Überlebenden.
- Kulturelle Einrichtungen, durch die die Geschichten von Opfern und ihren Nachkommen erzählt werden können.
- Aufmerksamkeit auf die Krise öffentlicher Gesundheit in der Karibik: Die Karibik hat die „höchste Inzidenz von chronischen Krankheiten, die aus der Ernährungsferfahrung, der emotionalen Brutalität und den gesamten Stressprofilen, die mit der Sklaverei, dem Völkermord und der Apartheid verbunden sind, entspringt“.
- Beseitigung des Analphabetentums, da die schwarzen und indigenen Gemeinschaften in einem besonders von den Briten verursachten Zustand des Analphabetentums verbleiben.
- Ein afrikanisches Wissensprogramm, um die Menschen afrikanischer Abstammung über ihre Wurzeln aufzuklären.
- Psychologische Rehabilitation zur Wiedergutmachung an den afrikanischen

Nachkommenspopulationen

- Technologietransfer für mehr Zugang zur weltweiten Wissenschafts- und Technologiekultur
- Schuldenstreichung, um die „fiskalische Klemme“ anzusprechen, die sich karibischen Regierungen stellt, die aus der Sklaverei und dem Kolonialismus hervorgegangen sind.

Die Ausstellung „Rum, Schweiß und Tränen“ wird daher durch eine Übergangsjustiz-Agenda angetrieben. Die unvollendeten Umwälzungen von Emanzipierung sind das ultimative Ziel meines Beitrags zur Erweiterung der Ansicht von dem, was das dänische Reich für Afrika, die Karibik und Flensburg bedeutete. Das Ziel der afrikanischen Selbstbestimmung ist durch systematische Unterwerfung gestört worden und, obwohl wir seit der Maafa weit gekommen sind, ist es nicht annähernd weit genug. In letzter Instanz, um Karl Marx zu paraphrasieren, setzt die politische Ökonomie der Identitätspolitik voraus, dass wir den Diskurs übersetzen und die Strukturen der Macht re-konstituieren müssen, oder, wie Frederick Douglass es ermutigend ausgedrückt hat: „Macht gibt nicht ohne Nachfrage auf!“

Übersetzung: Frederike Marie Oschinsky

Anmerkungen

- 1 P. Nielsen, „Enslaved Africans in Denmark and the Quest for Freedom“, in: Arnold R. Highfield and George F. Tyson (Hg.), *Negotiating Enslavement: Perspectives on Slavery in the Danish West Indies*, Antilles Press, St. Croix, United States Virgin Islands 2009, S. 119 ff.
- 2 Obwohl die arabische und euro-amerikanische Kolonisation der Afrikaner auch zu einer Verwüstung oder Verwahrlosung der Afrikaner auf dem Kontinent und zu der Diaspora beigetragen hat, wird diese Dimension der Kolonialerfahrung in diesem Projekt nicht angesprochen.
- 3 Interview am 13. August 2016.
- 4 Interview am 13. August 2016.
- 5 Interview 2017.
- 6 Interview 2017.
- 7 Imana Tafari-Ama, *Historical Sociology of Beauty Practices: Internalised Racism, Skin Bleaching and Hair Straightening in Notions of Beauty and Sexuality in Black Communities in the Caribbean and Beyond*, Arawak Publications, Kingston; Resource Publications, Eugene, Oregon 2016.
- 8 <http://izquotes.com/quote/304729>, abgerufen am 28. August 2017.

- 9 Zum Begriff der Nutzung des Begriffs Holocaust für die Massenvernichtung dunkelhäutiger Afrikaner durch die Sklaverei vgl. z. B.: Naiwu Osahon: The black Holocaust. Obobo Books, 1994.
- 10 John Henrik Clarke, Africa before Slavery, <https://www.youtube.com/watch?v=Qfxhsk2EiA&t=1274s>, abgerufen am 7. März 2017.
- 11 J. A. Bastian. J. A., Owing Memory: How a Caribbean Community Lost its Archives and Found Its History, Libraries Unlimited, Westport, Connecticut, and London 2003, S. 11.
- 12 72 Teilnehmer kamen von den amerikanischen Jungferninseln, 31 aus Ghana und 41 aus Flensburg. Es ist bemerkenswert, dass auch nach der Eröffnung der Ausstellung weiterhin Interviews stattfanden. Diese wurden für die Aufnahme in die Website-Datenbank genutzt.
- 13 Nach: F. Freire, Pedagogy of the Oppressed, Penguin, London 1972.
- 14 W. Rodney, How Europe Underdeveloped Africa? Bogle L'Ouverture Publications, London and Tanzanian Publishing House, Dar-es-Salaam, Transcript from 6th reprint, 1983, <http://abahlali.org/files/3295358-walter-rodney.pdf>, abgerufen am 9. October 2016; A. M. Acharya, M. Sen. Blackwell Explaining Attitudes from Behavior: A Cognitive Dissonance Approach, <http://scholar.harvard.edu/files/msen/files/cognitive-dissonance-theory.pdf>, abgerufen am 8. Oktober 2016.
- 15 Acharya, ebd.
- 16 [https://de.wikipedia.org/wiki/Christiansborg_\(Accra\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Christiansborg_(Accra)), eingesehen am 12. 9. 2017.
- 17 Hierzu und zum Folgenden: Interview durchführt im Januar 2017.
- 18 Karen Olwig, Cultural adaption and Resistance on St. John. Three centuries of Afro-Caribbean Life, Gainesville Florida, 1985, S. 23 f. Sie erwähnt allerdings nicht, dass die Verwendung des Terminus „Sklave“ durch den Akwamus fragwürdig ist, was den Wert des indigenen Wissens anzeigt, auch kritischen Perspektive darzustellen, was von diesem Autor ausdrücklich befürwortet wird.
- 19 Für die Menschen, die dort seit vielen Jahrhunderten lebten, war diese Welt jedoch nicht neu.
- 20 Elizabeth Rezende, The manumission process in the Danish West Indies, 1800-1848, in: Highfield, Tyson (Hg.), a. a. O., S. 143 ff., S. 147.
- 21 Dazu: Preben Ramløv: Massa Peter. Abenteuer in Westindien, Wien 1996 sowie: https://de.wikipedia.org/wiki/Peter_von_Scholten, eingesehen am 13. 9. 2017.
- 22 <http://www.fellow-me.de/termine/designing-ethics-uber-das-richtige-das-falsche-und-das-dazwischen/>, abgerufen am 26. August 2017.
- 23 <http://www.fellow-me.de/termine/shifted-objects-postkoloniale-praktiken-in-museen/>, abgerufen am 26. August 2017.
- 24 Hierzu: Tafari-Ama, a. a. O.
- 25 http://www.un.org/en/events/africandescentdecade/pdf/A.RES.69.16_IDPAD.pdf, abgerufen am 15. September 2015.

- 26 <http://caricomreparations.org/caricom/caricom-10-point-reparation-plan/>, abgerufen am 28. August 2017.
- 27 Dies ist weder eine genaue Bilanzierung der Zahl der Afrikaner, die während der Maafa gehandelt wurden, noch die Anzahl der lebenden Nachkommen. Schätzungen von Personen, die während der Versklavung versendet werden, reichen von 12,5 Millionen bis zu zweihundert Millionen (die letztgenannte Statistik wird von dem bekannten Historiker Dr. John Henrik Clarke als eine genauere Darstellung des Ausmaßes des Maafa-Traumas angeboten).

Abbildungsnachweise:

Abb. 1, 2, 5, 6: Imani Tamira-Ama

Abb. 3: <httpsde.wikipedia.org/wiki/%C3%A4nisch-Westindien>

Abb. 4: [https://de.wikipedia.org/wiki/Christiansborg_\(Accra\)#/media/File:Christiansborg_Castle2.jpg](https://de.wikipedia.org/wiki/Christiansborg_(Accra)#/media/File:Christiansborg_Castle2.jpg)

Minderheitenpädagogik in der Grenzregion

von CAMILLA HANSEN

Über die besonderen Anforderungen des Unterrichts an den Schulen der Minderheiten nördlich und südlich der Grenze legte Camilla Hansen unlängst ihre Dissertation mit dem Titel „Mindretalspædagogik i praksis – en undersøgelse af mindretalspædagogikken i Nord- og Sydslesvig“ vor. In ihrer Untersuchung stellte sie u. a. fest, dass die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler von Haus aus eine andere Muttersprache hat, und die Sprache, in der sich der Unterricht dort üblicherweise vollzieht, erst erlernen muss. Mit Beispielen aus dem pädagogischen Alltag der Lehrkräfte verdeutlicht sie, dass diese vor großen Herausforderungen stehen. Auch wenn sie gut ausgebildet seien, so seien sie auf der anderen Seite auf die Besonderheit des Sprachunvermögens der Kinder nicht genügend vorbereitet. Für die Grenzfriedenshefte hat die Verfasserin, die am Ende ihres Beitrags einige Empfehlungen für eine auf diese Situation reagierende und sie verbessernde Minderheitenpädagogik gibt, ihre Ergebnisse in kurzer Form vorgestellt.

Die Redaktion

In diesem Artikel werden einige der zentralen Ergebnisse meiner Dissertation zusammengefasst. Dabei wird zunächst auf die institutionellen Rahmenbedingungen der Bildungsinstitutionen der Dänischen und Deutschen Minderheit in Süd- und Nordschleswig eingegangen. Anschließend werden exemplarisch vier Beispiele für die Unterrichtspraxis aufgeführt. Die Daten hierfür wurden in Verbindung mit Unterrichtsbeobachtungen und Interviews erhoben. Da die Unterrichtspraxis beider Minderheiten aus wissenschaftlicher Perspektive bisher noch nicht dargestellt worden ist, lassen sich aus den Resultaten meiner Forschung und den in diesem Artikel aufgeführten Beispielen Vorschläge für die weitere Arbeit der Schulvereine der beiden Minderheiten ableiten, auf die am Ende eingegangen wird.

Einleitung

Die Bildungsinstitutionen der Deutschen und Dänischen Minderheiten sind eine Besonderheit in unserer Grenzregion. Diese tragen in bedeutsamer Weise dazu bei, dass sich die Minderheiten reproduzieren, oder anders ausgedrückt: Ohne diese Institutionen gäbe es keine Minderheiten. In ihnen werden die Minderheitensprachen und die Minderheitenkultur gelehrt, gelernt und gelebt.

Um die pädagogische Praxis der Minderheiten verstehen zu können, ist es zunächst notwendig, sich deren institutionelle Rahmenbedingungen anzuschauen. Dies ist mit der Tatsache verbunden, dass Institutionen, als überindividuelle Instanzen, das individuelle Handeln des einzelnen beeinflussen. Ein zentrales Merkmal von Institutionen ist nämlich, dass sie das Verhalten der Menschen so sozialisieren, dass sie den Normen entsprechen, die in den jeweiligen Institutionen gelten. Der deutsche Soziologe und Philosoph Arnold Gehlen beschreibt dieses Phänomen wie folgt: „Die Formen, in denen die Menschen miteinander leben oder arbeiten, [...] gerinnen zu Gestalten eigenen Gewichts, den Institutionen, die schließlich den Individuen gegenüber etwas wie eine Selbstmacht gewinnen, so dass man das Verhalten des Einzelnen in der Regel ziemlich sicher voraussagen kann, wenn man weiß von welchen Institutionen er eingefasst ist.“¹ Durch Kenntnisse über die Institutionen, in denen die Akteure leben und arbeiten, wird es somit möglich, das Handeln des Einzelnen vorherzusagen. Institutionen bilden einen Rahmen für Praxis und Handeln, welche hierdurch verständlich werden. Im Folgenden werden daher auf einige zentrale Rahmenbedingungen unter denen Lehrer und Lehrerinnen an Minderheitenschulen arbeiten, hingewiesen.

Rahmenbedingungen der Bildungsinstitutionen der Deutschen und Dänischen Minderheiten

In Nordschleswig gibt es 21 Kindergärten, 14 Schulen und ein Gymnasium in denen sich ungefähr 2.100 Kinder und Jugendliche befinden und sich hier mehr oder weniger bewusst zur Mitgliedschaft in der deutschen Minderheit bekennen. Als Pendant hierzu gibt es in Südschleswig 59 Kindergärten und Kindertagesstätten, 44 Schulen und zwei Gymnasien, in denen sich ca. 8.100 Kinder und Jugendliche in irgendeiner Form der dänischen Minderheit zugehörig fühlen. Die Bildungsinstitutionen der deutschen Minderheit werden vom Deutschen Schulverein für Nordschleswig (DSSV) getragen, während für die die Bildungsinstitutionen der dänischen Minderheit der Dansk Skoleforening for Sydslesvig als Träger fungiert. Unterrichtssprache an diesen Bildungsinstitutionen ist die jeweilige Minderheitensprache. Allerdings hat die Mehrheit der Schüler hier nicht die Minderheitensprache als Muttersprache.



Abb. 1 Zwei Sprachen, zwei Kulturen – das Motto des Deutschen Schul- und Sprachvereins, hier an der Deutschen Schule Sonderburg

Ziel beider Schulvereine ist es, ihren Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, die Minderheitensprache zu erlernen und sprechen sowie in der besonderen Minderheitenkultur leben zu können. In diesem Zusammenhang weisen beide darauf hin, dass die Bildungseinrichtungen der Minderheiten nicht als Alternativen zu Mehrheitsschulen anzusehen sind, sondern als öffentliche Institutionen für Mitglieder der Minderheiten betrachtet werden müssen.² Dies hängt damit zusammen, dass sowohl Dänemark als auch Deutschland sich durch die Ratifizierung der Kopenhagen-Bonner Erklärungen von 1955 dazu verpflichtet haben, Mitgliedern der Minderheiten die Möglichkeit zu geben, in ihren jewei-

ligen Minderheitensprachen unterrichtet zu werden. Sowohl der DSSV als auch Dansk Skoleforening erfüllen somit eine öffentliche Aufgabe, indem sie den Schutz nationaler Minderheiten im Bildungsbereich sichern. Wenn keine Minderheitenschulen existieren würden, wären nämlich sowohl Dänemark als auch Schleswig Holstein dazu verpflichtet, Schulen anzubieten, in denen die Minderheitensprachen unterrichtet werden.³

Finanziell sind die beiden Schulvereine sowohl von Dänemark als auch von Deutschland abhängig. Dies ist eine Grundvoraussetzung für deren Arbeit und impliziert auch, dass sie konstant im Interessenbereich der beiden Länder, der Institutionen und der für sie tätigen Akteure agieren müssen. Um die finanzielle Unterstützung zu erhalten, sind beide fortlaufend dazu gezwungen, ihre Arbeit und ihre Existenz zu legitimieren. Als Bildungsinstitutionen der Minderheiten geht es für sie also darum, einerseits ein pädagogisches Vakuum zu füllen und andererseits die politisch-ideologischen Interessen der Minderheiten zu vertreten und zu wahren.

In diesem Zusammenhang wird immer wieder die Mitgliedschaft sowohl der Eltern als auch der Kinder, die keinen Minderheitenhintergrund haben, in Frage gestellt. Die Diskussion dreht sich dabei hauptsächlich um deren Sprachvermögen und die Motivation zum Erlernen der jeweiligen Sprache. Da, wie bereits erwähnt, ein großer Teil der Schüler nicht die Minderheitensprache als ihre Muttersprache hat, die Minderheitensprache wenig oder gar nicht zu Hause gesprochen wird, wird oft hinterfragt, ob diese Kinder überhaupt zum Besuch einer Minderheitenschule berechtigt sind. Zu den in diesem Zusammenhang diskutierten Fragen gehören unter anderem, auf welchem Niveau die Kinder in der Lage sein sollten, die Minderheitensprache zu sprechen, und ob Kinder, die ansonsten keinen Bezug zur Minderheit haben, wenn sie in den Bildungsinstitutionen anfangen, überhaupt als vollwertige Mitglieder der Minderheit angesehen werden können. Letztere Frage ist übrigens eine Frage, die auch in anderen nationalen wie nicht-nationalen Minderheiten diskutiert wird.⁴

Der sprachliche Hintergrund der Schüler

Da viele Eltern zu Hause mit den Kindern nicht die Minderheitensprachen sprechen, sind die Institutionen der Minderheiten oft der wichtigste Ort, an dem die Kinder mit der Minderheitensprache in Berührung kommen. Der sprachliche Hintergrund der Schüler bildet daher einen äußerst wichtigen Rahmenfaktor im pädagogischen Alltag der Lehrer. Die Resultate der quantitativen Umfrage, die in Verbindung mit meiner Dissertation durchgeführt wurden, zeigen dies deutlich. Hier wurden alle Lehrer an sowohl den dänischen wie den deutschen Minderheitenschulen befragt.⁵ In diesem Zusammenhang antworteten 81 %

der Lehrer der deutschen Minderheit, dass die Mehrheit der Schüler, die sie unterrichten, nicht Deutsch als ihre Muttersprache hat. An den dänischen Minderheitenschulen lag der Anteil nach Auskunft der befragten Lehrer mit 97 % noch höher.

Der Großteil der Kinder, die die Bildungsinstitutionen der Minderheiten besuchen, wächst somit sukzessiv zweisprachig auf – sie lernen ihre Zweitsprache im Alter von zwei bis sechs Jahren.⁶ Darüber hinaus gibt es eine Anzahl von Schülern, die simultan zweisprachig sind, d.h. dass sie von Geburt an zweisprachig aufwachsen. Letztlich gibt es einen geringen Anteil von Schülern, die weder Deutsch noch Dänisch sprechen, wenn sie an Bildungsinstitutionen der Minderheiten anfangen. Für die Lehrer an den Minderheitenschulen hat dies die unweigerliche Konsequenz, sich auf pädagogischer Ebene tagtäglich mit der Zweisprachigkeit der Schüler auseinanderzusetzen und damit umzugehen. Zudem zeigt die Umfrage, dass ungefähr 40% der Lehrer/innen der Minderheitenschulen auf Grund des sprachlichen Hintergrunds der Schülerinnen und Schüler soziale bzw. fachliche Probleme in der Klasse erlebt haben. Darüber hinaus geben etwa 30 % an, dass der sprachliche Hintergrund der Schüler/innen sie daran gehindert hat, ihren Unterricht wie geplant durchzuführen.⁷ Diese Zahlen zeigen, dass es für Lehrer an einer Minderheitenschule nicht genügt, über fachliches Wissen zu verfügen und dieses den Schülern zu vermitteln, sondern dass man hier gleichzeitig auch immer als Sprachlehrer agieren muss. Diese Tatsache wurde durch die Videoobservationen und Interviews, die ich mit Lehrern aus beiden Minderheiten durchgeführt habe, deutlicher. Anhand von vier Personen und deren Unterrichtspraxis, werde ich im Folgenden auf einige der zentralen Aspekte des Unterrichts an den von mir untersuchten Minderheitenschulen, eingehen. Bei den Beispielen handelt es sich um die Deutschlehrerinnen Bettina, Kathrin und Pia⁸, die alle drei an deutschen Minderheitenschulen unterrichten und um Karla, die Dänischlehrerin an einer dänischen Minderheitenschule ist.

Bettina

Ich beobachtete Bettina dabei, wie sie einigen Schülern einer 6. Klasse an einer Deutschen Minderheitenschule Förderunterricht gab. Der Förderunterricht ist ein besonderes Angebot für Schüler/innen, die nur sehr begrenzte bzw. gar keine Deutschkenntnisse haben. An der Schule, an der Bettina unterrichtet, gibt es viele Quereinsteiger, die erst spät in ihrer schulischen Karriere auf eine deutsche Schule gewechselt sind.

Bettina ist eine erfahrene Lehrerin, die sich seit vielen Jahren ausgiebig mit dem Spracherwerb und den Sprachkompetenzen ihrer Schüler beschäftigt

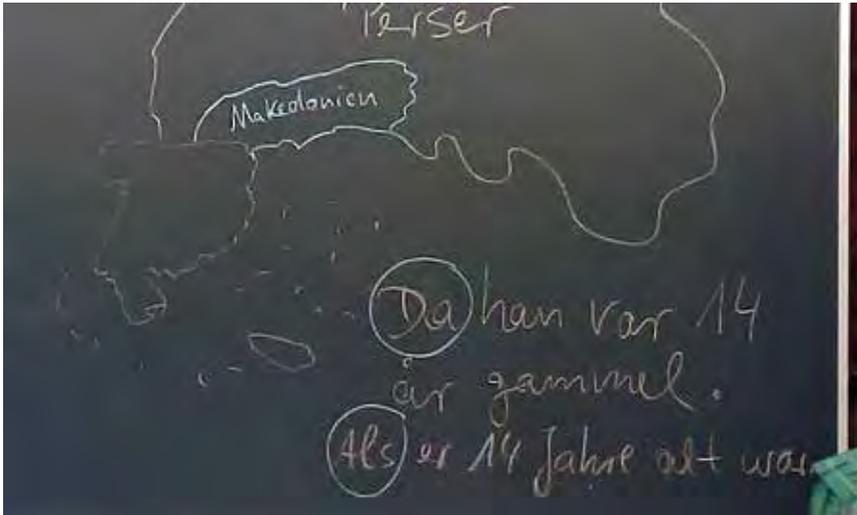


Abb. 2 Beispiel für einen kontrastiven Unterricht mit dem Satz: „Da han var 14 år gammel.“ – „Als er 14 Jahre alt war.“

hat. Obwohl sie weder eine formelle noch eine theoretische Weiterbildung in Bezug auf Zweisprachigkeitsdidaktik abgeschlossen hat und ausdrücklich darauf verweist, dass ihre Art, Sprachenunterricht durchzuführen, ausschließlich Resultat ihres „Bauchgefühls“ ist, wendet sie intuitiv eine Reihe von Methoden an, die aus sprachdidaktischer Sicht auf den Zweitsprachenerwerb von Schülern, positiven Einfluss haben können. Wie die folgende Sequenz zeigt, praktizierte Bettina unter anderem kontrastierenden Unterricht. Die Schüler wurden im Voraus darum gebeten, Informationen über Alexander den Großen einzuholen, und Marek soll nun aus seinem Text vorlesen.

Marek: Wer war Alexander? Er hätte ein großes Heer. Er hätte ein Heer in Makedonien. Alexander würde Sohn von der König Philip. Als Alexander wurde von seiner Mutter erzogen. Er hat Geometrie gelernt und Musik. Da Alexander 14 Jahre alt war bekümmert sein Vater sich vor ihm.

Bettina: Den letzten Satz habe ich nicht ganz verstanden. Lies den letzten Satz nochmal vor.

Marek: „Da Alexander 14 Jahre alt war, bekümmert sein Vater sich mehr und mehr [...]

Bettina: [...]. Das dänische Wort "da", "Da han var 14 år", wie heißt das auf Deutsch? [...].

Axel: Als er 14 war?

Bettina: Super, das müsst ihr aufschreiben [Schreibt an die Tafel]

Der Vergleich von Dänisch und Deutsch, wie Bettina ihn in obiger Sequenz betreibt, trägt aus sprachtheoretischer Perspektive dazu bei, ihre Schüler auf Unterschiede zwischen beiden Sprachen aufmerksam zu machen. Im kontrastierenden Sprachunterricht ist der Ausgangspunkt das vorhandene Wissen der Schüler und ihre Kenntnisse in der Muttersprache. Dieses Wissen wird verwendet, um Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen der Muttersprache und der zu erlernenden Sprache hervorzuheben. Die Grundidee hierbei ist, dass die Muttersprache der Schüler eine wichtige Ressource ist, die positiv zum Lernen der Zweitsprache beitragen kann und dass das sprachliche Bewusstsein der Schüler durch den Vergleich erhöht wird. Ziel ist es, die Schüler zu bewussten Sprachproduzenten zu machen.⁹

Weil Bettinas Sprachunterricht jedoch auf einem habitualisierten, praxisbasierten Wissen beruht, ist ein Teil ihres Unterrichts durch mangelnde theoretische Grundlagen gekennzeichnet. Ein theoretischer Überbau in Form von grundlegendem Wissen darüber, wie zweisprachige Kinder am besten unterrichtet werden, könnte in diesem Zusammenhang dazu beitragen, Bettinas Unterricht noch weiter zu verbessern.

Kathrin

Auch Kathrins Fall zeigt, dass ihre Lehrmethoden weitgehend auf habitualisiertem Praxiswissen beruhen. Dies kommt unter anderem dadurch zum Ausdruck, dass es ihr schwer fällt, die sprachlich-didaktischen Strategien zu erklären, die sie mit ihrem Sprachunterricht verfolgt. Als Kathrin in Verbindung mit einem Interview danach gefragt wurde, wie sie die Strategien erworben hat, die sie beim Sprachenunterricht nutzt, antwortet sie: „Ich glaube es hat sich [...] entwickelt. Ein bisschen ist es aus dem Bauch heraus, aber es hat sich auch entwickelt.“ Auch dieser Fall zeigt, wie sehr Bauchgefühl und pragmatisches Wissen die Grundsteine des Sprachenunterrichts an den Minderheitenschulen sind. Dies hat mehrere Konsequenzen; z. B. kommt dieses durch die Unterrichtspraxis erworbene Wissen nicht der Gemeinschaft zu gute. Ein Erfahrungsaustausch über geeignete Methoden für den Unterricht zweisprachiger Kinder wird dadurch schwierig. Ein anderer interessanter Aspekt, der in Verbindung mit Kathrins

Unterrichtsbeobachtung deutlich wurde, ist ihr ausgeprägtes „monolinguales“ Verhalten, d. h. ein Verhalten, dass sich ausschließlich an einer Sprache, in diesem Fall an der Minderheitensprache, orientiert.¹⁰ Im Gegensatz hierzu bezieht etwa Bettina die Muttersprache der Kinder in ihrem Unterricht ein. Im Verlauf von Kathrins Unterricht wird deutlich, dass sie nur Deutsch mit ihren Schülern spricht, ohne Dänisch miteinzubeziehen. Darauf angesprochen erklärt sie, dass sich die beiden Sprachen je nach Situation bei den Schülern aktivieren bzw. deaktivieren *lassen*:

Interviewer: Und dann sagtest du, du lehnt es generell ab im Unterricht Dänisch zu sprechen?

Kathrin: Nein, nicht generell, das hört sich so hart an, aber eigentlich ja. Denn es ist so – es passiert ganz schnell, dass die Kinder Dänisch sprechen. Das geht so schnell, dass sie Dänisch denken, und ich bin froh, wenn ich sie alle habe und sie im Kopf auch alle Deutsch haben und dann ist es wirklich gefährlich, in Anführungsstrichen mit Dänisch zu kommen.

Aus sprachdidaktischer Sicht lässt sich ein solches monolinguales Verhalten diskutieren. Auch aktuelle Forschungen weisen darauf hin, dass Menschen, die mehrere Sprachen sprechen, in ihrer Sprachausübung nicht getrennte sprachliche Systeme nutzen, sondern aus einem sprachlichen Repertoire schöpfen.¹¹ In Kathrins Fall kann man somit von einer Form von monolingualem Verhalten sprechen, das – wie aus der Untersuchung hervorgeht – in den Minderheiten teilweise noch weit verbreitet. Da die Frage, wieviel und wann die Muttersprache der Schüler/innen im Unterricht genutzt werden darf, noch nicht geklärt ist, wird hier häufig ein restriktives monolinguales Sprachverhalten praktiziert, das aus soziolinguistischer Perspektive kontraproduktiv für die Identitätsbildung der Schüler sein kann.

Karla

Karla ist Dänischlehrerin an einer dänischen Minderheitenschule. Sie legt besonderen Wert darauf, dass alle Kinder in jeder Unterrichtssituation Dänisch sprechen. Im Interview erklärt sie, dass es für sie wichtig sei, dass alle Kinder gesehen und gehört werden: „Ich denke, es ist sehr wichtig, dass alle Kinder sprechen. [...] sie sollen das Gefühl haben, dass sie in einem Raum sind, wo sie sprechen können [...] Deshalb müssen alle Kinder etwas sagen. Sie sollen das Gefühl haben, dass sie gesehen und gehört werden [...] und jeder soll sich trauen etwas zu sagen. Gerade hier bei uns ist das wichtig. Sie sollen wissen:

„Es ist okay, dass du so sprichst wie du kannst““

Um dies zu gewährleisten, wendet Karla verschiedene Methoden an. Unter anderem versucht sie ausgehend von der natürlichen Neugier der Kinder, deren Interesse und Engagement zu wecken, indem sie authentische Beispiele aus deren Alltag in den Unterricht mit aufnimmt, so dass die Kinder motiviert werden zu sprechen. Im Interview weist Karla allerdings auf eine besondere Herausforderung hin, auf die man als Lehrer an einer Minderheitenschule stößt: Vielen Kindern fehlt ein ausreichender Wortschatz in der Minderheitensprache, so dass es für den Lehrer schwierig ist, einen „normalen“ Unterricht durchzuführen. Ihre Einschätzung stimmt damit überein, dass - wie bereits erwähnt - 30 % der Lehrer beider Minderheiten in der Umfrage darauf hingewiesen haben, dass der Mangel an den sprachlichen Fähigkeiten der Kinder sie daran hindern würde, den Unterricht wie geplant durchzuführen. Um den Schülern einen ausreichenden und nuancierten Wortschatz beizubringen, sind gerade an Minderheitenschulen viele Situationen erforderlich, in denen die Schüler die Minderheitensprache dialogisch nutzen können.

Pia

Im Gegensatz zu Karlas Unterricht ist der von Pia, die an einer deutschen Minderheitenschule arbeitet, weitestgehend durch Monologe und durch eine lehrerzentrierte Didaktik gekennzeichnet. Die Interaktionen zwischen Lehrer und Schüler sind dadurch charakterisiert, dass der größte Teil des Unterrichts als klassischer Frontalunterricht abgehalten wird. Jeglicher kommunikativer Austausch in der Klasse wird von Pia dominiert. Dies zeigt sich beispielhaft in folgender Sequenz, in der Pia einige Zettel vorbereitet hatte, auf denen sie die Namen ihrer Schüler notiert hat. Wenn sie eine Frage stellte, zog sie einen dieser Zettel und gab damit vor, wer die Frage beantworten sollte. Konkret ging es hier um die Länge von Delphinen.

Pia: Magnus

Magnus: 3 Meter.

Pia: Was?

Magnus: De er tre meter (Magnus antwortet auf Dänisch)[...]

Pia: Auf Deutsch.



Abb. 3 Ein weiteres Beispiel dafür, wie beide Sprachen in den Unterricht integriert werden können: Plakat des dänischen Alphabets inklusive des deutschen ß

Magnus: Sie sind drei Meter

Pia: Was? Hoch, lang, breit?

Magnus: Lang.

Pia: Sie sind drei Meter lang [schreibt dies an die Tafel]

Das obige Beispiel zeigt deutlich, dass hier kein nuancierter Dialog stattfindet, sondern stattdessen eine eher entmutigende Konversation. Pia fragt und Magnus gibt kurze Antworten. Als Magnus auf Dänisch antwortet, bittet sie ihn, es auf Deutsch zu wiederholen. Dieser Dialog ist ein Beispiel für eine klassische Lehrer-Schüler-Konversation, eine sogenannte Triade, die für den frontalen Unterricht charakteristisch ist. Es gibt keinen Spielraum für die Schüler, um kritische Fragen zu stellen, und es sind ausschließlich die Antworten des Lehrers, die korrekt sind.¹²

Pias Fall veranschaulicht beispielhaft, wie wichtig es in einem minderheitenpädagogischen Kontext ist, die besonderen Bedürfnisse der zweisprachigen Schüler zu berücksichtigen. Ein Unterricht wie dieser kann aus sprachpädagogischer

Sicht negative Auswirkungen haben, demotivieren und im schlimmsten Fall die Lust der Kinder unterminieren, die Zweitsprache zu sprechen und zu lernen. Ein monologischer und lehrerzentrierter Unterricht hat besonders dann negative Auswirkungen, wenn die Unterrichtssprache nicht die Muttersprache der Kinder ist, weil hierdurch die Kommunikationsmöglichkeiten der Schüler eingeschränkt werden. Für Schüler an einer Minderheitenschule hat dies insofern weitreichendere Konsequenzen, weil die Zeit, in denen sie die Minderheitensprache sprechen, ohnehin schon begrenzt ist. Pias Fall zeigt somit beispielhaft, dass es vor allem für Lehrer/innen an den Bildungsinstitutionen der Minderheiten wesentlich ist, grundlegende Aspekte eines „guten“ und die Kinder motivierenden Unterrichts zu kennen und Wissen darüber zu besitzen, welche didaktischen Maßnahmen beim Spracherwerb helfen können.

Empfehlungen

Wie bereits erwähnt lassen sich aus den genannten Beispielen einige Empfehlungen für die weitere Arbeit der Schulvereine ableiten. Wie meine Untersuchung gezeigt hat, verfügt der Großteil der Lehrer an den Minderheitenschulen über kein bzw. nur wenig theoretisch fundiertes Wissen darüber, wie man zweisprachige Kinder auf optimale Weise unterrichten kann. Obwohl sie sich durch praktische Erfahrungen weitestgehend die notwendigen Fähigkeiten angeeignet haben, um in einem minderheitenpädagogischen Kontext unterrichten zu können und die Schüler in ihrem Spracherwerb zu unterstützen, fehlt es oft an dem, was ich eine minderheitenpädagogische Professionalität nenne. Eine minderheitenpädagogische Professionalität umfasst ein theoretisches und praktisches Wissen, das sowohl Elemente der Zweisprachigkeitsdidaktik als auch der interkulturellen Didaktik kombiniert. Dieses Wissen sollte von dem historischen und kulturellen Kontext der Minderheiten ausgehen und diesen als zentralen Aspekt miteinbeziehen. Darüber hinaus ist es wichtig, dass man sich als Lehrer an einer Minderheitenschule regelmäßig reflexiv mit der eigenen Rolle als Minderheitenpädagoge auseinandersetzt - gerne im Austausch mit Kollegen. Der kollegiale Austausch ist zudem wesentlich, da, wie durch die Praxisbeispiele verdeutlicht, das erworbene Praxiswissen der Lehrer implizit und in hohem Maße an die einzelne Lehrperson geknüpft ist. Dies ist aus organisatorischer Perspektive misslich, denn falls dieser die Schule verlässt, kann wertvolles Wissen verloren gehen. Darüber hinaus erfordert es zusätzliches Engagement und Ressourcen von neuen Lehrern, um sich geeignete Methoden für einen guten Unterricht zu erarbeiten, Ressourcen die anderweitig besser genutzt werden könnten. Ein formalisierter kollegialer Austausch, bei dem es um Erfahrungsaustausch und das Sammeln von „best practice“ Beispielen geht, könnte hier

Abhilfe schaffen.

Für die Bildungsinstitutionen der Minderheiten wäre es daher von Vorteil, wenn die Lehrer sich zum einen durch Fort- und Weiterbildungen theoretisches Wissen aneignen könnten, das den Unterricht für zweisprachige Schüler optimiert. Zum anderen muss das implizite Wissen, das in den Minderheiteninstitutionen kursiert, in ein explizites Wissen umgewandelt werden – ein Wissen, das sowohl neuen als auch erfahrenen Lehrern von Nutzen sein kann. Diese Empfehlungen sind nur einige der in meiner Dissertation beschriebenen Vorschläge für Veränderungen. Deren Umsetzung kann vielleicht dazu beitragen, die gegenwärtigen, individuellen minderheitenpädagogischen Praktiken zu einer kollektiven und institutionalisierten minderheitenpädagogischen Praxis zu transformieren.

Anmerkungen

- 1 Arnold Gehlen, Anthropologische Forschung. Reinbek 1961, S. 71.
- 2 Dans Skoleforeningen for Sydslesvig, Rammebetingelser: <http://www.skoleforeningen.org/foreningen/rammebetingelser>, eingesehen am 20. Januar 2016].
- 3 Jørgen Kühl, Mindretalsmodel i krise. Dansk Skoleforening for Sydslesvig. Flensburg. 2012, S. 15.
- 4 Georg Gombos, Mit Babylon leben - Aspekte einer interkulturellen Mehrsprachigkeit, Klagenfurt, 2007.
- 5 In Nordschleswig haben 55 % der Lehrer an den deutschen Minderheitenschulen an der Umfrage teilgenommen, während dies auf 53 % der Lehrer an den dänischen Schulen in Südschleswig zutrifft.
- 6 B. McLaughlin, Second Language Aquisition in Childhood. Preschool Children. Hillsdale 1984, S. 10.
- 7 C. Hansen, Mindretalspædagogik i praksis – en undersøgelse af mindretalspædagogikken i Nord- og Sydslesvig, 2017.
- 8 Um folgende Informationen keinen bestimmten Personen zuordnen zu können, sind die Namen der Lehrer sowohl als auch der Schüler anonymisiert worden.
- 9 Vores Fælles Sprog, Kontrastivt perspektiv: http://vfs.dansk.nu/laerervejledning/kontrast_frameset.html, abgerufen am 5. 3. 2016.
- 10 O. Garcia, L. Wei, L. (2014). Translanguaging. New York 2014, S. 15.
- 11 Ebd. S. 15.
- 12 Gleichzeitig zeigt Pias Fall, dass es schwierig sein kann, mit traditionellen Unterrichtsmethoden zu brechen, denn im Interview erklärt sie, dass sie es sich als Ziel gesetzt hat, ihre Lehrmethoden in größerem Maße zu variieren und auch spielerische Elemente miteinzubeziehen. Eventuelle Versuche scheinen jedoch bisher erfolglos gewesen zu sein.

Grenzlandarbeit der Zukunft

14. Dialog des ADS-Grenzfriedensbundes

von VOLKER HEESCH

Auch nach dem Ausscheiden der ehemaligen Grenzland- und Minderheitenbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein Renate Schnack aus dem Vorstand des ADS-Grenzfriedensbundes wird die in den letzten Jahren maßgeblich von ihr betreute „Dialog“-Veranstaltungsreihe erfreulicher Weise fortgesetzt. Der 14. Dialog, geleitet durch die Vorsitzende des ADS-Grenzfriedensbundes, Frauke Tengler, fand in Kooperation mit dem Verband Deutscher Büchereien Nordschleswig im Alсион in Sonderburg statt. Dabei stellte der neue Minderheitenbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein Johannes Callsen die Schwerpunkte der neuen Landesregierung für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit vor. Anschließend referierte das Sonderburger Stadtratsmitglied Stephan Kleinschmidt über die bisherige Zusammenarbeit im Grenzland und formulierte Thesen, wie diese künftig aussehen könnte. Die Veranstaltung fand in den Printmedien großes Echo. Den im Folgenden wiedergegebenen Bericht aus dem Nordschleswiger vom 28. Oktober 2017 hat uns der Journalist Volker Heesch freundlicherweise zur Verfügung gestellt. Für die Grenzfriedenshefte wurden seine beiden Artikel leicht überarbeitet.

Die Redaktion

Bestandsaufnahmen, aber vor allem auch neue Perspektiven der deutsch-dänischen Zusammenarbeit im Grenzland haben während der 14. Dialogveranstaltung des ADS-Grenzfriedensbundes der Minderheitenbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein, Johannes Callsen (CDU) und das SP-Stadtratsmitglied in Sonderburg, Stephan Kleinschmidt, bei der von rund 50 Teilnehmern besuchten Veranstaltung präsentiert. Der Landtagsabgeordnete Callsen unterstrich, dass die neue Jamaika-Koalition von CDU, FDP und Grünen die auf breiter Grundlage im Landtag stehende Förderung der Minderheiten einschließlich der Unterstützung der deutschen Nordschleswiger fortsetzen werde. Callsen, der eingangs auf seine Herkunft aus Angeln hingewiesen hatte, wo er „in kultureller Vielfalt groß geworden ist“, unterstrich sein langjähriges grenzüberschreitendes Engagement bereits während seiner Zeit als Kreistagsmitglied, als vor 20 Jahren die Region Sønderjylland/Schleswig geschaffen worden ist. „Ich habe neues Interesse an deutsch-dänischer Kooperation im Krankenhausbereich im Grenzland festgestellt“,

sagte Callsen und regte an, dass man viel mehr über die Grenze hinweg zusammenarbeiten und voneinander lernen könnte und nannte als Beispiel die sowohl nördlich als auch südlich der deutsch-dänischen Grenze dringliche Förderung des ländlichen Raumes. „Wir haben in den vergangenen Jahren die Grenzen vor allem zwischen den Menschen abgebaut“, so Callsen, der im Zusammenhang mit seinem Bekenntnis zur Förderung der dänischen und friesischen Minderheit sowie der Sinti und Roma an den bevorstehenden 25. Jahrestag der Ratifizierung der Charta zum Schutz der Regional- und Minderheitensprachen durch Deutschland erinnerte. Der Minderheitenbeauftragte ging auch auf die aktuelle Situation in Europa ein, wo grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Minderheitenpolitik auch als Beitrag zur Friedenssicherung verstanden werden müsse. „Es ist unsicherer in Europa geworden“, meinte er und fügte hinzu: „Die Menschen sehnen sich nach Identität und Heimat. Dabei muss die Besinnung auf eigene Geschichte und Identität aber mit Weltoffenheit verbunden sein“, so Callsen und unterstrich, dass Förderung von Minderheiten nicht nur Kulturpolitik sei, sondern auch ein Zeichen, wie man Konflikte lösen kann.

Ein aktuelles Thema in der deutsch-dänischen Politik sollte ein gemeinsamer Einsatz für ein Nachfolgeprogramm für die 2020 auslaufende EU-INTERREG-Förderung sein, von dem die deutsch-dänische Region seit Jahrzehnten profitiere. „Ein gemeinsames Eintreten Deutschlands und Dänemarks halte ich auf diesem Gebiet für außerordentlich wichtig“, so Callsen und erinnerte an die neuen Bedingungen in der EU in Verbindung mit dem Austritt Großbritanniens aus der Union. Callsen schloss in seine Ausführungen den Wunsch ein, dass das besondere Jubiläum der Volksabstimmungen und der Grenzziehung 2020 „in der Fläche zu den Menschen“ gebracht werde. Und er unterstützte die von Stephan Kleinschmidt mitgetragene Initiative, das Jubiläum 2020 mit einer grenzüberschreitenden Gartenschau mit dem Schwerpunkt an der Flensburger Förde zu würdigen.

Das Stadtratsmitglied der Schleswigschen Partei in Sonderburg, Stephan Kleinschmidt, berichtete in seinem Vortrag über den neuesten Stand beim Projekt deutsch-dänische Gartenschau, das in neue Konzepte zur Pflege des Schlossgartens in Gravenstein ebenso hineinpasste wie in die umfassenden Vorbereitungen dänischer Ministerien und der nordschleswigschen Kommunen, das Grenzziehungsjubiläum 2020 zu würdigen. Die beteiligten Kommunen könnten die Gartenschau vor allem durch Finanzierung von Grünanlagen fördern, die dauerhaft in den Orten erhalten bleiben und vielfach ohnehin auf der Tagesordnung gestanden hätten. Er widmete seinen Vortrag aber auch dem bisherigen Verlauf der deutsch-dänischen Zusammenarbeit. Dabei verwies er als herausragenden Erfolg auf die kulturelle Partnerschaft, die als Projekt „People to People“ mit geringen Finanzmitteln angelaufen sei, aber bis heute unter der Bezeichnung „Kulturbrücke“, „Kulturdialog“ und aktuell als „Kurs Kultur“ mit einem Etat von 4,3 Millionen Kronen und



Abb. 1 Die Referenten in der Diskussionsrunde: Johannes Callsen (links) und Stephan Kleinschmidt (rechts) zusammen mit dem Vorsitzenden des Bundes Deutscher Nordschleswiger Hinrich Jürgensen und der Vorsitzenden des ADS-Grenzfriedensbundes Frauke Tengler

florierender Partnerschaft erkennen lasse, dass Nord- und Südschleswig, das alte Herzogtum, einen gemeinsamen Kulturraum bilden. Kleinschmidt forderte zudem neue Visionen, damit auch wirtschaftlich ein Wachstumsraum entstehen kann. Die Bewerbung Sonderburgs mit der gesamten Grenzregion zur europäischen Kulturhauptstadt 2017 habe trotz des letztlichen Scheiterns gezeigt, dass es funktioniert. Und zur Region Schleswig-Sønderjylland meinte er: „Ich habe da oft Frust, wenn wir uns mit Satzungen und Regularien, statt mit gemeinsamen Aktionen befassen.“ Im Rahmen der Diskussion stellte der Hauptvorsitzende des Bundes Deutscher Nordschleswiger (BDN) Hinrich Jürgensen die sich abzeichnenden Höhepunkte der Festlichkeiten in Dänemark anlässlich der Volksabstimmungen und der Grenzziehung 2020 vor. Er berichtete, dass in Anknüpfung an den Ablauf der Vorgänge der „Wiedervereinigung“ einige Höhepunkte wie etwa die Abstimmung am 10. Februar 1920 in Nordschleswig und am 14. März 1920 in der zweiten Abstimmungszone südlich der heutigen Grenze, sowie das Inkrafttreten der dänischen Gesetzgebung am 9. Juli 1920 und der legendäre Ritt König Christian X. über die Königsaugrenze bei Christiansfeld am 10. Juli Anlass für Festlichkeiten sind. Auch weitere Auftritte des Königs an verschiedenen Orten Nordschleswigs 1920 würden gefeiert. Jürgensen wiederholte seine Anregung, dass sich auch die deutsche Seite angemessen an der Würdigung der Ereignisse vor bald 100 Jahren beteiligt. „Wir sollten das Thema 1920 in die Schulen bringen. Dass wir die



Abb. 2 Aufmerksam verfolgen die Teilnehmer des 14. Dialogs den Diskussionsbeitrag der Flensburger Autorin Karin Johannsen-Bojsen

Geschichte aufarbeiten“, so Jürgensen. Prof. Martin Klatt von der Süddänischen Universität meinte, dass man die Volksabstimmungen 1920 im deutsch-dänischen Grenzland ebenso wie das heutige friedliche Zusammenleben der Deutschen und Dänen sowie der Minderheiten und Mehrheiten rühme: „International sind Volksabstimmungen aber heute ein heikles Thema. Vor allem, weil sie später nicht mehr wie 1920 unter internationaler Aufsicht stattgefunden haben“, so der Experte für Grenzregionsfragen. „Spätere Abstimmungen haben vielfach Probleme gebracht“, so Klatt und erinnerte an Brennpunkte wie die Ukraine. Stephan Kleinschmidt erklärte, dass man einen Brückenschlag zu anderen Regionen mit Abstimmungen plane: „Dabei geht es aber auch um Aspekte, warum es im Gegensatz zu Nord- und Südschleswig in anderen Regionen nicht mit einer friedlichen Entwicklung geklappt hat.“ Die Flensburger Autorin Karin Johannsen-Bojsen meldete sich mit Kritik zu Wort und meinte, dass man die Grenzziehung nicht nur feiern dürfe. Sie wolle keine alten Ressentiments pflegen, aber bei Beschäftigung mit Biografien früherer Grenzlandbewohner sei ihr bewusst geworden, dass es bei Zeitgenossen im dänischen wie im deutschen Lager 1920 auch tiefe Enttäuschungen über die Grenzziehungen gegeben habe. „Man schaut gerne vorwärts, aber auch das gehört mit zu dem historischen Ereignis.“ Auch Hinrich Jürgensen räumte ein, dass die deutschen Nordschleswiger zunächst sehr unzufrieden mit der Grenze waren. Wichtig sei, das nicht zu vergessen. Man müsse aber vor allem zeigen, wie „wir weitergekommen sind“.

Abbildungsnachweise:

Abb. 1 und 2: Peter Kröber (ADS-Grenzfriedensbund)

Abkürzungen: BDN: Pressemitteilung des Bundes Deutscher Nordschleswiger; B.T: Boulevardausgabe von Berlingske Tidende unter diesem Kürzel; DR: Danmarks Radio; FLA: Flensburg Avis; FT: Flensburger Tageblatt; GFH: Grenzfriedenshefte; JP: Morgenavisen/Jyllandsposten; JV: Jydske Vestkysten; MLSH: Medieninformationen der Landesregierung Schleswig-Holstein; NDR: Norddeutscher Rundfunk; NFI: Pressemitteilung des Nordfriisk Instituut; NOS: Der Nordschleswiger; Pol: Politiken; SHZ: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag; SN: Schleswiger Nachrichten; SSF: Pressemitteilung des Sydslesvigsk Forening.

Redaktionsschluss: 15. November 2017

Deutsch-dänische Beziehungen

Antrittsbesuch des Ministerpräsidenten

Auf seiner ersten offiziellen Auslandsreise traf Ministerpräsident Daniel Günther in Kopenhagen u. a. mit Regierungschef Lars Løkke Rasmussen, Königin Margrethe und Verkehrsminister Ole Birk Olesen zusammen. Dabei betonte er die Bedeutung Dänemarks als Schleswig-Holsteins wichtigster Zusammenarbeitspartner und die Wichtigkeit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Zudem waren die gemeinsamen Verkehrsverbindungen, darunter noch zu lösende Probleme im Zuge der festen Fehmarnbelt-Querung, wichtige Gesprächsthemen (F/JV/FLA/NOS 28.-30.9.).

Verlängerung des Abkommens zwischen Land und Region

Zehn Jahre nach Inkrafttreten des Partnerschaftsabkommens zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der

seinerzeit neu eingerichteten Region Syddanmark wurde selbiges um weitere zehn Jahre verlängert. Vertreter aus Kiel und Vejle lobten die bisherige Zusammenarbeit als erfolgreich (NOS 16.3.).

20 Jahre Region Sønderjylland-Schleswig

Mit einem Festakt wurde am 16.9. das zwanzigjährige Bestehen der grenzüberschreitenden Region gefeiert. (Näheres über die Arbeit der Region im Beitrag von Andrea Graw-Teebken in dieser Ausgabe ab S. 5.)

Verstärkte Zusammenarbeit Flensburg-Sonderburg

Bereits einige Tage vor ihrem Amtsantritt am 15. 1. reiste Flensburgs neue Oberbürgermeisterin Simone Lange zu ihrem Sonderburger Kollegen Erik Lauritzen, um gemeinsame Positionen und Zukunftsprojekte zu

besprechen. Lange meinte bei dieser Gelegenheit, dass in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mehr Bewegung gewesen sei, als sie 17 Jahre vorher nach Flensburg gekommen war. Als neue Projekte sollen mehr Zusammenarbeit bei Entsorgungsfragen, Klimaschutzrelevanten Maßnahmen oder auch Katastrophenschutz in die Wege geleitet werden. Zudem will sich die neue Bürgermeisterin einen Überblick darüber verschaffen, welche Projekte bereits vorgeplant worden sind, aber bisher noch nicht zu sichtbaren Ergebnissen geführt haben (FLA 12.1.).

Deutsche und dänische Politik

Regierungswechsel nach der Landtagswahl

Die Wahl am 7. 5. brachte neue Mehrheitsverhältnisse im Landtag. Die bisher oppositionelle CDU legte leicht um 1,2 % auf 32,0 % zu, während die SPD von Ministerpräsident Torsten Albig um 3,1 % auf 27,3 % zurückging. Mit 12,9 % wurden die Grünen bei 0,3 % Verlust wieder drittstärkste Kraft vor der FDP mit 11,5 % und einem Plus von 3,3 %. Mit 5,9 % zog die erstmals angetretene AfD in den Landtag ein, erreichte damit aber ein weitaus schwächeres Ergebnis als bei anderen Landtagswahlen der letzten beiden Jahre. Mit 3,3% verlor der SSW 1,3 %, behielt aber drei Mandate. Die Linke verfehlte ebenso

den Einzug wie die zuletzt mit 8,2 % vertretenen Piraten. Die Parteien der bisherigen Koalition aus SPD, Grünen und SSW erreichten damit nur noch 33 der 73 Mandate. CDU (25), Grüne (10) und FDP (9) einigten sich auf eine neue Koalitionsregierung mit CDU-Chef Daniel Günther als Ministerpräsidenten. In der Regierung behielten die beiden bisherigen Minister der Grünen ihre Posten aus der Vorgängerregierung. Damit wurde Schleswig-Holstein zum ersten Bundesland mit einer Koalitionsregierung aus diesen drei Parteien.

Bundestagswahl 2017

Bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag mussten die bisher gemeinsam regierenden Volksparteien CDU/CSU und SPD schwere Verluste hinnehmen und fielen von 41,5 auf 32,9 % bzw. von 25,7 auf 20,5 %. Während es für Linke (9,2 %) und Grüne (8,9 %) nur leichte Zugewinne gab (0,6 bzw. 0,5 %), wurden die erstmals in den Bundestag eingezogene AfD (12,6 %, +7,9) und die nach ihrem Scheitern 2013 zurückgekehrte FDP (10,7%, +5,9) die größten Sieger. Da die Union trotz ihrer herben Verluste bei den Zweitstimmen bundesweit 231 der 298 Wahlkreise per Erststimme gewinnen konnte (darunter bis auf Kiel alle in Schleswig-Holstein), entstanden zahlreiche Überhang- und Ausgleichsmandate, wodurch der Bundestag auf 709 Mitglieder an-

wuchs. Im Wahlkreis 1 wurde ADS-Grenzfriedensbund-Vorstandsmitglied Petra Nicolaisen direkt gewählt. In Schleswig-Holstein blieben CDU und SPD trotz starker Verluste etwas über dem Bundesdurchschnitt (34,0 bzw. 23,3 %), die AfD erreichte mit 8,2 % ihr nach Hamburg bundesweit zweitschlechtestes Ergebnis in einem Bundesland. Auch die Linke blieb mit 7,5 % in Schleswig-Holstein trotz Zugewinnen schwächer als im Bundesdurchschnitt, während FDP (12,6 %, +4,9) und Grüne (12,0 %, +2,4) am stärksten zulegen konnten. Bei Redaktionsschluss (15.11.) waren die Sondierungsgespräche zwischen Union, FDP und Grünen für eine mögliche Regierungsbildung noch nicht beendet.

Kuchen zur 50. Gesetzesverschärfung

Die dänische Integrationsministerin Inger Støjberg erregte mit einem am 15. 3. in sozialen Medien verbreiteten Foto Aufsehen, auf welchem sie mit einem Kuchen mit einer großen 50 posiert. Damit sollte die 50. Verschärfung der Ausländergesetze in Dänemark seit ihrem Amtsantritt 2015 markiert werden. Dies löste einen Sturm der Entrüstung aus. Regierungschef Lars Løkke Rasmussen verteidigte seine Parteifreundin jedoch, bei der er keine gewollte Provokation erkannte. Støjberg selbst erklärte hinterher, dass damit die sinkende Zahl an Asyl-

bewerbern gefeiert werden sollte, wodurch zukünftig Mittel für andere Aufgaben frei würden (u.a. JV/FLA 16.3.). Nach einer landesweiten Umfrage bei YouGov unmittelbar danach blieb Støjberg zweitbeliebteste Ministerin nach Justizminister Søren Pape Poulsen (NOS 17.3.).

Rechtspopulisten wollen Wahlrecht einschränken

Der integrationspolitische Sprecher von Dansk Folkeparti Martin Henriksen hat die Forderung aufgestellt, dass das Wahlrecht für EU-Bürger und für weitere Ausländer mit unbegrenzter Aufenthaltserlaubnis zu Regional- und Kommunalwahlen künftig daran gekoppelt wird, dass der Wähler die – für die Erlangung der dänischen Staatsbürgerschaft – vorgesehenen Prüfung bestanden hat. Dies wurde von den anderen Parteien im Folketing zwar abgelehnt, doch Henriksen sieht die Zeit für seinen Vorschlag arbeiten (Information, 7.11.). Die neue Partei Nye Borgerlige hat derweil angekündigt, allen 360.000 ausländischen Staatsbürgern mit Stimmrecht zu Kommunal- und Regionalwahlen selbiges wieder entziehen zu wollen (DR 13.10.).

Weitere Verlängerung der Grenzkontrollen

Auch fast zwei Jahre nach der Einführung ständiger Grenzkontrollen an den wichtigsten Übergängen von Deutschland nach Dänemark ist kein Ende in Sicht (vgl. GFH 1/2016, S. 76 ff., 2/2016, S. 176). Bei der Verlängerung von Mai bis November 2017 schwenkten die oppositionellen dänischen Sozialdemokraten auf die Linie von DF und Regierungsparteien ein, „solange die Außengrenzen der EU nicht gesichert seien“ (FLA 4.5.). Daran änderte sich auch nichts, als sich die EU-Kommission gegen weitere Grenzkontrollverlängerungen aussprach. Ganz im Gegenteil: Angesichts der fortgesetzten Kritik, dass die dänische Polizei durch die Grenzkontrollen von vielen wichtigen Aufgaben abgehalten werde, wurde zur Entlastung der Polizei sogar der Einsatz von Soldaten in Kampfuniform beschlossen (FT 11.8.). Dies wurde ab Ende September Realität und löste deutschlandweit ein starkes Medienecho aus. Gleiches galt für den – allerdings von allen anderen dänischen Parteien mit Kopfschütteln quittierten – Vorschlag des Europaparlamentarier Anders Vistisen von Dansk Folkeparti, der nach einem Besuch an der ungarisch-serbischen Grenze die Errichtung eines unüberwindlichen massiven Grenzzauns mit Stacheldraht auch als Zukunftslösung

für die deutsch-dänische Grenze befürwortete (Pol. 15.7.).

Im Oktober teilte die dänische Integrationsministerin Inger Støjberg mit, dass die Kontrollen auf jeden Fall bis zum 12. 5. 2018 verlängert werden. Die Begründung dafür liefert allerdings angesichts der stark zurückgegangenen Flüchtlingszahlen nicht mehr wie bisher die Flüchtlingskrise, sondern die allgemeine Migrationssituation und eine latente Terrorgefahr nach § 25 und 27 des Schengener Abkommens. Deutschland gab eine entsprechende Erklärung in Bezug auf die Grenze zu Österreich ab, ähnliches taten Österreich, Frankreich, Schweden und das nicht zur EU, aber zum Schengen-Raum gehörende Norwegen. Es wird bereits europaweit verhandelt, ob die Rechtslage dahingehend geändert werden soll, dass Grenzkontrollen nach Maßgabe der einzelnen Mitgliedsländer über die bisherigen Fristen hinaus verlängert werden können (FT, FLA 13.10.). - Im Zuge des G20-Gipfels in Hamburg gab es kurzzeitig auch Kontrollen in der Gegenrichtung. Diese konnten jedoch nicht verhindern, dass auch von Norden her Gewalttäter nach Hamburg kommen konnten – wie übrigens auch hunderte friedliche Demonstranten (u.a. FLA 8.7.).

Volksgruppen und Minderheiten

Positive Bilanz im Minderheitenbericht

Bei der Vorstellung des aktuellen Minderheitenberichts der Landesregierung wurde von allen Parteien eine positive Bilanz gezogen. Lob gab es nicht nur für die scheidende Grenzland- und Minderheitenbeauftragte Renate Schnack, sondern generell für die vielen ehrenamtlichen Mitarbeiter, welche das kulturelle Leben in Gang gehalten hätten. Zu den neuen Fortschritten zählt unter anderem, dass erstmals auch Friesisch ein Abiturprüfungsfach war, und zwar im Nordseegymnasium auf Föhr (FLA 23.3.).

Bürgerinitiative „Minority SafePack“ gestartet

Am 4. 4. teilte der Vizepräsident der EU-Kommission Frans Timmermans mit, dass die gut drei Jahre zuvor wegen angeblicher Nichtzuständigkeit abgelehnte Gesetzesinitiative zur Verbesserung der Grundrechte nationaler Minderheiten (vgl. GFH 2/2016, S. 179) nun als europäische Bürgerinitiative zugelassen sei. Damit bleibt den Initiatoren genau ein Jahr Zeit, um genügend Unterschriften zu sammeln, so dass die Kommission einen konkreten Gesetzesvorschlag in den EU-Gesetzgebungsprozess einbringen muss. Damit begann bei vielen in der Föderation Europäischer

Volksgruppen vernetzten Minderheitengruppen – auch im schleswigschen Grenzland – die Unterschriftensammlung. Es kam allerdings Kritik auf, dass dies vielerorts zu langsam geschehe. Der schleswig-holsteinische Landtag hat mit einem einstimmigen Votum die Unterstützung der Initiative zugesichert (FLA/NOS 20. und 21.7.). Ebenso hatte der scheidende Minderheitenbeauftragte der Bundesregierung Hartmut Koschyk im Bundestag für Minority SafePack geworben, das für ihn zudem Ausdruck eines „echten europäischen Bürgersinns“ sei (NOS 7.6.). Am 24. 10. teilt der FUEV-Präsident Loránt Vincze mit, dass man bereits über 100.000 Unterschriften gesammelt habe. Für die weitere Umsetzung der Bürgerinitiative müssen allerdings bis März eine Million Unterschriften gesammelt werden, und in mindestens sieben EU-Staaten muss eine gewisse Mindestanzahl erreicht werden, sonst gilt das Vorhaben als gescheitert. Unterschriften können u.a. bei den Organisationen der Minderheiten (BDN, SSF usw.) oder auch online (<https://ec.europa.eu/citizensinitiative/32/public/index.do?lang=de>) abgegeben werden (u.a. BDN 21. 6.).

Kulturministerin für zweisprachige Ortsschilder

Die dänische Kulturministerin Mette Bock sprach sich erneut für zweisprachige Ortsschilder aus. Dabei betonte sie vor allem die Sichtbarmachung der

Besonderheiten des Grenzlandes, die viele Durchreisende, aber auch Touristen und Zuzügler sonst gar nicht bemerken würden. Allerdings betonte sie erneut, dass dies in erster Linie vom Willen der betreffenden Kommunen abhängig sei (FLA 11. 7./NOS 12.7.). Die deutschen Nordschleswiger setzten ihre Initiative derweil fort, u. a. mit Aufklebern mit den gewünschten Ortstafeln, zu denen nun auch Gravenstein neu hinzugekommen ist (BDN, 29.8.). Immerhin ist in der Zwischenzeit die Genehmigung der dänischen Straßenverkehrsbehörde (Vejdirektoratet) für ein touristisches Hinweisschild an der Autobahn für den Knivsberg gekommen (BDN, 6.9.).

Hassgedicht gegen Slesvigsk Parti im dänischen Kommunalwahlkampf

Am 12. 11. erschien auf der Titelseite der Haderslebener Ausgabe von JV eine mit „Ærlige frie danske sønderjyder“ unterzeichnete Anzeige, in welcher in Gedichtform die Slesvigsk Parti (SP) Verlogenheit und Macht sucht vorgeworfen und zur Wahl „einer der dänischen Parteien“ aufgerufen wurde. Pikanterweise stand diese Anzeige direkt zwischen zwei Wahlannoncen der Partei der deutschen Minderheit. JV bedauerte auf Nachfrage von TV-Syd, dass die Anzeige offenbar unkontrolliert erschienen sei, gab jedoch am Folgetag dem Urheber derselben die Gelegenheit, sich

wiederum anonym in einem Interview zu äußern. Die vom Urheber geplante zweite Veröffentlichung unmittelbar vor der Wahl wurde allerdings von JV selbst verhindert (TV-Syd 13.11.).

Verbale Attacken gegen SP-Bürgermeisterkandidaten in Sonderburg

Der SP-Abgeordnete im Sonderburger Kommunalrat Stephan Kleinschmidt hat angekündigt, dass er bei der Kommunalwahl als Bürgermeister kandidieren wird. Er werde keinen neuen Anlauf nehmen, um auf der Liste der sozialliberalen Radikalen Venstre für das Folketing zu kandidieren. Zwölf Jahre nach seinem, von manchem Leserbriefschreiber, aber auch von demokratischen Lokalpolitikern wie dem früheren Bürgermeister A. P. Hansen zunächst argwöhnisch betrachteten Antritt als Vorsitzender des Kulturausschusses (GFH 2005) gab es einige Leserbriefe in JV, in welchen alte Vorurteile geschürt wurden. „Siden besættelsen, i grunden siden Genforeningen, har Slesvigsk Parti arbejdet for en genforening af Schleswig-Holstein og Sønderjylland, og partiprogrammet indeholder de samme holdninger i dag som før. Kigger man på deres hjemmeside under Program 2018, ser man, at Danmark ikke er aktuelt, kun Sønderjylland og sammenslutning med Schleswig-Holstein omtales. I realiteten arbejder Slesvigsk Parti massivt for Sønderjyllands sammenlægning med Schles-

wig-Holstein – en selvstændig stat. Som tysk mindretalsparti vil en efterfølgende tilslutning med Tyskland, set lidt ud i fremtiden, kunne være en følge!” schrieb ein Jørn Sørensen von Südalzen. Der frühere Norburger Kommunalrat Erik Jensen äußerte sich folgendermaßen: „Stephan Kleinschmidt skal ikke være borgmester! Ikke kun fordi han er tysker, men også derfor. [...] I et grænseområde som vort vil der til stadighed foregå en kultur- og værdikamp. [...] Hvis vi, ikke mindst i disse indvandretider, vil sikre vor danske kulturs overlevelse, skal der naturligvis sidde en dansksindet i borgmesterstolen.” Kleinschmidt selbst reagierte gelassen und nannte die Vorwürde „absurd” und „auf ihre Weise Fake News”. Bürgermeister Erik Lauritzen (Soz.) verurteilte solche Angriffe: „... jeg troede vi var nået forbi den med, at vi skelner mellem at være dansk- eller tysksindet”. Auch sein Herausforderer Peter Hansen (Venstre) zeigte kein Verständnis: „Man skal ikke stigmatiseres, fordi man tilhører et mindretal i Sønderborg kommune. Det er langt ude, og den slags må vi alle tage afstand med.” (JV 16.-18.8.).

Doppelte Staatsbürgerschaft für
dänische Südschleswiger möglich

Der Südschleswig-Ausschuss des dänischen Parlaments hat dem Integrationsministerium den Vorschlag unterbreitet, dass dänische Südschleswiger auch die dänische Staatsbür-

gerschaft beantragen können, wenn sie drei der fünf folgenden Kriterien erfüllen: Schulbildung auf einer dänische Schule bzw. in Dänemark, mindestens ein dänischer Staatsbürger in den jüngsten vier Ahnen-Generationen, früherer mindestens dreijähriger Wohnsitz in Dänemark, mindestens zehn Jahre Vorstandsarbeit in einer Organisation der dänischen Minderheit und mindestens zehn Jahre Anstellung bei einer dänisch-südschleswigschen Einrichtung (FLA 12.1.).

Keine Zweifel an Rechtmäßigkeit
der SSW-Landtagsmandate

Im Vorfeld der Landtagswahl sicherten die Spitzen von CDU und FDP zu, dass es nach dem Schleswiger Richterspruch von 2011 keine Zweifel mehr an der Rechtsgültigkeit der Ausnahme des SSW von der 5%-Sperrklausel gibt. Zudem bedauerte der vormalige Minister Heiner Garg die von der damaligen Regierung ab 2010 vorgenommen Einsparungen bei den dänischen Schulen, deren psychologischen Effekt man völlig unterschätzt habe. (FLA 4.5.2017)

Streit wegen friesischer Sprache
an dänischen Schulen

Der Vorsitzende der Friisk Foriining Bahne Bahnsen klagte, dass an den Schulen der dänischen Minderheit im friesischen Sprachgebiet nicht genü-

gend für die Förderung des Friesischen getan werde. Dies führte zu einer intensiven Debatte. Neben der bekannten Risem Schölj in Risum mit ihren Nordfriesisch-Profil bieten inzwischen auch die dänischen Schulen in Bredstedt und in Westerland/Keitum Friesischunterricht an (FLA u.a. 19.10., vgl. GFH 2/2016, S. 181).

Mehr Friesisch im öffentlichen Raum

Für mehr Sichtbarkeit des Friesischen In seiner Antrittsvorlesung an der Flensburger Europa-Universität betonte der Professor für Friesisch und Minderheitenbildung Nils Langer, dass die Verankerung der Sprache an der Universität nicht automatisch dazu führt, dass sich wieder mehr Menschen dem Friesischen zuwenden. Um dies zu erreichen, müsse die Sprache mehr Prestige in der Gesellschaft bekommen, bei den jungen Menschen „cool“ sein und vor allem in der Öffentlichkeit deutlich sichtbar werden. Dabei sei es auch entscheidend, dass Mehrsprachigkeit nicht als Problem angesehen und die Zugehörigkeit zu einer Minderheit nicht als Hobby betrachtet werde (FLA 2.5.).

Wirtschaft und Soziales

Projekt für doppelten Berufs- bildungsabschluss

Mit dem Interreg-Projekt „StAR-ForCE“ (Strong Talents ready for Crossborder Education; vgl. GFH 2/2016, S. 177) soll es jugendlichen Schulabgängern erleichtert werden, eine Lehre im Nachbarland zu absolvieren, die dann auch in beiden Ländern anerkannt wird. Bisher ist dieser Weg selbst unter Angehörigen der Minderheiten die Ausnahme. Trotz ihrer Sprachkompetenz nahm im Sommer 2017 kein Schulabgänger aus den 9. und 10. Klassen der dänischen Minderheitsschulen eine Lehre in Dänemark auf – während Aufenthalte auf den in Deutschland in dieser Form unbekanntem Nachschulen (efterskoler) sehr beliebt sind. Deren Absolventen setzen jedoch hinterher ihre Schullaufbahn fort (FLA 20.7.).

Zahl der Grenzpendler weiter steigend

Im Jahr 2016 hat die Zahl der Grenzpendler weiter auf über 15.000 Personen in Süd-Nord-Richtung zugenommen (vgl. GFH 1/2016, S. 75). Mehr als die Hälfte der Personen fährt dabei über die vier nordschleswigschen Kommunen hinaus. Die Zahl der Pendler in Nord-Süd-Richtung bleibt jedoch deutlich unter 1000. Von der 30.000'er Marke, die vor der gro-

ßen Wirtschaftskrise 2007/08 erreicht worden war, ist man jedoch noch ein gutes Stück entfernt, von einem gut integrierten grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt kann man noch nicht sprechen (JV 30.1.). Neue Studien belegen zudem wiederum, wie unterschiedlich sich der grenzüberschreitende Verkehr zwischen Deutschland und Dänemark gestaltet. Dänische Firmen werben nach wie vor um deutsche Arbeitskräfte, während es auf deutscher Seite Initiativen zur Ansiedlung dänischer Firmen gibt. Ein wesentlicher Grund sind die höheren Löhne in Dänemark. Ebenso wenig überrascht die Feststellung, dass der Grenzhandel auf deutscher Seite ungebrochen boomt, da viele Dänen längst nicht nur Genussmittel südlich der Grenze kaufen (JP 12.9.).

Kontroverse um Sommerhausverkäufe

Laut Angaben der Agentur Novasol haben nur 20 der etwa 4.000 Ausländer ohne Wohnsitz in Dänemark, die aufgrund besonderer Umstände entgegen der gültigen Regeln ein Ferienhaus kaufen können, selbiges auch an andere Gäste vermietet. Dies nährt die Befürchtung mancher Dänen, dass Ferienhäuser in ausländischem Besitz 49 Wochen im Jahr leer stehen würden und somit vor Ort keinen Nutzen bringen. Vertreter der Regierungspartei Venstre forderten dennoch Ausnahmeregelungen, etwa

durch die Beschränkung des Verkaufsverbots auf die attraktive Nordseeküste. Nach wie vor stehen landesweit etwa 12.000 Sommerhäuser zum Verkauf und damit leer (JV 4.2.).

Kollunder Wald von Naturfond erworben

Elf Jahre nach dem umstrittenen Verkauf des Kollunder Waldes durch die Stadt Flensburg an einen Privatmann hat letzterer diesen nun an Den Danske Naturfond veräußert. Dieser will mehr naturbelassene Wälder schützen. Der grenznahe Wald ist der erste in ganz Dänemark, der zu diesem Zweck erworben wurde. Seine Existenz als grenzüberschreitendes Erholungsgebiet geht damit in eine gesicherte Zukunft (FLA 5.10.).

Drohende Verluste für den Tourismus durch Fehmarnbelt-Querung

Laut einer Studie, die von Femern A/S und der Agentur Ostsee-Holstein Tourismus in Auftrag gegeben wurde, dürfte das schleswigsche Grenzland nach dem Bau der festen Belt Querung nicht wenige dänische Touristen an die dann leichter erreichbaren Orte in Ostholstein verlieren. Die Berechnungen gehen in der Region Flensburg von einem Einnahmeverlust in Höhe von etwa 400.000 € jährlich aus. (FLA 26.1.).

Nordschleswiger glücklich

Nach einer Erhebung von Danmarks Statistik und TrygFonden sind die Nordschleswiger innerhalb Dänemarks mit am glücklichsten (vgl. a. GFH 2/2016, S. 182f.). Zwar liegen die Messzahlen im Durchschnitt nur knapp vor Kopenhagen, aber vor allem in Bereichen wie Sicherheit, bezahlbarer Wohnraum und einem ausreichenden Einkommen usw. sind die Menschen hier zufriedener als anderswo im Land (NOS 12.1.). Am unzufriedensten sind die Bewohner des Landesteils dänemarkweit laut einer anderen Studie allerdings in Bezug auf die Verkehrsanbindung, da der öffentliche Verkehr meist nur umständlich und mit langen Wegen erreichbar und dann auch noch verspätungsanfällig ist, so dass Anschlüsse nicht funktionieren (JV 25.4.).

Allianz für Eindämmung des Grenzhandels

Ein Zusammenschluss mehrerer Organisationen möchte die Politiker in Dänemark verstärkt auf den Grenzhandel und die damit verbundenen Probleme aufmerksam machen, und zwar der Verband des ländlichen Raums (Landdistrikternes Fællesråd), der Verband der kleinen Supermärkte (Nærbutikernes Landsforening), der Wirtschaftsverband Dansk Erhverv, der Verband der selbstständigen Kaufmänner (De Samvirkende

Købmænd) und der dänische Spirituosenhandel. Täglich werden 25 Mio Kronen im Grenzhandel südlich der Grenze umgesetzt. Die Verbände fordern vor allem die Senkung von Abgaben auf typische Grenzhandelswaren (NOS 19.9.).

Infrastruktur

Forderung nach kombinierter Tunnellösung

Der Appell der Flensburger Oberbürgermeisterin Simone Lange und der Stadtpräsidentin Swetlana Kretschmar, statt des bereits beschlossenen Neubaus der Rader Hochbrücke am Nord-Ostsee-Kanal einen Tunnel für Autobahn und Eisenbahn zu errichten, wurde in einem offenen Brief an die Bundesregierung von den vier Bürgermeistern der nordschleswischen Kommunen und von der Vorsitzenden der Region Syddanmark unterstützt. Alle betonen die Wichtigkeit der Beseitigung des Nadelöhrs bei Rendsburg für die Wirtschaft über die Region hinaus (FT 1.6.).

Zustrom zum Verein für die Alsenbrücke

Der Zusammenschluss AlsFynbroen, der sich für den Bau einer festen Querung zwischen Alsen und Fünen einsetzt, verzeichnet bereits 1.370 Mitglieder und 90 teilnehmende Firmen

und Institutionen. Die von Danfoss-Chef Jørgen Mads Clausen geführte Vereinigung arbeitet für eine zusätzliche Querung über den Kleinen Belt, mit welcher die Wege aus der schleswigschen Region nach Osten deutlich kürzer werden und damit die Region infrastrukturell nicht weiter ins Abseits gerät (NOS 16.11., vgl. GFH 1/2016, S. 87). Neue Gutachten bestätigten diese Erwartung (JV 28.6.).

Enttäuschung über Mauteinführung

Sowohl im nördlichen Landesteil als auch in Dänemark gibt es viel Kritik an der von CSU-Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt geplanten Autobahn-Maut. Während diese in Deutschland mit geringeren Steuern vergolten werden soll, müssen ausländische Autofahrer sie ebenfalls bezahlen, und zwar bereits ab dem Grenzübertritt. Auch in der EU wird das Projekt kritisiert, da es möglicherweise gegen EU-Recht verstößt. In Dänemark erwägt man, als Reaktion auf die Pläne der Bundesregierung ein ähnliches System einzuführen. Führende Grenzlandpolitiker, darunter die Bürgermeister von Flensburg und Apenrade, befürchten, dass das Maut-Projekt sich negativ auf die Zusammenarbeit in der Region auswirken werde (FLA 23.3.).

Sprache, Bildung und Kultur

Folketing einig über Unterstützung der Minderheitenzeitungen

Nachdem Flensburg Avis angedroht worden war, wegen zu geringer Eigeneinnahmen die Unterstützung zu kürzen, wurden die Minderheitenzeitungen – also auch Der Nordschleswiger – unter Berufung auf die Charta zum Schutz der Minderheitensprachen auf Initiative von Kulturministerin Mette Bock von den Forderungen nach mehr Eigeneinnahmen als Bedingung für staatliche Unterstützung ausdrücklich ausgenommen (FLA 23.3., vgl. GFH 2/2016, S. 181).

Zusammenarbeit mit Goethe-Institut

Im Rahmen der internationalen Lehrerausbildung kann man am University College Syd, dem vormaligen Haderslebener Lehrerseminar, nun eine Ausbildung zum Deutschlehrer absolvieren, welche den Standards des deutschen Goethe-Instituts entspricht (<https://www.ucsyd.dk/uddannelser/laerer/om-uddannelsen/tysklaerer-ved-goethe-institut/>).

Grenzlauf doch ohne Passkontrolle

Der seit 32 Jahren in Krusau startende Grenzlauf (Grænseløbet) drohte 2017 an bürokratischen Hürden zu scheitern, da die dänischen Behörden

zunächst eine Passpflicht der Läufer forderten und mögliche Kontrollen bei jeder Grenzpassage am 16.7. nicht ausschlossen. Erst auf Nachfrage der Folketingsabgeordneten und früheren Ministerin Eva Kjer Hansen (Venstre) wurde dem Veranstalter zehn Tage vor dem Lauf von der Reichspolizei die Erlaubnis erteilt, dass die Teilnehmer keinen Pass mit sich führen müssten (TV-Syd 7.9.).

Grenzüberschreitende Landesgartenschau

Nach dem großen Erfolg der letzten Landesgartenschau in Eutin 2016 bemühen sich Politiker des Grenzlandes nun, für das Jahr 2020 eine solche an die Flensburger Förde zu holen. Dabei soll nicht nur eine Stadt Veranstaltungsort sein, sondern mehrere Kommunen von Flensburg an ostwärts und auch nördlich der Förde. In Sonderburg gelang es dem SP-Kulturpolitiker Stephan Kleinschmidt bereits, für 2018 Mittel zur Planung der Bewerbung im Haushalt der Kommune Sonderburg zu sichern (NOS 15.9., JV 17.9.).

Geschichte und Erinnerungsorte

Gedenken an die Schlacht bei Idstedt

Auf dem Alten Friedhof in Flensburg, auf dem Michaelis-Kirchhof in Schleswig und in Idstedt selbst gab es am

Jahrestag der Schlacht vom 25. 7. 1850 Gedenkveranstaltungen. In Idstedt mahnte Kreispräsident Ulrich Brüggemeier dazu, dass Frieden nicht nur die Abwesenheit von Krieg bedeute, sondern auch die gemeinsame Verantwortung füreinander. Neben der v. a. vom Kreis Schleswig-Flensburg getragenen Idstedt-Stiftung legten auch Vertreter der deutschen und dänischen Streitkräfte gemeinsam Kränze nieder. In Flensburg drückte FLA-Chefredakteur Jørgen Møllekær die Hoffnung aus, dass sich in vielen Ländern wieder Gegenbewegungen gegen den zunehmenden Rechtspopulismus und die damit verbundenen Gefahren bildeten (FLA 26.7.).

Zukunft der Idstedt – Gedächtnishalle weiter ungeklärt

Noch keinen Durchbruch zu vermelden gibt es bei der Frage um die Zukunft der in finanzielle Nöte geratenen Gedächtnishalle in Idstedt und deren 2005 erneuerte Dauerausstellung. Die dazu vom Stiftungsvorstand und der Gemeinde Idstedt in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie wurde zwar der Gemeindevertretung unlängst vorgestellt. Darin wird die Einzigartigkeit des kleinen Museums als „Meilenstein im Demokratieprozess“ herausgestellt, dessen Potential spannende Möglichkeiten im Zusammenhang mit dem seit dem Regierungswechsel wieder diskutierten Haus der Landesgeschichte bieten

könnte. Eine endgültige Entscheidung steht ungeachtet zwischenzeitlich gestellter Anträge für einen Bundeszuschuss aber aus. Nach den Worten des Stiftungsvorstandes, Landrat Dr. Wolfgang Buschmann, wolle man sich auch bei der Landesregierung Gehör verschaffen. Es solle ausgelotet werden, „welche Entscheidungsträger von der Idee eines neuen Idstedt für Zuschüsse gewonnen werden können“. Gleichzeitig aber machte er deutlich, dass es ein „Weiter so“ nicht geben werde, auch wenn die Studie signalisiert hätte, dass „ein Umfeld fürs Weitermachen da sei“ (SHZ 15. 11.).

Neues Projekt zur Minderheitengeschichte

Nach seinem nicht ganz freiwilligen Abgang als Generalkonsul will der Geschichtspräsident Henrik Becker-Christensen sich wieder der Forschung widmen. Schwerpunkt soll die Minderheitenpolitik in der NS-Zeit und insbesondere die Entwicklung der deutschen Minderheit in Nordschleswig 1933-45 sein, wo es nach wie vor viel Forschungsbedarf gibt. Der frühere Leiter des Instituts für Grenzregionenforschung hatte bereits 1990 ein Werk über die Minderheit 1920-32 veröffentlicht und bei der Studienarbeit viele Interviews mit – häufig inzwischen verstorbenen – Zeitzeugen geführt, die in die neuen Studien einfließen sollen (NOS 23.8.).

Zeppelin-Station bei Tondern als grenzüberschreitendes Geschichtsjahr

Nachdem einige dänische Politiker zunächst 700.000 Kronen im kommenden Staatshaushaltsplan für die Weiterführung des Projektes sichern konnten, interessiert man sich zunehmend auch auf deutscher Seite für die bisher überwiegend durch private Initiativen gesicherten Anlagen der nördlich von Tondern gelegenen Zeppelin-Station aus dem Ersten Weltkrieg. Gewünscht wird auch eine stärkere Zusammenarbeit mit dem Verbund Museum Sønderjylland, das allerdings seinerseits weitere Einsparungen verkraften muss (JV 1. u. 20.9.).

Kunst hinter Stacheldraht

Das Museum in der Mühle von Gammel Ry bei Skanderborg zeigte eine ungewöhnliche Ausstellung zur Zeitgeschichte: Die beiden Maler Georg Glaubig und Gottfried Lossau waren 1945 als Flüchtlinge aus den deutschen Ostgebieten nach Dänemark gekommen und lebten bei Ry im Flüchtlingslager. Dieses durften sie für ihre künstlerische Tätigkeit zeitweise verlassen und ihre Werke gegen Naturalien eintauschen. Mehrere dieser Werke, die sich meist in Privatbesitz vor Ort befinden, wurden nun erstmals gezeigt (FLA 20.4.).

Dauerausstellung in Ladelund
erneuert

„Innerhalb weniger Jahre ist die Begegnungsstätte ein Vorzeigeobjekt für die schleswig-holsteinische Gedenkstättenarbeit geworden.“ Das betonte Kulturministerin Karin Prien (CDU) bei der Eröffnung der neuen Dauerausstellung „Das KZ im Dorf“ in der nordfriesischen Gedenkstätte Ladelund am 18. 11., die auf der Basis aktueller Forschungsergebnisse und moderner Museumspädagogik überarbeitet worden ist. Das Projekt selbst wurde unter Beteiligung der Bürgerstiftung Schleswig-Holstein und der Kirchengemeinde Ladelund als Träger mit einem Zuschuss von 500.000 Euro von Bund und Land gefördert. Entstanden sei, so Prien vor den geladenen Gästen der Eröffnungsveranstaltung, eine „Brücke gegen das Vergessen.“ Verbunden mit einem Dank an das große ehrenamtliche Engagement bei der Planung und Realisierung sprach sie sich dafür aus, dass die Schulen Ladelund noch intensiver in ihrem Geschichtsunterricht mit einbeziehen. „Wir brauchen solche Erinnerungsorte, um dem Rechtsextremismus entgegenzutreten.“ Sie kündigte zudem an, dass das Land auch die anderen Gedenkstätten zur Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus weiterhin unterstützen werde (SHZ 20. 11.).

Personalien

Andreas Meitzner neuer Botschafter

Am 20. 10. trat Andreas Meitzner die Nachfolge von Claus Robert Krumrei als deutscher Botschafter in Dänemark an. Der Jurist arbeitet seit 1982 im Auswärtigen Dienst. Er betonte bei seinem Dienstantritt die guten deutsch-dänischen Beziehungen und versprach, „zum weiteren Ausbau dieser engen und von gemeinsamen Interessen geleiteten Beziehungen einen Beitrag zu leisten“ (NOS 20.10.).

Kim Andersen Nachfolger von
Henrik Becker-Christensen als
Generalkonsul

Nachdem im Zuge der Regierungsumbildung überraschend auch eine Neubesetzung des dänischen Generalkonsulats in Flensburg in Gang gesetzt worden und der Plan durch die Absage von Bertel Haarder gescheitert war (vgl. GFH 2/2016, S. 188), wurde die Stelle zum 1. 5. neu ausgeschrieben. Die Nachfolge des für seine Arbeit im Grenzland hoch geschätzten Henrik Becker-Christensen hat demzufolge am 1. 9. Kim Andersen angetreten. Der aus der Umgebung von Aarhus stammende Politiker, der am 17. 10. seinen 60. Geburtstag feiern konnte, war 1995-2015 Folketingsabgeordneter der rechtsliberalen Partei Venstre. Mehrere Jahre hindurch war er Vorsitzender des Ausschusses für die Belan-

ge der dänischen Minderheit (Sydslesvigudvalget). Becker-Christensen war seit 1998 im Amt und damit länger als alle seine Vorgänger. Am 8. 8. würdigte Ministerpräsident Daniel Günther ihn mit der Verleihung des Verdienstordens des Landes Schleswig-Holstein.

Trauer um Kurt Schulz

Am 22. 3. verstarb in Eckernförde der frühere Grenzland- und Minderheitenbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein. Als Nachfolger von Kurt Hamer führte der 1922 in Stettin geborene Sozialdemokrat das Ehrenamt 1991-2000 und erreichte unter anderem 1996 die Einrichtung des European Center for Minority Issues. Vertreter aller Parteien würdigten den gleichermaßen als bodenständig und offen beschriebenen früheren Eckernförder Bürgermeister, Landtagsabgeordneten und Finanzexperten für seine großen Leistungen in allen seinen Funktionen

Trauer um Inge Adriansen

Am 27. 10. verstarb die langjährige stellvertretende Museumsleiterin des Sonderburger Schlosses Inge Adriansen. Die 1944 geborene Museumspädagogin und Geschichtspräsidentin war eine der markantesten Gestalten in der Arbeit mit der gemeinsamen Geschichte der Region und genoss

beiderseits der Grenze hohes Ansehen. Sie war an vielen grenzüberschreitenden Projekten beteiligt und nicht zuletzt häufig Verfasserin in den Grenzfriedensheften.

Letzte Meldung

Wenige Veränderungen bei Regional- und Kommunalwahlen

Bei den Regionalwahlen am 21.11. konnten die Sozialdemokraten ihre landesweite Führungsposition mit leichten Zugewinnen ausbauen. Auch die Region Seeland hat nun eine rote Mehrheit, wie bereits zuvor schon Nord- und Mitteljütland sowie die Hauptstadtregion. In Süddänemark behauptete jedoch Venstre trotz des Verlusts von 3 % ihre Spitzenposition. Stephanie Lose bleibt Regionsvorsitzende. Der kräftige Zuwachs (+9,2 % auf nun 13,4 %) für Socialistisk Folkeparti, die mit ihrem früheren Vorsitzenden Villy Søvndahl angetreten war, konnte die Mehrheit der bürgerlichen Parteien nicht brechen. Die erstmals angetretene Slesvigsk Parti verfehlte trotz der Listenverbindung mit den Parteien Kristendemokraterne und Retsforbundet ein Mandat. Unerfreulich ist, dass der neue Regionalrat bei der sofort erfolgten Festlegung der künftigen Ausschüsse den für deutsch-dänische Zusammenarbeit aufgelöst hat. In den vier nordschleswigschen Kommunen bleiben die Machtverhältnisse weitge-

hend unverändert. Tondern, Hadersleben und Apenrade werden weiterhin von Venstre-Bürgermeistern regiert, in Sonderburg setzte sich der sozialdemokratische Amtsinhaber Erik Lauritzen durch. Den Sozialdemokraten (41,5 %, +7,7 %) fehlt sogar nur ein Mandat zur absoluten Mehrheit. Zweiter Sieger war Slesvigsk Parti, die mit dem aktiven und populären Kulturausschussvorsitzenden Stephan Kleinschmidt 13,3 % (+5,5 %) und damit fünf Mandate erreichten und deutlich vor Dansk Folkeparti (10,6 %, +0,1 %) drittstärkste Partei wurden. Die Lokalpartei Fælleslisten der früheren Bürgermeisterin Aase Nyekov wurde mit 3,3 % (- 3,6%) mehr als halbiert. Diese drei Parteien einigten sich auf eine Zusammenarbeit, so dass mit Stephan Kleinschmidt erstmals ein Vertreter der deutschen Minderheit Vizebürgermeister einer nordschleswigschen Großkommune wird. In den anderen drei Kommunen musste Slesvigsk Parti hingegen Stimmverluste hinnehmen. In Tondern bedeutete der Rückgang von 1,7 % auf nun 5,6 % den Verlust des dritten Mandats. Venstre baute den Vorsprung als stärkste Partei weiter aus (44,6 %, +2,4 %). Dansk Folkeparti, Liberal Alliance und eine neue Bürgerliste sichern hier die klare bürgerliche Mehrheit. In Apenrade verlor Venstre 4,3 % (33,5 %) und zwei Mandate, die Sozialdemokraten (29 %) konnten mit +3,1 % eines hinzugewinnen, ebenso die nun mit zwei Abgeordneten vertretenen Konservativen (4,9 %). Dritt-

stärkste Partei blieb Dansk Folkeparti (14,4 %, -0,1 %), gefolgt von Slesvigsk Parti (6,1 %, -2,4 %), die trotz Stimmenverlusten zwei Mandate behielt. Enhedslisten und Socialistisk Folkeparti behaupteten trotz leichter Verluste ihre einzelnen Mandate, alle übrigen Parteien erhielten trotz zusammen 4,4 % Zuwachs keinen Sitz im 31-köpfigen Kommunalrat. Venstre und DF einigten sich noch am Wahlabend auf die Fortsetzung der bisherigen Zusammenarbeit. Am spannendsten war die Wahl in Hadersleben. Hier gelang es den Sozialdemokraten (30,9 %, +4,4 %), Venstre (26,4 %, -6,8 %) vom Spitzenplatz zu verdrängen. Dennoch kann Bürgermeister H. P. Geil wohl weiter regieren, denn der blaue Block (Venstre, DF, Liberal Alliance, Konservative) hatte am Ende zusammen 16 der 31 Mandate und damit knapp die absolute Mehrheit. Anders als in den drei anderen nordschleswigschen Kommunen erreichten bis auf Alternativet alle im Folketing vertretenen Parteien wenigstens ein Mandat, neben den Genannten also auch die Oppositionsparteien SF, Radikale Venstre und Enhedslisten. Hinzu kommt das einzige Mandat von Slesvigsk Parti, das der Parteivorsitzende Carsten Leth Schmidt als Nachfolger von Uwe Jessen trotz leichter Verluste (2,2 %, -0,5 %) verteidigen konnte. Bis auf den sensationellen Erfolg in Sonderburg zeigte sich die Partei der deutschen Minderheit von den Ergebnissen enttäuscht (GLS).

Redensarten und Sprichwörter
aus aller Welt

Ole Kragh

Talemåder og ordsprog fra hele verden
9000 ordsprog fra 200 sprogområder
og fem årtusinder
København: Lindhardt & Ringhof 2017,
3. Ausgabe, 304 S.

Redewendungen und Sprichwörter sind immer eine Bereicherung, erst recht wenn sie aus anderen Kulturkreisen kommen. Der Anlass, diese erstmals 1979 erschienene Zusammenstellung von Bonmots aus vielen verschiedenen Sprachen (sogar aus dem Friesischen) an dieser Stelle zu erwähnen, ist allerdings ein unerfreulicher: Auf S. 266 findet man unter dem Stichwort "Tysker" folgende "Redewendungen": "Før tysk mand bliver dansk mand god, før vokser der figen på hylderod" (bevor ein Deutscher einem Dänen gut wird, wachsen Feigen am Holunder), "Hvad gør tysken ikke for penge og svensken for en sup" (Was tut der Deutsche nicht alles für Geld und der Schwede für ein Stück Fleisch – hier wohl Tippfehler "sup" statt "sul"), "Vred som en tysker" (Wütend wie ein Deutscher) und "Hvad gør tysken ikke for penge, sagde kællingen, hun så en abe danse" (Was tut der Deutsche nicht alles für Geld, sagte das Weib, als sie einen Affen tanzen sah). Wie in der 2003 bei Aschehoug erschienenen Zweitauflage hat man diese Sprüche auch in der Neuausgabe unkommentiert und ohne jede Erklärung über einen etwaigen historischen Hintergrund in diese "Schatzkammer von Weisheit und Humor" (Rückseitentext) übernommen. Andere Volksgruppen sind übrigens in

der Sammlung kaum Gegenstand von Sprüchen, auch nicht die Dänen selbst. Es ist schlichtweg beschämend, dass solche plumpen, humorfreien und herablassenden Ausdrücke noch 2017 in einem an sich amüsanten und nützlichen Nachschlagewerk Platz finden.

Gerret Liebing Schlaber

Literatur aus und über Nordschleswig

Hans Evald Sørensen

Alle de skjalde.

Litteratur i Sønderjylland og
Sønderjylland i litteraturen.

Aabenraa: Historisk Samfund for
Sønderjylland & Sprogforeningen,
2015. 672 S., einzelne sw. III.

Mit dem vorliegenden Werk hat sich der bekannte Publizist H.E. Sørensen der gewaltigen Aufgabe angenommen, sämtliche belletristische Literatur über die Region bzw. von regionalen Verfassern von den frühesten Schriftzeugnissen bis zur Gegenwart zu erfassen. Das Buch ist keine literaturwissenschaftliche Arbeit und erst recht keine quellenkritische (Literatur-)Geschichtsstudie. In erster Linie ist es eine in elf chronologisch geordnete Kapitel gegliederte Aufstellung über Literatur in der Region mit dem Schwerpunkt der Entwicklung der nationalen Verhältnisse. Ausgangspunkte der einzelnen Unterabschnitte sind meist die Biografien der Verfasser, in den meisten Fällen werden kurze Auszüge aus deren Werken zitiert. Sørensen gelingt es, nicht nur die bekanntesten, sondern auch viele heute weitgehend vergessene Verfasser

in Erinnerung zu rufen. Besonders interessant ist dies in Bezug auf die nationalen Konflikte ab Mitte des 19. Jahrhunderts, denn die Bedeutung der schreibenden Zunft – viele Journalisten waren auch Schriftsteller – für die Eskalation ist bisher auf beiden Seiten der Grenze trotz zahlloser Publikationen zu 1848-50 und 1864 noch unzureichend untersucht worden. Selbst Geistesgrößen wie N.F.S. Grundtvig oder B.S. Ingemann hetzten fleißig mit (S. 179f.), aber auch viele andere damals kurzzeitig bekannte Verfasser heizten den Konflikt weiter an. Doch auch für friedlichere Epochen bietet Sørensens Darstellung zahlreiche Ansatzpunkte für weiterführende Studien.

Für die Nachprüfbarkeit nachteilig wirkt sich aus, dass H.E. Sørensen keine Anmerkungen gesetzt hat und dass seine eigenen Schlüsse und jene aus der im Anhang reichlich angegebenen Forschungsliteratur nicht als solche erkennbar sind. Ein weiterer Nachteil ist, dass deutschsprachige Literatur zwar – meist am Ende des entsprechenden Kapitels – erwähnt wird, doch geschieht dies meist ziemlich knapp und unvollständig.

Trotz der genannten Schwächen ist das vorliegende, übrigens dezent und ansprechend bebilderte Werk eine lobenswerte Fleißarbeit, die dem Leser den Weg zu vielen literarischen Werken – und damit nicht zuletzt Geschichtsquellen – bahnt und dank des umfangreichen Registers auch gut als Nachschlagewerk geeignet ist. Dem Wunsch des Verfassers, dass sein Werk Ausgangspunkt für viele Detailstudien werden möge (S.9), kann sich der Rezensent gerade aus der Sicht eines Historikers uneingeschränkt anschließen.

Gerret Liebing Schlaber

Dänische Ärzte und deutsche Besatzung

Andreas C. Johannsen
Danske læger under nazismen
Kopenhagen: Gyldendal 2016, 276
S., sw. ill.

Dass es immer noch Neues über die NS-Zeit und den Zweiten Weltkrieg zu erforschen gibt, hat der pensionierte Sonderburger Oberarzt mit seiner vorliegenden Studie über dänische Ärzte bewiesen, welche auf verschiedene Weise mit der deutschen Besatzungsmacht kollaboriert haben. Wesentliche Forschungsgrundlage waren unbekannte Unterlagen des dänischen Ärztevereins über dessen interne Rechtsabrechnung. Neben manchen bekannten Fällen wie etwa dem „Führer“ der dänischen Nationalsozialisten Frits Clausen und dem auch an Menschenversuchen in Buchenwald beteiligten Carl Peter Jensen Værnet hat Johannsen viele bisher unbekannte Angelegenheiten ans Tageslicht befördert. Dies umfasst die gesamte Bandbreite von der Teilnahme an schweren Verbrechen bis hin zu – zumindest aus heutiger Sicht – kleineren Vergehen, die vom Ärzteverein dennoch mitunter hart geahndet wurden. Wer aus dem Verein ausgeschlossen wurde, verlor zumeist auch seine berufliche Existenzgrundlage.

Aus regionaler Sicht besonders interessant sind die Fälle aus der deutschen Minderheit, von denen viele in irgendeiner Form mit der Besatzungsmacht in Kontakt kamen, wie etwa der junge Arzt Walter Jessen (S. 114f.), der 1942 von der Waffen-SS als kriegstauglich gemustert wurde. Einem Kriegseinsatz entging er, da er auf eigenen Antrag von der Volksgruppenführung mit der Auflage

der Teilnahme am Zeitfreiwilligendienst als unabkömmlich erklärt wurde. Hier war er praktisch inaktiv und unterstützte sogar dänische Widerstandskreise. Ungeachtet deren Fürsprache wurde er 1945 interniert, doch die gerichtliche Anklage wurde bald zurückgezogen; auch im Ärzteverein beließ man es bei einer Rüge als Ergebnis des Ausschlussverfahrens. Trotz mancher Wiederholungen und des manchmal schwierigen Stoffes gelingt es Johannsen, die Problematik sachlich-nüchtern und ohne simple Gut-Böse-Stereotype zu schildern. Hier und da könnte man sich zwar etwas mehr analytische Tiefenschärfe über Ursachen und Folgen wünschen, doch die quellennahe Darstellung kann man durchweg als gelungen bezeichnen. Mit seinem empfehlenswerten Buch hat Andreas Johannsen eine wichtige Forschungslücke geschlossen, die hoffentlich zu weiteren Studien anregt.

Gerret Liebing Schlaber

Portraitbuch zum Landesgeburtstag

Gerhard Müller (Red.);
Frank Peter (Fotos):
Wir Schleswig-Holsteiner. 70 Jahre.
70 Menschen.
Kiel, Hamburg: Kieler Nachrichten,
Wachholtz Verlag-Murmann
Publishers; 2016. 291 S., zahlr. ill.

Das vom Journalisten Gerhard Müller und Fotografen Frank Peter zum 70. Landesgeburtstag herausgegebene Bilder-Lese-Buch enthält 70 Kurzportraits von bekannten und weniger bekannten Menschen in Schleswig-Holstein. Es werden Sportler/innen, Handwerker und Leucht-

turmwärter sowie Abenteurer, Politiker/innen, Künstler/innen und Unternehmer/innen präsentiert. Das Spektrum reicht vom Gedenkstättenleiter bis zum Kohlproduzenten und zur Pferdezüchterin und vom Torfrocker bis zur Wattführerin. Alle Portraits enthalten drei Fotos, einen kurzen beschreibenden Text sowie, in Anlehnung an ein Poesiebuch, das Geburtsdatum, einen Lieblingsort, ein -restaurant und eine -beschäftigung der jeweiligen Menschen.

Die Portraits der Unternehmer/innen und die Restaurantempfehlungen kommen allerdings eher als Werbung daher statt als ehrliche Geschichten. Auch eine Übersichtskarte über die in den Geschichten genannten Orte wäre wünschenswert gewesen und ebenso eine Berücksichtigung von Vertretern aus den drei nationalen Minderheiten statt eines Portraits über die hauseigene Kieler Nachrichten-Marketingchefin. Die Autoren hätten weiterhin kritischer und weniger boulevardesk mit Adelstiteln und traditionalistischen Bezeichnungen wie „Hoheit“ umgehen können, da diese Titel bereits 1919 in Deutschland per Gesetz abgeschafft wurden. Sehenswert sind dagegen die zahlreichen, guten Farbphotos. Insgesamt lohnt sich der Blick in dieses hübsche „Coffee-Table-Buch“ zum Jubiläum des „echten Nordens“. Wer aber tiefgreifende Portraits erwartet, wird enttäuscht und sollte lieber eine Bibliothek aufsuchen, um dort in Eckardt Opitz' „Die unser Schatz und Reichtum sind. 60 Portraits aus Schleswig-Holstein“ aus dem Christian-Verlag von 1990 zu schauen.

Levke Bittlinger

Selbstbewusstsein der vermeintlichen Randgebiete

Finn Slumstrup, Viggo Mortensen (red.)
Oprør fra udkanten
Mulighedernes land 2.0
Gjern: Forlaget Hovedland 2015. 208 S.
Einzelne sw.-Abb.

Mit dem vorliegenden Sammelband haben der frühere Vorsitzende des dänischen „Grænseforeningen“ Finn Slumstrup und der Theologe Viggo Mortensen einen Aufruf zur Überwindung des wesentlichen Problems gestartet, dass auch in Dänemark der Unterschied zwischen Stadt und Land immer größer wird und dass die Gebiete abseits der Zentren immer stärker schlecht geredet werden. Das Buch vereint verschiedene wissenschaftlich-analytische Beiträge zur Lage zentrumsferner Gebiete. In Essays werden die Besonderheiten des Lebens in der Provinz dargestellt und neue Möglichkeiten hierzu erörtert. Hinzu kommen Stellungnahmen von Menschen, die aus den großen Städten auf das Land gezogen sind und dessen Vorteile zu schätzen gelernt haben. Grundtenor vieler Beiträge ist, dass die Verschärfung der Gegensätze zu Lasten der dünner besiedelten Gebiete geht und die Folge verfehlter Landesplanungs- und Strukturpolitik ist. Lise Lyck und Bent Falbert geben zudem Beispiele, welchen zusätzlichen bürokratischen Hürden man dort oft begegnet. Finn Slumstrup vergleicht die Lage mit dem ungleich flächengrößeren Norwegen und teilweise auch Schweden, wo seiner Meinung nach die Landdistrikte positiver bewertet werden. Bemerkenswert ist die Studie von Gunnar Svendsen, der die oftmals negative und vorurteilsvolle Berichterstattung mit ihrer nicht

selten herablassenden Wortwahl als wesentliches Problem herausstellt. Zwar wirkt das Buch wegen der sehr verschiedenartigen Beiträge nicht ganz abgerundet, doch die Bandbreite der angesprochenen Themen macht es zu einem interessanten Werk, das viel Stoff zum Nachdenken bietet – auch für ähnlich gelagerte Probleme südlich der Grenze. Nicht zu verwechseln ist das Werk übrigens mit einem gleichzeitig erschienenen Buch mit gleichem Titel, hrsg.v. Kasper Møller Hansen und Rune Stubager, das sich allerdings in erster Linie auf das Ergebnis der Folketingswahl 2015 bezieht.

Gerret Liebing Schlaber

Minderheiten in Deutschland und der Welt

Thomas Steensen (Hg.):
Nationale Minderheiten
Beiträge vom 9. Internationalen Ferdinand-Tönnies-Symposium
Bredstedt: Nordfriisk Instituut 2017.
215 S.

Der zur Husumer Konferenz vom 13. bis 14. November 2015 erschienene Sammelband enthält elf Aufsätze zu Minderheiten in Deutschland inklusive (außer) europäischer Beispiele sowie ein Diskussionsprotokoll und Statements von Studierenden. Besondere Schwerpunkte sind Minderheitenfragen in Bezug auf Sprachen und Globalisierung. Eine wirkliche Bereicherung ist der Beitrag von Jørgen Kühl, in dem er die Veränderlichkeiten, Subjektivität, Mehrfachloyalitäten, Ideologien von Funktoren vs. die Realitäten von nationalen Minderheiten darstellt und auf die Un-

terschiede zwischen Staatsbürgerschaft und Minderheitenzugehörigkeit hinweist. Zudem liefert er eine nicht neue, aber praktische Übersicht über Minderheitentypen, die einen kompakten und differenzierten Einstieg in das Thema ermöglicht. Positiv anzumerken ist ebenso, dass Kühl Ethnizität als „Produkt des Willens und der Vorstellung“ und als dynamisch und kontextabhängig (S. 44-45) begreift. Auch der Aufsatz zur Pädagogik von Ein-, Zwei- und Mehrsprachigkeit anhand des Beispiels Kärnten von Georg Gombos erlaubt aufschlussreiche Einblicke und Erkenntnisse.

Eine wichtige und lehrreiche Gegenperspektive zum eurozentrischen Weltbild in Bezug auf Nationalstaaten liefert H. Ekkehard Wolff mit seinem Artikel über Sprachen und Minderheiten in Afrika. Darin dekonstruiert er in gelungener Weise das europäische Nationalstaatskonstrukt und die Ideologie einer Passung von eigentlich nicht klar definierbaren Sprachen, Kulturen, Ethnien und Nationen. Anschließend plädiert er für einen professionellen politischen und administrativen Umgang mit Multilingualität, -kulturalität, -nationalität in Europa und Afrika. Einzig ein ungenaues Lektorat in Bezug auf Rechtschreibung und Textsatz ist zu bemängeln, ansonsten ist der Band empfehlenswert.

Levke Bittlinger

Minderheiten in Europa

Christoph Pan; Beate Sibylle Pfeil;
Paul Videsott;

Die Volksgruppen in Europa.
Handbuch der europäischen Volksgruppen. Band 1., 2. überarb.,

aktual. Auflage

Wien; Berlin: Verlag Österreich; Berliner Wissenschafts-Verlag 2016. 477 S., zahlr. ill.

Die nach 16 Jahren aktualisierte Auflage des ersten Bandes des Handbuchs der europäischen Volksgruppen enthält eine Übersicht über die europäischen Staaten und ihre Minderheiten/Volksgruppen sowie zehn Aufsätze zu Minderheiten- und Nationalstaatsfragen, zu Sprach- und Volksgruppenschutz. Es stellt die Menge und Vielfalt von Minderheiten in Europa dar, ist aber zugleich auch ein höchst problematisches Werk, welches veränderliche und ausgehandelte Zugehörigkeiten festzuschreiben und voneinander abzugrenzen versucht. Volksgruppen in den europäischen Staaten werden nach unterschiedlichen Kriterien definiert, was die Vergleichbarkeit erschwert und den Blick verengt. Die Begriffe Volks(gruppe), Minderheit, Sprache, Ethnie, Kultur und Identität werden dabei aber nicht ausreichend problematisiert. So wird Sprachkompetenz als eindeutiges Kriterium für Ethnizität und diese wiederum als „Erhebungs- und Gliederungskriterium“ verwendet. Die Behauptung, dass „der Mensch infolge seiner Sozialnatur in der Regel Ethnizität besitzt, dh [sic] ethnisch identifizierbar ist und einer konkreten Ethnie angehört“ (S. 7) ist aus heutiger wissenschaftlicher Sicht schlicht falsch. Zudem wird Einsprachigkeit und das Prinzip „eine Sprache - ein Volk“ sowie Abgrenzbarkeit von Sprachen und Kulturen vorausgesetzt, was entgegen des anzunehmenden Ziels des Buches nationalistisch klingt.

Trotz der Existenz von bekenntnisfreien Gesinnungsminderheiten wird davon ausgegangen, dass Minderheiten fest-

stehende Gruppen sind, deren Angehörige zählbar seien. Veränderungen, Mischformen, Übergänge, Mehrfachzugehörigkeiten oder Unklarheiten werden ausgeblendet. Zudem sind viele Karten und Grafiken ungenau bzw. fehlerhaft. So werden die Friesen verkehrt dargestellt, die Südsamen im norwegischen Nord-Trøndelag nicht aufgeführt oder – wie am Beispiel des als polyethnischer Staat bezeichneten Dänemark - die Realität verzerrt dargestellt. Ost- und Westgrönländer sowie Färöer werden unkritisch und ahistorisch als Minderheiten im Königreich definiert, obwohl sie die jeweilige Mehrheit in ihren eigenen, autonomen Gebieten stellen, welche von Dänemark kolonialisiert wurden. Des Weiteren fehlt Island in der Staatenliste.

Positiv hervorzuheben ist die Problematisierung der methodischen Erhebungsschwierigkeiten und der Unvergleichbarkeit der Daten durch die Autor/innen. Das Werk betont die Vielfalt, Größe und Wichtigkeit des Minderheitenschutzes in Europa und versucht die eigentlich schon längst bekannte „Fiktion“ von „ethnisch homogener Staatsbevölkerung“ in Nationalstaaten (S. 3) zu entlarven.

Levke Bittlinger

Europäischer Minderheitenschutz

Rainer Hofmann, Doris Angst, Emma Lantschner, Günther Rautz, Detlev Rein (Hg.):

Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten

Handkommentar

Baden-Baden; Wien; Zürich, St. Gallen: Nomos; facultas, Dike 2015. 616 S.

Der umfangreiche juristische Kommentar zum „Europäischen „Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten“, welches 1997 in Deutschland in Kraft trat, enthält nicht nur Gesetzeskommentare, sondern auch rechtshistorische und juristische Aufsätze von 38 Autor/innen zum Minderheitenrecht in Europa im Allgemeinen und zum Rahmenübereinkommen im Speziellen. Zusätzlich werden Länderberichte zu Deutschland, Österreich, der Schweiz und Italien und deren Minderheiten bereitgestellt. Dabei erfahren Leser/innen beispielsweise, dass die Minderheitendefinitionsmacht auf nationaler Ebene liegt. In Deutschland werden Dänen, Sorben, Friesen und Sinti und Roma, jeweils mit deutscher Staatsangehörigkeit, als nationale Minderheiten definiert. Da Bekenntnisfreiheit herrscht und keine ethnischen Daten von staatlicher Seite erhoben werden, wird in der Bundesrepublik rechtlich nicht spezifiziert, wer genau dazugehört. Weiterhin interessant ist, dass der Minderheitenschutz theoretisch nicht nur im Siedlungsgebiet der Minderheiten gilt, sondern in der ganzen Bundesrepublik, was aber praktisch kaum umgesetzt werde, so die Autor/innen.

Das Buch richtet sich an deutschsprachige und -kundige Minderheiten in Europa, an Wissenschaftler/innen sowie Juristinnen und „Rechtsanwender“ (S. 5) wie Behörden- und Verwaltungsmitarbeitende. Interessierte Laien können sich ebenfalls über den Hintergrund des Rahmenübereinkommens und die einzelnen Gesetzesartikel und ihre nationalen Auswirkungen informieren.

Leider gibt es in diesem Buch kleine Fehler, wie zum Beispiel eine Verwechslung des südlichen Teils des alten Herzogtums Schleswigs mit dem Herzogtum Holstein

durch Rainer Hofmann, der fälschlicherweise behauptet, dass Schleswig bis 1864 zum Deutschen Bund gehörte. Weiterhin wird mehrfach ein falscher Paragraph in der schleswig-holsteinischen Landesverfassung genannt. Der Schutz der dänischen Minderheit steht in der Fassung vom 2. Dezember 2014 in Art. 6 und nicht mehr in Art. 5. Möglicherweise lag die Verfassungsänderung aber nach dem Redaktionsschluss des Buches.

Levke Bittlinger

Minderheiten in Schleswig-Holstein

Frank Lubowitz

Nationale Minderheiten und Volksgruppen in Schleswig-Holstein
Informationen und Selbstverständnisse
Kiel: Landesbeauftragter für politische Bildung Schleswig-Holstein 2017, 68 S., einzelne Abb.

Dänische Südschleswiger, Nordfriesen, Sinti und Roma und die eng mit dem Land verbundenen deutschen Nordschleswiger gehören zu den Besonderheiten des nördlichsten Bundeslandes. Dennoch ist es immer wieder erstaunlich, wie wenig viele Menschen über die Minderheiten-Volksgruppen wissen. Umso wichtiger ist diese neue Publikation, welche nicht nur geschichtliche Entwicklung und Strukturen, sondern auch allerhand praktische Informationen über die Minderheiten bietet. In den einzelnen Kapiteln über Historisches, die gegenwärtige Situation, den Rechtsstatus, Strukturen, Sprachen und Symbole sowie Kontakte und Zusammenarbeit werden die vier Gruppen innerhalb der mit wichtigen Leitfragen überschriebenen Unterabschnitte meist nach-

einander behandelt, aber es werden auch viele Gemeinsamkeiten herausgestellt. Im letzten Kapitel werden auch gemeinsame Einrichtungen, Zusammenarbeit mit anderen Minderheiten-Volksgruppen, Unterstützungsvereine und nicht zuletzt staatliche Einrichtungen vorgestellt, die mit dem Leben der Minderheiten in enger Verbindung stehen und diese fördern. Auf diese Weise erhält der Leser trotz der bewusst knapp und übersichtlich gehaltenen Textabschnitte viele interessante Informationen auf dem aktuellen Stand von 2017. Ergänzt werden die Texte mit vielen Hinweisen auf weiterführende Internet-Adressen und leider meist recht klein geratenen Bildern sowie einzelnen Auszügen aus wichtigen Quellentexten. Es bleibt zu hoffen, dass diese Schrift im Land viel Verbreitung finden und die Minderheiten-Volksgruppen und deren Bedeutung wieder stärker im Bewusstsein verankern wird.

Gerret Liebing Schlaber

Klimaschutz als Nordseeküstenschutz

Karsten Reise (Hrsg.)

Kurswechsel Küste

Was tun, wenn die Nordsee steigt?

Mit Luftbildern von Alex S. MacLean

Wacholtz Verlag 2015, 200 S.,

gebunden, illustriert

Unwillkürlich müssen die Bewohner/innen der Nordseeküste sich den Fragen stellen, wie sich ihr Leben in Zeiten des globalen Klimawandels gestaltet und unter welchen Lebensbedingungen diese Küstenregion trotz Meeresspiegelanstiegs für sie weiterhin bewohnbar bleibt. Das erklärte Ziel des Buches ist, der brei-

ten Öffentlichkeit die regionalen Auswirkungen des Klimawandels aufzuzeigen, denn Küstenschutz ist schon längst auch eine Frage des Klimaschutzes geworden. Dabei verfolgt das Buch einen diskursiven Ansatz, an dem Wissenschaftlerinnen und Experten aus unterschiedlichen Disziplinen zusammengearbeitet haben, um Leser/innen in acht Kapiteln an die komplexe Thematik der gleichermaßen von natürlichen Faktoren, sozialen Aspekten und wirtschaftlichen Interessen geprägten Küstenökosystems heranzuführen. Dank zahlreicher Luftaufnahmen und Grafiken wird nicht nur ein eindrückliches Bild der sukzessiven Küstenarchitektur, sondern auch die damit einhergehenden technischen und kulturellen Herausforderungen des angestrebten Kurswechsels im Küstenschutz und im Risikomanagement vermittelt. Neben Antworten auf zentrale Forschungsfragen zum Klimawandel, insbesondere in den Kurzinterviews mit Experten der einzelnen Fachgebiete, werden auch potentielle Anpassungsmaßnahmen und Entwicklungsstrategien eines vornehmlich ökosystembasierenden Küstenmanagements vorgestellt. Um langfristig ein nachhaltiges Handlungskonzept für die Nordsee als Ganzes zu entwickeln, möchten die Autoren mit diesem Buch zum Dialog mit den Betroffenen anregen, da nur durch ein grundlegendes Umdenken im Verhältnis zum Meer diese Küstenlandschaft für den Menschen auf Dauer Bestand haben wird.

Melanie Christiansen

Nachschlagewerk zur Stadt Flensburg

Eckhard Bodenstein
Kleines Flensburg-ABC
Fotografien von Günter Pump
Husum 2017, 144 S.,
durchgehend farbig ill.

Acht Jahre nach dem "großen" Flensburg-Lexikon ist nun eine kleinere Variante im handlichen Format und auf 140 Seiten erschienen. Meist doppelseitig werden hier in 51 Artikeln wichtige Themen zu Stadtbild, wichtigen Bauwerken, Straßen und Plätzen, Geschichte, Kultur und Alltag der Fördestadt in kurzen Artikeln beschrieben und mit ansprechenden Fotografien illustriert. Ergänzt wird das Büchlein durch eine kurze historische Einführung, eine Zeittafel, eine kurze Literaturliste und eine allerdings sehr grobe Übersichtskarte. Natürlich kann man darüber diskutieren, warum sich einige Themen nur in anderen Artikeln zu anderen Themen wiederfinden. Der Schwerpunkt liegt klar auf Alt- und Innenstadt, nur Adelby und St. Jürgen (als "Jürgensby", was eigentlich einen größeren Stadtbezirk bezeichnet) und das sehr junge "Sonwik" werden als eigenständige Stadtteile behandelt. Doch insgesamt hat Eckhard Bodenstein eine sinnvolle Auswahl getroffen, die ein interessantes Porträt der Fördestadt ergibt. Leser und Käufer werden sicherlich in erster Linie Touristen sein, weshalb auch eine dänische Ausgabe sehr zu empfehlen wäre.

Gerret Liebing Schlaber

MITARBEITER/INNEN DIESES HEFTES

Levke Bittlinger, M.A.,
Kulturanthropologin,
Göttingen

Prof. Dr. med. Arne Jensen,
Campus Klinik Gynäkologie,
Ruhr-Universität Bochum

Melanie Christiansen, M.sc.,
Freiberufliche Biologin,
Flensburg

Frederike Marie Oschinsky,
Studentin,
Gießen

Andrea Graw-Teebken, ph.d.,
Mitarbeiterin im Regionskontor,
Pattburg

Mogens Rostgaard Nissen, ph.d.,
Archiv- und Forschungsleiter,
Flensburg

Harro Hallmann, cand. scient.pol.,
Kommunikationschef,
Hadersleben/Apenrade

Gerret Liebing Schlaber, ph.d.,
Historiker, Gymnasiallehrer,
Apenrade

Camilla Hansen, ph.d.,
Pädagogikforscherin,
Odense

Dr. Amini Tafari-Ama,
Kulturwissenschaftlerin
Flensburg/Kingston (Jamaika)

Volker Heesch,
Journalist,
Apenrade

Hanna Wattenberg,
Studentin,
Sonderburg/Kiel

VERZEICHNIS DER IM JAHRE 2016 IN DEN
GRENZFRIEDENSHEFTEN ERSCHEINENEN AUFSÄTZE

INGE ADRIANSEN	Jubiläumsfeiern im Dienste der Politik. Ein Vergleich der Gedenkfeiern zu den Jahrestagen der Schlacht von Düppel	Heft 1 S. 3 ff.
ERLA HALLSTEINSDOTTIR	Deutsch-dänische Stereotype heute. Ergebnisse einer wissenschaftlichen Fragebogenerhebung	Heft 1 S. 53 ff.
JON HARDON HANSEN	Die Zukunft des deutsch-dänischen Grenzlandes aus der Perspektive der nationalen Minderheiten. Rede bei der Gedenkfeier zum Idstedt-Tag am 25. Juli 2016	Heft 2 S. 137 ff.
FRANK JUNG	Dänemark, Deutschland und die EU. Eine kritische Analyse	Heft 1 S. 65 ff.
GYDE KÖSTER	Die deutschen Sinti und Roma in Schleswig-Holstein. 13. Dialog ADS-Grenzfriedensbund in Kooperation mit der Europa Universität Flensburg	Heft 2 S. 113 ff.
ROBERT LANGHANKE	Zur Normalität früher und später Zweispachigkeit. Niederdeutsch und Hochdeutsch in Norddeutschland	Heft 2 S. 125 ff.
HENRIK SKOV KRISTENSEN	Die „Weißen Busse“ aus der Perspektive Nordschleswigs. Die schwedisch-dänische Rettungsaktion für KZ-Häftlinge im Frühjahr 1945	Heft 1 S. 23 ff.
ANKE SPOORENDONK	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit als gelebte Europapolitik. Festrede zum Deutschen Tag in Nordschleswig 2016	Heft 2 S. 145 ff.